

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 18. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Die Insertions-Gebühr**  
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnen  
zeile oder deren Raum 50 Pfg. für  
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-  
und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg.  
„Kleine Anzeigen“, das erste (voll-  
gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schlaf-  
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
Insertate für die nächste Nummer müssen  
bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition  
abgegeben werden. Die Expedition ist  
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnement-Preis halbjährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat. Postabonnements  
nehmen an: Belgien, Dänemark,  
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

## An die Parteigenossen Preußens!

Im Einverständnis mit dem Parteivorstand und der  
Organisation Groß-Berlins berufen wir den

### zweiten preußischen Parteitag

auf Donnerstag, den 21. November, früh 9 Uhr,

nach Berlin, in die Räume des Gewerkschaftshauses,  
Engel-Ufer 15, ein und bitten die Genossen Preußens, diese  
Tagung durch Delegierte beschicken zu lassen.

Als Tagesordnung und Referenten sind vorgeschlagen:

1. Die Organisation in Preußen. Referent: Genosse Hugo Haase-Königsberg.
2. Die bisherige Tätigkeit des preussischen Landtages und die Wahlrechtsfrage in Preußen. Referent: Genosse Eduard Adler-Kiel.
3. Die Landtagswahlen 1908. Referent: Genosse Dr. Leo Arons-Berlin.
4. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Legien.
5. Selbstverwaltung und Gemeinde. Referent: Stadtverordneter Genosse Paul Hirsch-Charlottenburg.

Für die Erledigung der Geschäfte des Parteitages sind  
Donnerstag, der 21., Freitag, der 22., und Sonnabend, der  
23. November in Aussicht genommen.

Die Versendung der Mandatsformulare ist er-  
folgt. — Jeder preussische Reichstagswahlkreis kann sich durch  
drei Delegierte vertreten lassen.

Die Einreichung von Anträgen, alle An-  
fragen sowie die Anmeldung der Delegierten sind bis zum  
12. November an den Mitunterzeichneten

Leopold Niepmann, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69  
zu bewirken. Logis wird auf Wunsch für die Delegierten  
besorgt.

Die Parteipresse der preussischen Landesteile wird um  
Abdruck gebeten.

Mit Parteigrüß

Eugen Ernst. Emil Boeck. Leopold Niepmann.

## Der Kampf gegen den Sozialismus in England.

London, im Oktober.

Wir befinden uns hier inmitten eines von langer Hand  
vorbereiteten Angriffes auf die in den letzten zwei Jahren er-  
oberten Positionen des Sozialismus. Es ist selbstverständlich,  
daß dieser Angriff nicht von der Regierung ausgeht. Der  
Staat, der die riesige Höhe Preußens, hat hier mit Partei-  
bewegungen nichts zu tun. Es handelt sich also nicht um eine  
Ausnahmegesetzgebung; — diese ist in Großbritannien un-  
möglich. Wir haben es vielmehr mit einer bürgerlichen Be-  
wegung zu tun, an der sich indes hauptsächlich Mitglieder der  
konservativen Partei beteiligen.

Diese Bewegung veröffentlichte ihr Manifest am 3. Oktober  
und wendet sich gegen den „politischen Sozialismus“. Das  
Manifest sagt:

„Die wesentliche Bedingung des gesellschaftlichen Fort-  
schrittes ist, daß der Ansporn zur Tüchtigkeit so stark als  
möglich in jedem Menschen wirksam sein soll. Dieser not-  
wendige Ansporn kann sich aber nur dann geltend machen,  
wenn der Grundfah, daß jedem Menschen sein Gewinn ge-  
sichert werden muß, genau angewandt wird. Unsere Gesetz-  
gebung wird von diesem Grundfah beherrscht und ihr Haupt-  
zweck ist, die Menschen zu verhindern, sich gegenseitig zu be-  
rauben, und darauf zu sehen, daß ihr Verdienst gesichert  
wird. Aber man vergaß, daß das Uebel  
ebenso groß ist, wenn der Blünderer nicht ein Individuum,  
sondern eine Klasse oder die Gesellschaft selbst ist. In jedem  
dieser Fälle wird der Bürger um die Früchte seiner Arbeit  
gebracht, und das Ergebnis ist für ihn dasselbe. Jahr für  
Jahr werden Gesetze erlassen, die die Wirkung haben, daß die  
Tüchtigen zugunsten der Untüchtigen besteuert werden. Jahr  
für Jahr erschwert das Parlament die Existenz derjenigen  
Bürger, deren Arbeit dem Staate zugute kommt, und er-  
leichtert die Existenz derjenigen, die ein Demnis der Gesell-  
schaft sind. Angeblich im Interesse der Mehrheit werden  
ganze Gesellschaftsteile geopfert, und „die Freiheit der Person“  
ist jetzt kaum mehr als eine Phrase. Die Grundlage, auf der  
unsere Zivilisation beruht, der Hauptfaktor der menschlichen  
Entwicklung . . . wird untergraben und geschwächt und wenn  
wir jetzt nicht mit dieser Politik brechen, werden wir einer  
Enttönnung anheimfallen, wie sie sich in den letzten Tagen  
des Römischen Reiches offenbarte und den Untergang einer  
großen Zivilisation anzeigte.“

Unterzeichnet ist das Manifest von Lord Balfour of  
Burleigh, der mit Mr. Balfour, dem Führer der kon-  
servativen Partei, nicht zu verwechseln ist. Lord Balfour  
spricht im Namen der „British-Constitution-Association“.

Ein großer Teil der konservativen Presse ist seit Wochen  
mit verschiedenen eingesandten Korrespondenzen gefüllt, die  
den Sozialismus diskutieren. Es kommen darunter manche recht  
beschränkte und lächerlich naive Einwürfe gegen unser Ziel vor.  
Die meisten Einsender werfen dem Sozialismus vor, daß er  
den Ansporn zur Tüchtigkeit und die persönliche Freiheit ver-  
nichteten würde. Es gibt aber auch einen Teil der konservativen  
Presse, der wohl weiß, daß mit diesen Einwürfen nichts getan  
sei. So zum Beispiel schreibt die „Ball Mall“ vom 1. Oktober:  
„Den Sozialismus kann man nicht dadurch bekämpfen, daß  
man im Schreden zu den Göttern des Privateigentums  
schreit. . . Der Sozialismus hat auf seiner Seite keinen geringen  
Teil ernster und geistiger Kraft, und er kann nur von den-  
jenigen bekämpft werden, die dasselbe Ziel sozialer Verbesse-  
rung mit ähullichem Ernst, aber durch andere Mittel zu errei-  
chen suchen.“ Die „Ball Mall“ schlägt dann Tarifreform (Schutz-  
zollpolitik) und die Schaffung eines Kleinbauernstandes vor.

Auch der Kongreß der Hochkirche, der in der ersten  
Oktoberwoche in Great Yarmouth tagte, beschäftigte sich  
mit dem Sozialismus. Es sprachen unter anderem der Erz-  
diakon B. Cunningham (Eh) und Reverend Kaufmann, der  
in früheren Jahren zu den Christlichsozialen gehörte. Die  
Behandlung des Gegenstandes war unsympathisch. Der Erz-  
diakon von Eh erzählte, er habe St. Simon, Fourier, Owen,  
Henry George, die Fabier und Robert Blatchford gelesen,  
aber alle ihre Pläne seien unausführbar. Die Kirche habe  
nichts mit ökonomischen Fragen und mit der Aenderung des  
sozialen Milieus zu tun. Die christliche Lehre gehe nicht von  
äußeren Faktoren aus, sondern von dem inneren Faktum der  
göttlichen Seele. Geistige Einflüsse und nicht ökonomische  
Faktoren seien maßgebend. Die christlichsoziale Union werfe  
der Kirche vor, daß sie sich Nachlässigkeiten zuschulden kommen  
lasse. Beweise für diese Behauptung liegen nicht vor. Das  
Hauptübel unserer Zeit sei darin zu finden, daß das Kapital  
ganz unpersönlich werde und mit den Arbeitern nicht in Ver-  
kehr trete. Daran sei die Kirche nicht schuld. Soviel man  
auch mit den modernen sozialen Ideallen sympathisieren  
möge, so dürfe man nicht vergessen, daß die modernen  
sozialen Ideale schädlich seien; man dürfe mit ihnen  
ebenso wenig spielen wie mit Feuer. Das war das Haupt-  
referat. In der Diskussion erklärte Reverend Kaufmann, der  
Sozialismus sei früher sentimental und ethisch gewesen, heute  
sei er mechanisch, wissenschaftlich und parlamentarisch geworden.  
In der heutigen Propaganda für soziale Reform vergesse man,  
daß die geistige Regeneration die Hauptsache sei, und daß man  
eher die Menschen, als die Zustände ändern dürfe. Das  
einzige sichere Mittel zur sozialen Umformung sei die Um-  
formung des Charakters, des innern Lebens des einzelnen  
Menschen.

Christlichsozial ist also — nach Ansicht des Kongresses —  
Unfaim. Der „Standard“ enthält heute die Antworten  
mehrerer Bischöfe Londoner Diözesen auf die Frage, wie sie  
sich zum Sozialismus stellen. Einige Bischöfe antworteten, daß  
die Kirche in die sozialistische Bewegung eingreifen müsse, um  
sie in christliche Bahnen zu lenken. Andere Bischöfe meinten,  
die Frage sei zu groß, um sie in wenigen Zeilen beantworten  
zu können. Immerhin machen die Antworten der Bischöfe  
einen besseren Eindruck als die Diskussionen auf dem Kirchen-  
kongreß.

Der Zusammenstoß zwischen Religion und Sozialismus  
hat auf die am 27. September in Kirkdale (Liverpool) statt-  
gefundene parlamentarische Nachwahl einen entscheidenden  
Einfluß ausgeübt. Da es darüber zu einer Polemik  
in der sozialistischen Presse gekommen ist, so dürfte  
eine Wiedergabe der Einzelheiten von Interesse sein. In  
Kirkdale standen sich zwei Kandidaten gegenüber: Mac Arthur  
(konservativ), Hill (sozialistischer Arbeiterkandidat). Der kon-  
servative Kandidat erhielt 4000 Stimmen, der sozialistische  
nur 3300. Der erstere wurde also gewählt. Dieses Ergebnis  
ist nach Ansicht der Führer der Arbeiterpartei dem Umstand  
geschuldet, daß die konservativen Flugblätter verteilten, in  
denen durch Zitate bewiesen wurde, daß der Sozialismus  
atheistisch sei, während ein großer Teil der Kirkdaler  
Arbeiter streng protestantisch ist. Nun ist zu be-  
merken, daß die sozialistische Parteipresse Großbritanniens  
religiöse Fragen nicht diskutiert. Dagegen gibt es  
eine sozialistische Privatwochenzeitung, die „Clarion“, die aus-  
gesprochen freidenkerisch ist. Ihr Hauptredakteur, Genosse  
Blatchford, hat durch populär gehaltene sozialistische  
Schriften vieles für die britische Arbeiterbewegung geleistet.  
Aber er hat auch zwei Schriften veröffentlicht: „God and  
my Neighbour“ und „The Bottom Dog“, in denen die Wahr-  
heit und Notwendigkeit der verschiedenen Religionen geleugnet  
und die Willensfreiheit bestritten werden. Auf Grund  
dieser Schriften wurden die konservativen Flugblätter  
zusammengestellt. Man kann sich schon denken, wie  
die Auszüge aus Blatchfords Schriften benutzt wurden.  
Das Flugblatt lautete: „Wähler! Leset das Glaubens-  
bekenntnis der Sozialisten, wie es von ihrem Führer ab-  
gelegt wurde. Robert Blatchford schrieb in seinem Blatte:  
„. . . Ich leugne die Existenz eines himmlischen Vaters. Ich  
leugne die Wirksamkeit des Vetens. Ich leugne die göttliche  
Vorlesung. Ich glaube nicht, daß Christus göttlich war. Ich

glaube nicht, daß er für die Menschheit gestorben sei . . . Ich  
glaube nicht, daß es einen Himmel gebe, und ich verachte die  
Idee einer Hölle.“ Der Kandidat John Hill erklärte sich für  
den Sozialismus, also auch für den Atheismus. Eine Stimme  
für Hill ist eine Stimme für die Gottlosigkeit!“ Das Flug-  
blatt veranlaßte viele Arbeiter, die sozialpolitisch mit der  
Arbeiterpartei übereinstimmen, aber noch in religiösen Ueber-  
lieferungen leben, ihre Stimme dem Arbeiterkandidaten zu  
verweigern. Das Ergebnis war ein Sieg der Konservativen,  
wobei übrigens zu bemerken ist, daß der Wahlkreis immer  
konservativ vertreten war. Der Redakteur des „Labour Leader“,  
Genosse Glasier, ist nun über Blatchford ganz entriistet und  
geht so weit, sich darüber zu beklagen, daß die Arbeiter-  
vereine in der Provinz bei ihren Versammlungen freidenkerische  
Schriften vertreiben. Blatchford, dem die Klagen über seine  
freidenkerische Agitation bekannt sind, antwortet in der  
„Clarion“, es sei sinnlos, ihm Vorwürfe zu machen, denn das  
einzige, was helfen könne, sei Aufklärung; er werde sich an  
der Verbreitung der Wahrheit von keinem hindern lassen. Und  
Blatchford hält gewöhnlich, was er sagt.

Im Grunde genommen sind Glasiers Klagen kaum  
gerechtfertigt. An Wählern, die sich durch derartige Triets  
verleiten lassen, für einen Reaktionär zu stimmen, ist nichts  
verloren. In bezug auf Religion hat ja die Arbeiterpartei  
das Mittel in der Hand. Sie kann ein Programm annehmen,  
in dem auch der Grundsatz: „Religion ist Privatsache“ einen  
Platz findet. Was aber wirklich helfen könnte, ist eine große  
sozialistische Presse. Unsere Gegner können uns täglich in  
ganz Großbritannien tausendfach verleumden, und wir haben  
nur einige Wochenblätter in London, um auf die Ver-  
leumdungen von Legionen zu antworten. In London allein  
schreiben Tag für Tag „Daily Telegraph“, „Standard“, „Daily  
Mail“, „Daily Express“, „Daily Graphic“ gegen uns. In der Pro-  
vinz gibt es in jeder größeren Stadt mindestens eine Tageszeitung,  
die sich die Aufgabe stellt, den Sozialismus zu Tode zu ver-  
leumden. In der Provinz haben wir so gut wie gar keine  
Presse. Von den tradeunionistischen Monatsblättern ist — mit  
Ausnahme des „Engineers Journal“ und vielleicht noch eines  
anderen — nichts für den Sozialismus geschrieben. In London  
haben wir die „Justice“, die nur von intelligenten Ar-  
beitern, Lehrern und einzelnen in bürgerlichen Stellungen  
sich befindenden Gelehrten gelesen wird. „Clarion“ ist  
ein Privatunternehmen und wird auch nur von  
der Intelligenz aller Klassen gelesen. „Labour Leader“ ist  
das Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei und wird haupt-  
sächlich von Parteimitgliedern genommen. Schließlich haben  
wir seit Mai dieses Jahres die „New Age“, die von zwei  
Fabriern redigiert wird. Die Artikel sind oft ausgezeichnet,  
aber es ist zweifelhaft, ob das Blatt je populär werden  
wird. Dazu behandelt es auch sexuelle Fragen, Zucht-  
wahl, das Verhältnis der Geschlechter, und über solche  
Dinge spricht man in England nicht. Das ist alles,  
was wir hier dem gewaltigen Apparat der bürger-  
lichen Zeitungen entgegensetzen können. Dies ist die wirkliche  
Ursache, die uns die Existenz so erschwert. Ohne eine große  
Presse kann der Kampf, der uns jetzt von allen Seiten auf-  
gedrängt wird, kaum in wirkungsvoller Weise aufgenommen  
werden. Es handelt sich in Großbritannien nicht mehr um  
theoretische Debatten, sondern um die praktische Anwendung  
unserer Grundsätze und in einem solchen Kampfe ist auf Sach-  
lichkeit, Ehrlichkeit und fair play bei unseren Gegnern nicht  
mehr zu rechnen. Den Luxus dieser Jugenden können sich  
nur noch die „Times“, „Morning Post“, „Saturday Review“  
und „Nation“ gestatten, die aber von den Massen nicht gelesen  
werden.

## Vom neuen Ausnahmegesetz!

Je näher die Eröffnung des Reichstages heranrückt, desto  
schlimmer, aber allerdings auch desto wahrscheinlicher werden die Nach-  
richten über die Pläne, mit denen der Wod das deutsche Volk be-  
glauden will. Vor kurzem hat die „Deutsche Tageszeitung“  
erklärt, daß, wenn den Liberalen auf einem Gebiete Zugeständnisse  
gemacht werden, die Konservativen dafür auf dem gleichen  
Gebiet entschädigt werden müßten. Was über das neue  
Reichs- und Vereinsgesetz allmählich in die Öffentlichkeit  
durchsickert, zeigt deutlich, wie das gemeint ist. Für  
selbstverständliche, wenig ins Gewicht fallende, unausschiebbare  
Zugeständnisse an die politische Notwendigkeit der Zeit sollen un-  
erhörte, schwerwiegende reaktionäre Entschreitungen  
in Kauf genommen werden! Was ohne Wodpolitik  
einfach als Gebot der politischen Notwendigkeit hätte erfüllt werden  
müssen, dafür verlangen jetzt die preussischen Junker reiche  
Wegzahlung! So wird die Wodpolitik geradezu für die  
Konservativen zum wirksamsten Anreiz, Forderungen zu erheben  
und bei der jämmerlichen Haltung der Liberalen auch zu  
verwirklichen, an die sie in ihren kühnsten Träumen nicht  
gedacht hatten, die im alten Reichstag von der alten Mehrheit  
nie durchzuführen gewesen wären!  
Nirgends wird das deutlicher, als bei dem geplanten Reichs-  
Vereins- und Besammlungs-gesetz. Seit 36 Jahren wurde es ver-  
sprochen! Das Versprechen wurde nie gehalten. Jetzt zeigen  
plötzlich Regierung und Junker große Lust. Warum? Zuerst hieß  
es, weil es eine liberale Konzeption sei, eine Errungenschaft des  
Wods. Die Liberalen glaubten daran, mußten daran  
glauben, da sie doch für das Bündnis mit den Junkern eine Recht-



fertigung brauchten. Wir sagten sofort, daß es sich höchstens um eine Aufhebung von Bestimmungen handeln könne, die der Polizei viel Arbeit, der Sozialdemokratie, um die es sich ja doch immer handelt, wenig Schaden macht. Daß Vorschriften, wie z. B. die des Verbotes des Teilnehmens von Frauen an politischen Vereinen beseitigt werden sollen, die unseren Gegnern mehr hinderlich sind als uns. Aber jetzt stellt sich immer deutlicher heraus, daß die Junker den Moment gekommen erachten, aus der „liberalen“ Erregungenschaft ein abscheuliches Ausnahmengesetz zu machen. Die Gelegenheit macht Diebe und die Junker wären Narren, den Hock nicht dazu zu benutzen, wozu sie ihn allein mitmachen; auch noch den letzten Rest Bewegungsfreiheit dem deutschen Volke zu rauben. Aber die Junker sind großmütig. Sie schneiden dem Hund den Schwanz nur stückweise ab. Die liberalen Brüder erfahren die Befreiung nicht auf einmal. Sie werden schonend unterrichtet. Offiziell wird gemeldet, das neue Vereins- und Versammlungsrecht bestimme, daß in öffentlichen Versammlungen die Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen sind, und daß Ausnahmen davon die Genehmigung der Landesregierung bedürfen.

Das ist ein Ausnahmengesetz schlimmster Art! Da hat man uns den Sommer über erzählt, das neue Vereinsrecht würde sich nach dem württembergischen Muster richten. Statt dessen schafft man ein Gesetz, das seinesgleichen in der Welt nicht findet. Die schlimmste Unterdrückerin anderssprachiger Staatsbürger, die magyarische Bourgeoisie, hat nie ein solches Gesetz auch nur vorzuschlagen gewagt. Dieselben Leute, die heute oben mit aller Kraft für diese Bestimmung agitieren, würden in die bestmögliche nationale Entrüstung ausbrechen, und sie hätten dann sogar einmal recht, wenn in den Vereinigten Staaten oder in Frankreich oder in Ungarn eine ähnliche Entrüstung gegen Deutsche geplant würde! Es seien diese Deutschen nun Bürger dieses Staates oder Ausländer. Aber die Junker und ihre national-liberalen Helfershelfer wollen mit dieser Bestimmung zwei Pflegen mit einer Klappe schlagen. Sie haben durch ihre provozierende Politik alle Polen in die schärfste Opposition getrieben, das polnische Nationalgefühl aufs äußerste gereizt. Sie sind mit dieser Politik in eine Sackgasse geraten, aus der sie jetzt verzweifelt einen Ausweg suchen. Daher diese tollen Pläne der Expropriation und des Rechtsraubes.

Was kümmert diese Leute die Verfassung, die das Vereinsrecht gewährleistet, was kümmert sie es, daß diese Gewaltpolitik die Gefahr unbefonnener Abwehr provozieren könnte. Für diese Leute gibt es ja keine Staatsanwälte, die wegen Vorbereitung zum Hochverrat anklagen möchten. Im Gegenteil. Wenn ein paar Verzweifelte den Unfinn begreifen, sich zu Gewalttaten verleiten zu lassen — könnte die Notwendigkeit neuer Ausnahmengesetze und verschärfter Repression besser bewiesen werden. Das ist ja die alte Taktik. Zuerst treibt man die Leute zur Verzweiflung, und wenn sie dann Unbefonnenheiten begehen, so nützt man das als Beweis für die Unentbehrlichkeit des Gewaltregiments aus! Da die Klugheit der deutschen Arbeiterklasse wahrhaftig keinen Beweis für die Polizeiherrschaft liefert, vielleicht daß die Polen dann die langgeschten Gründe liefern. Braucht man doch den nationalen Haß, die nationale Verblendung, um so noch besser als das betörte Volk schröpfen zu können.

Aber für die Herren handelt es sich noch um ein Zweites. Das Verbot fremdsprachlicher Versammlungen trifft vor allem die nicht-deutschen Arbeiter. Die aber sind den Herren erwünscht, als Lohnbrüder sowohl den Junkern im Osten, als den Nationalliberalen im Westen. Lohnbrüder sind sie aber nur so lange, als sie nicht aufgesteckt, als sie nicht organisiert werden können. Diese Arbeiter müssen schweigend sich ausbreiten lassen, so wie es die Gutsbesitzer hier, die Lehensbesitzer und Hülfenbesitzer dort verlangen. Das Verbot fremdsprachlicher Versammlungen ist so gleichbedeutend mit dem Raub des Konstitutionsrechtes dieser Arbeiter, mit ihrer Erhaltung als willenlose Sklaven, mit ihrer Konvertierung als Lohnbrüder für die deutschen Arbeiter. Und deshalb ist diese Bestimmung eine schwere Bedrohung der Lebenshaltung deutscher Arbeiter, ist eine schwere Gefahr für die Organisationsbestrebungen in Rheinland-Westfalen ebenso wie im Osten! Aber Niederdrückung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter! Das ist ja die nationale Aufgabe, an der die Junker und Scharfmacher unaufhörlich arbeiten, das ist Volkspolitik! Zur Vollenbung dieser Aufgabe soll das neue Vereinsgesetz beitragen!

## Wieder einmal der Staat gerettet!

Der preussische Staat und die Haupt- und Residenzstadt Berlin sind wieder einmal einer furchtbaren Gefahr entronnen: die Rede, in der Bebel am Mittwochabend mit den Nationalliberalen abrechnete, hat wider alle Erwartungen nicht zur Revolution geführt! Wider alle Erwartungen? In der Tat: wider alle Erwartungen einer um das Staatswohl angeblickt besorgten Polizeiverwaltung. Oder sollte die Besorgnis vor einer Revolte auch diesmal wieder wie am 21. Januar vorigen Jahres der Polizeiverwaltung von höherer Stelle suggeriert worden sein?

Wir wissen es nicht, aber so viel wissen wir, daß die Polizeiverwaltung alle Vorbereitungen getroffen hatte, einer Revolte sofort mit einem imponierenden Polizeiaufgebot entgegenzutreten. Nicht genug damit, daß in der Nähe des Latortes, vor Kellers Festsaal und in den angrenzenden Straßen ein enormes Polizeiaufgebot zusammengezogen war — man zählte 80 bis 100 Helmstücken —, es war auch allem Anschein nach gut die halbe Polizeimacht ganz Berlins aufgeboden worden, um auf das erste Alarmzeichen hin anzurücken. Durch einen wohlorganisierten Radfahrerdienst wurde eine Depeschendenbindung mit dem obersten Polizeikommando unterhalten, um rechtzeitig die umfassendsten Maßnahmen treffen zu können. Die Nachrichten, die von der Koppensstraße aus an das Oberkommando abgingen, zeigten freilich, daß man sich wieder einmal unnötige Sorgen gemacht hatte. So lautete eine der Meldungen:

D. D.

Hauptm. Hennide an Chef, Ober-Reg.-Rat, Oberst, Kommando, I.—III. Brigade, I. II. III, VI, VIII, XI u. XIII, Optisch. Abt. VII. Neb. 2 und Schloßkeller.

Zustand derselbe. Nichts vorgekommen, nichts zu befürchten. Danach hat es also den Anschein, daß der Dirigent der VII. Abteilung der Polizei, Oberregierungsrat Dr. Baercke selbst, der Empfänger dieser Dienstdepeschen gewesen ist und als ob die gute Hälfte sämtlicher Hauptmannschaften aller drei Brigaden an dem Verlauf der Versammlung interessiert gewesen sei! Die fieberhafte Spannung am Alexanderplatz mag sich erst dann gelegt haben, als die Volkshäufen eingingen, daß wirklich nicht das geringste „vorgekommen“ und „nichts zu befürchten“ sei!

Und daß nichts zu befürchten sei, daß insollgedessen die Schutzeinheiten von sieben Bezirkshauptmannschaften nicht in Tätigkeit zu treten brauchten, das mußte erst besonders durch Erlaß nach dem Alexanderplatz gemeldet werden!

Und die ganze Aufregung, weil Bebel über die Wasser-männer in einer Versammlung sprach, zu der trotz des Riesenhaares nur ein Bruchteil der Herbeiströmenden Zutritt finden konnte!

Nun haben in Berlin bereits unzählige solcher Versammlungen stattgefunden, ohne daß solche außerordentliche Vorsichtsmaßnahmen stattgefunden hätten. Warum also auf einmal die unbegreifliche Nervosität? Ist sie in dem schlechten Gewissen der Herrschenden in Sachen des Wahlrechts zu suchen?!

## Zur Charakteristik des Peters.

Graf Pfeil, der seinerzeit die erste Reise des Peters nach Ostafrika mitmachte, aus der der Peters seine Verdienste um die deutsche Nation herleitet, veröffentlicht ein Buch, in dem er sich mit dem Peters gründlich auseinandersetzt. Das Buch des Grafen Pfeil ist eine Antwort auf hässliche Angriffe, die Peters in seiner im vorigen Jahre erschienenen literarischen Selbstherrlichkeit „Die Gründung von Deutsch-Ostafrika“ gegen seinen ehemaligen Mitgründer Pfeil gerichtet hatte. Graf Pfeil führt in seinem Buche den Nachweis, daß Peters die „Verdienste“ um die Erwerbung Ostafrikas, die er sich und zwar sich ausschließlich in seinem Buche so freigebig zuschreibt, gar nicht zukommen, sondern daß er sich von Rechts und der Dankbarkeit wegen mit ihm, dem Grafen Pfeil, daren zu teilen habe. So wenig uns nun dieser kolonialhässliche Streit interessiert, so interessiert sind doch die Urteile, die Graf Pfeil über den Charakter des gepriesenen „Herrenmenschen“ fällt. Und diese Urteile fallen umso mehr ins Gewicht, als Graf Pfeil sich offenbar in seiner Schrift, die nur eine Abwehr auf die Angriffe des Peters darstellt, der größten Zurückhaltung zu befleißigen scheint.

Auf Seite 65 seines Buches erzählt Graf Pfeil, daß Peters bereits auf der Reise nach Ostafrika in Briefen davon gesprochen habe, daß er damit beschäftigt sei, ihn, Grafen Pfeil, „zu unterdrücken“ und „klein zu kriegen“. Dr. Lange sei bereit, diese Tatsache zu bezeugen. Und daß Peters ein Aufschneider sei, gehe daraus hervor, daß Peters in seinem Buche behauptet, für ihn habe es festgestanden, „daß er Afrika erwerben oder untergehen müßte“. In Wirklichkeit habe es Peters an solch heroischer Entschlossenheit gerade in dem kritischen Augenblick gefehlt. Denn als ihnen in Sanibar vom deutschen Konsul mitgeteilt worden sei, daß die deutsche Regierung die Expedition in das Innere Ostafrikas untersage und ihnen im Uebertretungsfalle den Schutz des Reiches entziehe, hätten sowohl Peters wie Pfeil erklärt, daß es notwendig sei, von ihrem Unternehmen ab zu stehen. Nur sein, Pfeils, energisches Auftreten und seine Forderung, ihm die Expeditionskasse herauszugeben, da er die Expedition allein unternehmen wolle, habe auch dem Peters wieder den gesunkenen Mut zurückgegeben.

Trotzdem fühlte sich Peters nach Graf Pfeil während der Expedition selbst sofort wieder als Herrenmensch. Grausamkeiten gegen die Eingeborenen, berichtet Pfeil, habe er sich auf diesem Zuge nicht zuschulden kommen lassen, obwohl er „wenig Talent im Umgang mit Eingeborenen“ gezeigt habe. Dagegen hätten „seine sämtlichen Gefährten unter seiner brutalen Art zu leiden“. Dito habe eines Tages erklärt, dieser Behandlung wegen nicht mehr weiter mitgeben zu wollen, und auch Pfeil habe gesagt, „daß Peters es doch zu arg triebe“. (S. 71.)

Die häßlichsten Angriffe habe Peters gegen ihn, Pfeil, gerichtet, als er 1896 als Zeuge wegen der Gewalttaten des Peters am Kilimandscharo vernommen worden sei. Peters behauptet, er habe den Angeber gegen ihn gespielt. Dabei habe er erst in der Zwangslage als unfreiwilliger Zeuge seine Aussagen gemacht:

„Die Vernehmung fand statt, und zwar hauptsächlich darüber, ob Peters auf unserer ersten Expedition sich Grausamkeiten gegen Eingeborene habe zuschulden kommen lassen. Ich konnte das verneinen. Zu meinem Erstaunen erhielt ich bald darauf eine zweite Vorladung, in der ich über eine Menge anderer Dinge befragt wurde, bezüglich deren ich weniger indifferent antworten konnte, immerhin aber nur solche Sachen mitteilen konnte, die bereits öffentlich gegen ihn angeführt worden waren. Eine Menge anderer Leute aus allen Teilen des Reiches sind ebenfalls als Zeugen in der Angelegenheit vernommen worden und haben durch ihre Aussagen Dr. Peters zum Teil schwer belastet; alle diese Zeugen müßte er mithin als Denunzianten bezeichnen.“ (S. 112.)

Es würde zu weit führen, im einzelnen alle die Stellen anzuführen, wo sich Graf Pfeil über die „Verleumdungen“ des Peters und deren „Schamlosigkeit“ beschwert.

Zum Schluß wirft Graf Pfeil, der mit Unterbrechungen dreißig Jahre in Afrika zugebracht hat, dem Gernegroß Peters gegenüber folgende Fragen auf:

„Was hat Peters, der so gern der Mann sein will, dem Deutschland Ostafrika ganz allein verdankt, zu dessen Entwicklung beigetragen? Als er an der Spitze der Verwaltung stehend in Sanibar weilte, hatte er Zeit, Gelegenheiten und die Pflicht, das Unternehmen in irgend einer Beziehung vorwärts zu bringen, seine großen wirtschaftlichen und politischen Pläne zu verwirklichen. Was ist aus letzteren geworden, wo sind die Spuren seiner Wege? Hat Peters der Gegenwart auch nur eine lebende Schöpfung hinterlassen? ...“

So zeichnet ein „Mitgründer“, ein Expeditionsgefährte, ein kolonialer Enthusiast das Charakterbild des Peters! Wie sieht danach der „koloniale Hero“ aus? Als ein Gernegroß, der sich mit fremden Federn schmückt, der seine Expeditionsgefährten brutalisiert, der „schamlos verleumdet“! Und der Mann wagt dann andere wegen Verleumdung zu verklagen!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 17. Oktober 1907.

### Die Lebensfrage des Freisinn.

Es wird immer wahrer, daß zwischen Wilton und den freisinnigen Parteien in Nordrhen, trotz allen Abseugnens, gewisse Abmachungen getroffen worden sind, die dahingehen, an die preussische Wahlrechtsfrage nicht zu rühren. Die freisinnige Presse läßt sich durch die Verschleidenheit Barths absolut nicht rühren, ja die „Frankfurter Zeitung“ brachte sogar neulich die seltsame Mär, daß der liberale Einigungsansatz, der neulich in Frankfurt tagte, über die preussische Wahlrechtsfrage überhaupt nicht verhandelt habe! Wir glauben das recht gern, nur möchten wir wissen, wozu die Herren überhaupt noch zusammen kommen! Was sie zu tun haben, erfahren sie ja doch prompt aus der „Deutschen Tageszeitung“. Wir möchten aber doch daran erinnern, daß dem preussischen Landtage Anträge

auf Einführung des Reichstagswahlrechts sowohl von Seiten des Freisinn als von Seiten des Zentrums vorliegen. Wie denken denn die Herren über die Beratung dieser Anträge, oder ist ihnen am Ende bereits beschlohen worden, sie zurückzuziehen? Wir möchten da doch abraten. Denn wenn die Freisinnigen diese letzte Session des Landtages ganz ohne jedes Resultat vorübergehen lassen, wäre ihre Stellung bei den Wahlen doch eine verflucht ungünstige. Die Versammlungen, die sich mit dem preussischen Parteitag beschäftigt haben, haben gezeigt, daß die Arbeiter mit außerordentlichem Interesse das Spiel verfolgen, das mit ihrem Recht getrieben wird. Sie sind nun einmal der Meinung, daß eine Reform des Preussenwahlrechts unausschiebbar ist. Der Vorschlag, das geheime Wahlrecht sofort zu beschließen, erscheint ihnen ungenügend, aber eben deswegen ist seine Durchführbarkeit selbstverständlich. Ein Verbot des Freisinn in dieser Frage erscheint ihnen zwar möglich, aber unwahrscheinlich. Denn der Parteitag in Essen hat zwar dem Parteivorstand freie Hand gelassen, bei Stichwahlen gemäß der politischen Situation zu entscheiden, aber ein völliges Versagen des Freisinn müßte ihn bei der Stimmung der Arbeiterklasse die Hände binden. Es wäre doch selbst für den Freisinn a la Fischel ein Unglück, wegen einer momentan vorübergehenden politischen Konstellation, wie es der Hock ist, sich für alle Zukunft jede Aussicht auf Stichwahlen zu berauben. Die preussische Wahlreform ist der Angelpunkt der gesamten deutschen Politik und nach dem Verhalten in dieser Frage muß natürlich das politische Urteil gefällt werden. Eine Erregungenschaft in der Frage der Wahlreform ist vielleicht keine Lebensfrage für den Hock, aber sicher für den Freisinn. —

### Zur Wittwen- und Waisenversorgung

bringt die „Kölnische Zeitung“ von „sachverständiger Seite“ einen Artikel, der erkennen läßt, daß es aller Voraussicht nach gute Weile haben wird, bis die Wittwen- und Waisenversicherung zur Tat wird. Zunächst weist der Artikel darauf hin, daß die erwarteten Mehrerträge aus den Lebensmittelskollen, mit denen die Wittwen- und Waisenversicherung gespeist werden sollte, für das erste Jahr nach der Geltung des Posttarifs ausgeblieben sind. Wenn sich ein solcher Ausfall wiederholen werde, bleibe nichts übrig, als daß das Reich mit regulären Mitteln eintrete, eine Aussicht, die bei der Schuldenlast des Reiches und den stetig wachsenden Anforderungen für Heer und Marine nicht gerade erfreulich scheint. Dazu komme, daß die Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung Landwirtschaft und Mittelstand, die heute schon über die Höhe der Beiträge zur Arbeiterversicherung klagen, noch mehr belaste, und gerade der gegenwärtige Augenblick, wo der Mittelstand unter der allgemeinen Teuerung leide, erscheine zu einer Erhöhung der Beitragslast ungeeignet. „Aus diesem Grunde“ — schreibt das nationalliberale Blatt — „liegt die Erwägung nahe, die Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung jedenfalls solange hinauszuschieben, bis ein reichlicher Stamm für die Rentenzahlung durch die Mehrerträge aus den Lebensmittelskollen gesammelt ist. Daß bis zum Jahre 1910 — wie es im Posttarifgesetz vorgeesehen ist, davon nicht die Rede sein kann, liegt wohl auf der Hand.“

Weiter rät die „Kölnische Zeitung“ davon ab, den Kreis der Versicherten möglichst weit auszudehnen; man solle das dringendste Bedürfnis befriedigen, dafür dann in jedem Einzelfalle etwas reichlicher geben. Eine „verständige Wittwen- und Waisenversicherung“ solle bei den Gewerbetrauten und den während der Betriebstätigkeit vorgekommenen Todesfällen einsehen, die nicht der Unfallversicherung unterliegen. Schließlich bleibe noch zu erwägen, da durch die allgemeine Einführung der Wittwen- und Waisenversicherung auch die Industrie erheblich belastet werde, ob dafür nicht durch den Fortfall der kleinen Renten die Berufsgenossenschaften entlastet werden könnten.

Die Vorschläge des „Sachverständigen“ der „Kölnischen Zeitung“ laufen also darauf hinaus: erstens die Wittwen- und Waisenversicherung hinauszuschieben, zweitens den Kreis der Versicherten möglichst zu beschränken, und drittens die bestehenden Versicherungsversetze zum Schaden der Arbeiter zu beschneiden. Was sagt das Zentrum, das sich durch die Ver Trimbom für die Wittwen- und Waisenversorgung verbürgt hat, zu solchen Plänen?!

### Der Reichshaushalts-Etat.

Eine Korrespondenz meldet: Die Einbringung des nächstjährigen Reichshaushalts-Etats an den Reichstag wird, wie man in Bundesratskreisen bestimmt hofft, in der letzten Novemberwoche erfolgen können. Der Reichstag hätte alsdann wohl noch Gelegenheit, die erste Etatslesung vor Reichsnächten zu erledigen, die in der Regel 5—6 Tage in Anspruch nimmt. Die Beamtengehälterforderungen für das Reich und der neue Exekutivrat werden erst im Januar dem Reichstage zugehen, da die Forderungen wegen des nötigen Konnexes mit den preussischen Forderungen nicht eher dem Reichstage unterbreitet werden können. —

### Verunglückte Scharfmacherei.

Eine reaktionäre Korrespondenz schreibt: Unberechtigte Verbreitung der Viebnechtischen Hochverratsbrochüre. Das Reichsgericht hatte beschlohen, die Hochverratsbrochüre des Dr. Viebnecht mit Beschlag zu belegen und ihre Verbreitung zu verbieten. Der „Vorwärts“ kündigt jetzt ganz harmlos an, daß er die von Reichsanwalt Dr. Rosenbergs ausgenommene Reichsgerichtsverhandlung als Flugchrift verbreiten will, jedenfalls, um Dr. Viebnecht auch finanziell zu unterstützen. Da in der Gerichtsverhandlung auch die Brochüre über den Antimilitarismus verlesen worden ist, so wird die Flugchrift des „Vorwärts“ auch die verbotene Brochüre enthalten und somit würde das vom Reichsgericht ausgesprochene Verbot umgangen werden. Wie wir erfahren, wird aber die Flugchrift, falls sie die verbotene Brochüre enthalten sollte, gerichtlich beschlagnahmt werden, da die Umgebung des Verbots in dieser Weise gesetzlich unzulässig ist. Der „Vorwärts“ würde sich übrigens, wenn er die Brochüre in seiner Flugchrift abdruckt, strafbar machen, da er ein Urteil des Reichsgerichts durch die Veröffentlichung nicht respektiert.

An der Meldung dieser Korrespondenz ist unwar: 1. daß das Reichsgericht die Verbreitung der Brochüre „verboten“ habe — ein solches Verbot zu erlassen, ist das Reichsgericht nicht befugt und einen solchen Verstoß gegen das Gesetz hat das Reichsgericht ausweislich des von uns wortgetreu wiedergegebenen Urteils auch keineswegs begangen; 2. die Verhandlung ist nicht vom Reichsanwalt Doktor Rosenbergs aufgenommen; 3. die Brochüre wird (nicht aus strafrechtlichen, sondern aus technischen Gründen) nicht die gesamte Brochüre, sondern — um mit den Worten des Gerichtsvorsitzenden zu sprechen — ein objektives Referat aus der beschlagnahmten Brochüre, soweit sie verlesen ist, enthalten; 4. wenn die



Korrespondenz erfahren hat, die Broschüre wird gerichtlich beschlagnahmt werden, so hat sie sich einen Varen aufbinden lassen, der ihr als solcher schon dadurch hätte kenntlich sein dürfen, daß ein gerichtliches Beschlagnahmeverbot nur auf Grund gerichtlicher Einsichtnahme, nicht auf Grund vor dem Erscheinen der Broschüre erteilter militärischer Anweisungen zulässig ist; 5. der „Vorwärts“ würde sich durch einen wahrheitsgemäßen Bericht in einer Broschüre genau so wenig strafbar machen, wie er und andere Zeitungen bislang durch ihren der Wahrheit entsprechenden Bericht sich strafbar gemacht haben.

Die Angst vor einer Verbreitung der Wahrheit bis in die entlegensten Hütten durch die Broschüre treibt die reaktionären Blätter zu absonderlichen Ansichten. So wahr es ist, daß wahrheitsgemäße Berichte über Gerichtsverhandlungen nicht wie Parlamentsberichte selbst dann strafbar sind, wenn ihr Inhalt ein strafbarer ist, so wenig gilt bislang selbst noch in Deutschland als Rechtsatz: wahrheitsgemäße Berichte über Gerichtsverhandlungen sind strafbar, auch wenn ihr Inhalt straflos ist. Die Presse der herrschenden Klasse ruft nach dem Rabi schon vor Erscheinen der Broschüre, weil der herrschenden Klasse vor der Wahrheit bangt, und kann's recht sein. Die Broschüre wird erscheinen und selbstredend straflos verbreitet werden.

### „Gebung“ der Eingeborenen.

Einer der Journalisten, die Dornburg Ostafrika-Dummel mitgemacht haben, Herr Zimmermann, verbreitet sich in der „Befreiung“ über die Mittel zur Lösung des Dornburgschen Problems, die Eingeborenen zu heben, d. h. zur Erhöhung ihrer Arbeitsleistung und ihrer Produktionskraft beizutragen. Das Rezept sei einfach: Man mühte auf die Steigerung ihres Geldbedarfs hinarbeiten.

Und zwar durch drei Mittel: durch rückwärtslose Eintreibung der Hüttensteuer, durch Verkauf von Vorderladern, Pulver und Blei, und schließlich durch den Verkauf von Spirituosen!

Die allgemeine Durchführung der Hüttensteuer — die ja in erster Linie eine Erhöhung der Arbeitsleistung, speziell auch durch Arbeit für die Ansiedler, herbeiführen soll — sei allerdings mit dem Risiko von Aufständen verbunden. Aber das schade nichts, denn die einmal niedergeworfenen Stämme pflegten sich nicht wieder zu erheben. (Für Südwestafrika traf das keineswegs zu!) Der Verkauf von Vorderladern werde ja das Selbstgefühl der Eingeborenen heben, was nicht unbedenklich sei, aber die sehr begehrte Ware werde teuer bezahlt werden, also gleichfalls den Geldbedarf der Eingeborenen steigern. Der Verkauf alkoholischer Getränke sei nicht gerade moralisch, aber die Eingeborenen brauchten sich ja auch ohnehin in selbstgekauften Getränken. Natürlich müsse durch eine angemessene Spirituosensteuer dafür gesorgt werden, daß die Getränke nicht zu billig abgegeben würden, da ja sonst die Eingeborenen für den Fasel nicht genug Arbeit leisteten.

Also Steuern, Gewehre und Schnaps sollen die Eingeborenen zur Mehrarbeit zwingen! Die Alkoholpest zerrütet zwar die Eingeborenen, und Steuerdruck und Feuerwaffen werden die Gefahren blutiger Aufstände vermehren — aber was schadet das? Je mehr Kolonialkriege, desto bessere Geschäfte machen unsere Militärlieferanten und sonstigen Kolonialinteressenten!

### Göttliches Recht und kapitalistische Presse.

In den Tagebuchblättern der Königin Viktoria, die neulich im Verlage Karl Siegismunds erschienen sind, findet sich eine lustige Episode. Die „Times“ hatte sich über die Krönung des Königs Wilhelm von Preußen im Jahre 1861 lustig gemacht. Unsere Leser werden das begreiflich finden, wenn wir ihnen als Stütze einen Passus aus der Ansprache des Königs an die Mitglieder beider Häuser des Landtages hersehen. Da heißt es: „Die Herrscher Preußens empfangen ihre Krone von Gott! Ich werde deshalb morgen die Krone vom Tische des Herrn nehmen und auf mein Haupt setzen. Dies ist die Bedeutung des Königtums von Gottes Gnaden und darin liegt die Heiligkeit der Krone, welche unantastbar ist.“ Ueber den Spott der „Times“ war die Königin Viktoria in ihren dynastischen und verwandtschaftlichen Gefühlen gekränkt und ersuchte den Minister des Auswärtigen, Lord Palmerston, beim Herausgeber der regierungsoffiziösen „Times“ zu intervenieren. Palmerston währte der Königin. Hr. Delane, der Herausgeber, meinte, er hätte während der Krönungsfeierlichkeit nichts Unwillkommenes gebracht, hätte der König nicht diesen erstaunlichen Anachronismus vom „Göttlichen Recht“ geäußert. Er hätte ohnedies alles getan,

um solche Feierlichkeiten verständlich und den Bericht darüber für diejenigen nicht zu langweilig zu machen, welche so wenig an „Göttliches Recht“ glauben, wie Ew. Lordschafft ganz getreuer Diener John F. Delane.“

Lord Palmerston aber tröstete die Königin über diese Antwort, indem er dieser auseinanderlegte: „Die „Times“ ist ein großes kaufmännisches Unternehmen, wenn auch natürlich mit gewisser politischer Richtung, doch hauptsächlich mit dem Zweck, das große darin angelegte Kapital sich gut verzinsen zu lassen.“

Und darin hat Lord Palmerston recht behalten bis auf unsere Zeiten, und nicht nur für die „Times“. Nur das eine hat sich geändert, daß die bürgerliche Presse jetzt ihre Geschäfte macht nicht mehr gegen das „Göttliche Recht“, sondern mit dem „Göttlichen Recht“. Aber sonst ist Geschäft Geschäft geblieben!

### „Post“ - Fint?

Der frühere Sekretär der freisozialistischen Partei, Redakteur der „Post“ und Mitarbeiter an dem Pamphlet des Nordmarchers Pfister gegen die Sozialdemokratie, Fint, verduftete, wie wir neulich in Erinnerung brachten, nach Ostafrika, nachdem die ihm zur Post gelegten „Sched.“ und Wechselstellungen gerichtlich festgestellt waren. Der Leiter des „Ostafrikanischen Lloyd's“, einer deutschen in Schanghai erscheinenden Zeitung, heißt G. Fint. Die „kölnische Zeitung“ bezeichnet ihn in einem Beisetzton der Nummer vom 16. Oktober als „den ausgezeichneten Leiter der vornehmsten deutschen Zeitung“ und bezeichnet ihn in einem Beisetzton der Nummer vom 18. Oktober als „den ausgezeichneten Leiter der vornehmsten deutschen Zeitung“. Wir möchten nicht annehmen, daß dieser ausgezeichnete Leiter der vornehmsten deutschen Zeitung nicht dem oben gekennzeichneten Fint identisch ist. Vielleicht äußert sich die „Post“ hierüber, die seit 10 Jahren ängstlich den Namen ihres geistig bedeutendsten Redakteurs verschwiegen?

### Die sächsische Thronrede.

Die Thronrede, mit der am Donnerstag der sächsische Landtag eröffnet wurde, hat alles gehalten, was unser Dresdener Korrespondent in seinem gestrigen Artikel von ihr erwartete: Der König läßt seinen getreuen Ständen sagen, daß seine königliche Pflicht ihm gebietet, nichts unversucht zu lassen, um die Freude aller seiner Untertanen an den staatlichen Einrichtungen zu befestigen und um die berechtigten Wünsche zu befriedigen, welche auf eine angemessene Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung am Staatsleben gerichtet sind.“ Friedrich August läßt ferner: „Zugleich wünsche ich die im Volke vorhandenen

Kräfte in möglichst weitem Umfange sowohl für die Selbstverwaltung wie für die Volkserziehung zu betreten. . . Ich hoffe dadurch meinem Volke neue und dauernde Burschaften für den inneren Frieden und die äußere Wohlfahrt zu geben. Indem ich Ihnen die diesen Zwecken dienenden Vorlagen zugehen lasse, hege ich das Vertrauen, daß sie ohne Unterschied der Parteistellung Meinen darin beabsichtigten ernstlichen Willen anerkennen und mit allen Kräften zu dessen Verwirklichung beizutragen bereit sein werden.“

So wird die Karikatur einer Wahlreform eingeführt, die in den Angehörigen der größten Partei Sachsen alles andere als Freude an den staatlichen Einrichtungen erwecken muß und ihre berechtigten Wünsche total unberücksichtigt läßt.

Bis auf dem Punkt über dem i ist die Voraussage eingetroffen, daß die Steuerzuschläge verzwigt werden sollen, trotz der großen Rolle, die die Verheißung auf Fortfall der Zuschläge in der Agitation bei den Reichstagswahlen vom Januar gespielt hat. Die Thronrede sagt dazu: „Meine Regierung hat sich . . . zu meinem lebhaften Bedauern . . . nicht imstande gesehen, an eine Ermäßigung der Sätze des geltenden Einkommensteuertarifs heranzutreten.“

Somit verheißt die Rede u. a. Erhöhung der Beamten- und Lehrgelöhner, Erhöhung der Wohnungsgeldzuschüsse wegen der „andauernden Preissteigerung zahlreicher Lebensbedürfnisse“ sowie eine Revision des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Vergarbeiter.

### Oesterreich.

#### Die Eisenbahnen.

Wien, 17. Oktober. (Abgeordnetenhause.) Das Haus verhandelt über den Dringlichkeitsantrag der Tschechisch-Radikalen, in welchem die Regierung aufgefordert wird, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die Vertrags-Arbeits- und Lohnverhältnisse der österreichischen Eisenbahnangestellten einer Regelung unterworfen werden.

### Italien.

#### Zur Streikbewegung.

Die werten Kapitalisten Italiens sind in ungnädiger Laune. Sie grollen dem Ministerpräsidenten Giolitti, weil dieser nicht den törichtsten Streich beging, mit der berühmten festen Faust zuzupacken und sich — zuungunsten der Arbeiter selbstverständlich — in den Eisenbahnerstreik einzumischen. Nach der Ansicht jener hätte sofort ein Ministerrat einberufen, hätte vom Eisenbahnrat die Beirufung der Ausständigen gefordert werden müssen. Daß — wie gesagt — Giolitti es kluglich vorgeh, in die sogenannte Autonomie der Staatseisenbahnen nicht einzugreifen, das freiden ihm die Konservativen schmer an, und ihre Organe begeifern den Kabinettschef mit Gift und Galle.

Auch der Eisenbahnrat ist den biederen Reaktionären nicht „energisch“ genug gewesen: Statt — in seiner Rittmochsichtigung — ins Blaue hinein rigorose Maßnahmen zu beschließen, hat er die Entscheidung vertagt, um erst einmal authentische Nachrichten aus Mailand und Turin abzuwarten. Das paßt den reaktionären Draufgängern auch nicht in ihren Stram, und sie suchen scharf zu machen und die Situation zuzuspitzen, indem sie gegen die Regierung den Vorwurf der „Feigheit“ erheben und deren Verhalten als „Verfälschungstaktik“ charakterisieren.

Die Kaufleute von Bologna haben sich gar zu einer Protestversammlung nebst dem obligaten Entrüstungstelegramm an Giolitti aufgeschwungen, in welchem sie ihrem Unwillen darüber Luft machen, daß die Stadt „von der Regierung gegenüber den Tumulten der Umstürzler (1) schutzlos gelassen“ worden sei.

Wenn die guten Leute sich klar machten, wie sehr es gerade in ihrem ureigensten Interesse liegt, daß die Regierung Ruhe und Besonnenheit bewahrt, dann könnten sie sich ihr törichtes Cerere für minder ernste Dinge und Situationen aufbaren.

Turin, 17. Oktober. (W. L. B.) Die von den Arbeitgebern verhängte Sperre ist seit heute früh aufgehoben. Die Leiter der Arbeiterkammer und anderer Arbeiterkörperchaften halten gestern abend eine Kundgebung erlassen, in der die Arbeiter aufgefordert werden, heute früh die Arbeit wieder aufzunehmen. In einer Versammlung, in der die radikalsten Elemente in der Mehrheit waren, war dagegen beschlossen worden, den Ausstand fortzusetzen. Die Arbeit ist indessen heute früh fast überall wieder aufgenommen worden. Die Zahl der Ausständigen dürfte nicht mehr als 4000 betragen, so daß der Ausstand als beendet angesehen werden kann. Nach amtlichen Feststellungen der Stadtbehörden wurde gestern in 213 Betrieben gearbeitet, während 200 geschlossen waren; es arbeiteten 22 649 Arbeiter, während 25 593 wegen Ausstand oder Aussperrung feierten.

### Kommunales.

#### Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr.

Gewählt und konstituiert ist der Ausschuss für die Vorlage betr. die Festlegung von Fluchtlinien auf dem Gelände der Gilla-Whow'schen Erben.

Nachdem eine Anzahl von Rechnungen gemäß dem Antrag des Rechnungsausschusses dechargiert ist, berichtet Stadtverordneter Kelle (A. L.) über die Ausschussverhandlungen zur Vorlage wegen Verkauf des bekannten Lessinggrundstücks Alexanderstraße 61 und Königstr. 10, dem Silberföhrenfonds gehörig. Der Ausschuss hat die Vorlage abermals abgelehnt, weil er 500 000 M. für zu niedrig hält und 550 000 M. als Minimalpreis ansieht.

Stadtverordneter Kellmann (Fr. Fr.) tritt für die Annahme der Vorlage ein. Man solle doch nicht so feilschen und markten, auch nicht so feilsch sein, die Provisionen sparen zu wollen, deshalb solle die Stadt eben auf ihren Grundstücken so fest.

Stadtverordneter Brunzlow (A. L.) empfiehlt nach dem Ausschussvorschlage zu beschließen. Ob der betr. Kaufstille sich nach dem 30. September noch an sein Gebot gebunden halte, sei zweifelhaft.

Stadtverordneter Marggraf berührt den Vorredner über den letzten Punkt. Der Verzeßende sei auch jetzt noch bereit, 500 000 M. zu zahlen.

Stadtverordneter Borgmann (Soz.): Es ist nicht das erstemal, daß wir gegenüber Magistratsvorlagen den Preis für ein zu verkaufendes Grundstück höher gesetzt haben. Meine Freunde sind überhaupt gegen die Veräußerung dieses Grundstücks, namentlich aber unter den augenblicklichen Umständen. Die Gegend, in der das Grundstück liegt, ist so in der Entwicklung begriffen, daß man gar nicht wissen kann, was die nächste Zukunft, was vielleicht schon das nächste Jahr bringen wird. In allernächster Zeit wird dort die Untergrundbahn vorübergehen, dieses große neue Verkehrsmittel. Wir haben das Grundstück seinerzeit in sehr desolaten Zustände übernommen und es mit großem Aufwande von Mitteln in einen guten Zustand versetzt; wir ziehen heute etwa 15 000 M. Miete daraus. Andererseits, wenn wir das Grundstück nach 5 oder 6 Jahren für 100 000 M. mehr als heute verkaufen können, würde

der Fonds doch einen noch höheren Zuschuß erhalten. Wir unsererseits werden gegen den Ausschussantrag und gegen die Vorlage stimmen.

Der Ausschussantrag wird mit Stimmengleichheit, die Vorlage selbst gegen wenige Stimmen abgelehnt (Heiterkeit).

Die Vorlage wegen Vermietung der Kandelaber der öffentlichen Straßenlaternen für Anbringung von Reklameschildern ist von dem eingeleiteten Ausschusse mit kleinen Modifikationen einstimmig angenommen worden. Ohne Debatte tritt die Versammlung den Ausschussvorschlagen bei.

Für die Vorlage betr. Erwerb von Ländereien in der Gemarkung Sputenorf zu Nieselzwecken war ein Ausschuss niedergesetzt worden, namens dessen heute Stadtverordneter Kellmann referiert. Der geforderte Preis sei als ein angemessener, wenn auch nicht billiger zu bezeichnen. Ob das Geld aus dem Staatsüberschuss von 1906, wie die Vorlage wolle oder aus Anleihen entnommen werden solle, sei freilich. Der Ausschuss habe sich gegen den letzteren Vorschlag sehr gewehrt, die Mehrheit habe ihn auch abgelehnt. Heute nehme ein Antrag Dove jenen Vorschlag in etwas modifizierter Form wieder auf.

Nach längerer Debatte, an der sich die Stadtverordneten Dove, Borgmann, Kellmann, Dr. Kaul und Rosenow beteiligten, nimmt die Mehrheit die Vorlage mit dem Antrag Dove an.

Von den Stadtverordneten Dr. Arons u. Gen. (sozialdem. Fraktion) ist der Antrag betr. die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für soziale Angelegenheiten eingebracht.

Es wird Ausschussberatung des Antrages beantragt.

Stadtverordneter Dr. Arons (Soz.): Sozialpolitische Aufgaben sind in steigendem Maße überall an die Gemeinden herangetreten; überall hat man anerkennen müssen, daß zur Vorbereitung und Erledigung dieser Gegenstände eigene Institutionen geschaffen werden müssen. Solche bestehen als soziale oder sozialpolitische Kommissionen oder Deputationen in einer großen Anzahl großer und kleiner Kommunen. Die statutarischen Zweckbestimmungen für diese Kommissionen sind sehr verschieden getroffen. In Nürnberg ist bestimmt, daß die Kommission an der Hand der sozialpolitischen Zeitschriften, Verwaltungsberichte usw. soziale Fragen bearbeitet, also eine rein theoretische Arbeit leisten soll. In München besteht ein Ausschuss für die sozialen Fragen, welcher Anträge und Gutachten auf dem Gebiete der sozialen Wohlfahrtspflege zu stellen bezw. zu erteilen hat. Sehr häufig, wenn auch nicht immer werden bei diesen Beratungen Gebiete berührt, für deren Behandlung andere Verwaltungsgremien und Ausschüsse schon bestehen. Der Oberbürgermeister Beutler in Dresden, wo auch eine solche Deputation ist, und zwar auf Antrag des Magistrats, eingerichtet worden ist, hält dafür, daß eben die soziale Seite aller solcher Verwaltungsfragen diesem Ausschusse zur Prüfung vorbehalten bleiben soll. Welche Aufgaben würden für Berlin einem solchen Ausschuss zu überweisen sein? Da kämen neben den Verlehen- und Bauordnungen vor allem die Behandlung des Wohnungswezens in Betracht. Da wäre zu denken an die Möglichkeit der Einrichtung eines Wohnungsamtes, eines städtischen Wohnungsnachweises, sowie einer städtischen Wohnungsinpektion, ferner an Fragen der kommunalen Boden- und Verkehrsplanung, an die Möglichkeit der Förderung des Kleinwohnungsbaues, sei es durch die Stadt in eigener Regie, sei es durch Unterstützung von Genossenschaften. Ferner die Beschaffung der Arbeitsordnungen für die städtischen Arbeiter. Viele Schwierigkeiten sind entstanden dadurch, daß man Forderungen dieser Arbeiter für schlechthin unausführbar erklärt hat; der Jörn der Arbeiter über diese Stellungnahme würde nicht so herausgefordert worden sein, wenn Gelegenheit geboten gewesen wäre, sich über solche Forderungen in einem sozialen Ausschuss zu unterhalten. Ferner gehört hierher das große Arbeitslosenproblem, das von Zeit zu Zeit hier in Berlin recht deutlich und vor Augen tritt und auch und bald wieder, wenn die jetzige günstige Konjunktur vorbei ist, beschäftigen wird. Der Ausschuss hätte in dieser Beziehung vorhandene Statistiken und die im Auslande auf diesem Gebiete geschaffenen Institutionen zu studieren. Ferner das weite Gebiet der Säuglingsfürsorge, auf dem wir nach dem Ausspruch unseres Oberbürgermeisters erst in den Anfängen stehen; dann die Frage der Rinderhorte usw., wo man bisher alles der privaten Initiative überlassen will, ein Vorgehen, das durchaus nicht von vornherein geboten ist. Sodann Vegetation über die Unterhaltung von Vereinen durch die Stadt; weiter die Frage des Verhältnisses der Stadt zu den Vororten. Hier würde ein derartiger Ausschuss besonders die Frage der Zweckverbände zu prüfen haben. Die Notwendigkeit der Regelung einer großen Zahl von hierher gehörigen Fragen wird ja täglich brennender, wie ein erst heute in der Deputation für das Fortbildungsschulwesen verhandelter Antrag von Reinholden beweist, der zwar abgelehnt werden mußte, der sich aber zur Beratung in einem solchen Ausschuss gut geeignet hätte. Ferner die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle, die von außerordentlicher Bedeutung sein würde, wie das Beispiel von Essen beweist, wo neben zahlreichen sehr frequentierten privaten Stellen auch eine kommunale Stelle besteht, die von einem Juristen geleitet wird und sich sehr starken Zuspruch, namentlich aus den Arbeiter-, Handwerker- und Kleinrentnerbetriebskreisen erfreut. Diese meine Aufzählung macht durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Der Antrag geht ja nur auf einen ständigen Ausschuss, während die große Mehrzahl der anderen Gemeinden bereits besondere Deputationen geschaffen haben. Wir hätten selbstverständlich nichts dagegen, halten es aber zunächst für zweckmäßig, mit dem Kleineren anzufangen, das sich dann ja ruhig ausweiten kann. Wird auf Grund dieser unserer Anregung Positives geschaffen, dann werden sich ja auch Verwaltungsaufgaben ergeben, die ein Ausschuss nicht mehr lösen kann, sondern die eine Deputation, ein Verwaltungsorgan zur Ausführung erfordern. Ich bitte Sie, unseren Antrag anzunehmen. (Weifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtverordneter Rosenow (R. L.): Meine Freunde meinen, daß die von Herrn Arons gestellten Aufgaben von den bestehenden Verwaltungsdeputationen bereits erfüllt werden. Es wäre auch schlimm bestellt, wenn es nicht so wäre. Ernst ist uns aber die Sache auch; wir wollen die angeführten Punkte und Wünsche in einem Ausschuss prüfen und nicht ohne weiteres rein sagen. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Nach den Wahlen! — Heiterkeit.)

Stadtverordneter Kellmann (Fr. Fr.): Auch wir stimmen der Ausschussberatung zu. Im übrigen aber sollte man einmal bedenken, was geschähe, wenn das erreicht wäre, was Herr Arons will. Dann hätten wir an Stelle des Magistrats und der Ausschüsse einen Oberausschuss, einen ganz großen Oberbürgermeister über Berlin. Es gäbe keine Vorlage mehr, die nicht zunächst dem sozialen Wohlfahrtsausschuss überwiesen werden müßte. Es hat in Berlin aber an sozialem Sinn auch bisher nicht gefehlt. (Zuruf: Aber wie!) Ueber das Wie läßt sich streiten, aber durch den Ausschuss wird es doch nicht anders. (Sehr richtig!) Uebrigens ist die Zahl und der Umfang der ständigen Ausschüsse durch die Geschäftsordnung festgelegt, und auf die Formulierung einer genauen Umschreibung der Aufgaben der gedachten Kommission bin ich neugierig.

Stadtverordneter Brenzlow (Soz.-fortskr.): Die Tendenz des Antrages Arons ist uns durchaus sympathisch, ebenso die vorstreffliche Begründung desselben. Doch in unserer Kommunalpolitik immerhin noch ein Platz für soziale Angelegenheiten ist, ist ja anzuerkennen, aber ich weiß nicht, ob diese Versammlung die richtige Adresse für den Antrag war, oder ob nicht dafür erst ein Appell an die Wählererschaft erfolgen sollte. Die vom Verein für Sozialpolitik geforderte große Reform des kommunalen Wahlrechts wird uns ja hoffentlich durch die neue Vera beschert werden. (Heiterkeit.) Solange keine sozialfortschrittliche Mehrheit in einer Versammlung wie dieser vorhanden sein wird (Ironische Zurufe) — es ist ja auch noch nicht so weit — befürchte ich, daß ein solcher ständiger Ausschuss sich zu einem Beerdigungsausschuss für sozialpolitische Angelegenheiten auswachsen wird. An Stelle der Mehrheit würde ich den Antrag annehmen, es wäre event. der beste Weg, um eine soziale Angelegenheit zu verzögern.

Stadtverordneter Gassel: Die Motive für den Antrag haben wir ja erst heute gehört. Gegen den Antrag, wie er vorliegt, hatten wir die



größten Bedenken, denn er würde den Magistrat ausschalten und durch eine Art Wohlfahrtsausschuss ersetzen. Ferner hat diese Versammlung bisher bei allen Vorlagen und Anträgen die sozialpolitische Seite mit größtem Ernst und größter Gründlichkeit (!) erörtern und gewürdigt (!) und vieles ist in dieser Beziehung von der Versammlung, und zwar unter Mitwirkung aller Teile, geleistet worden. — Den Antrag in einem Ausschuss zu begraben, ist mir und auch diesem Antrage gegenüber nicht unsere Absicht oder Gepflogenheit gewesen.

Damit schließt die Erörterung.  
Stadtv. Dr. Krons (Schlußwort): Die Widersprüche, die aus dem Nebeneinanderbestehen dieses Ausschusses und der Deputationen usw. hergeleitet werden, erledigen sich ja schon durch den Hinweis auf das von dem Dresdener Oberbürgermeister Beutler Gesagte; vielleicht verfährt und der Vorsteher den Wortlaut dieser Äußerung. In Dresden hat mein Parteigenosse Hüblich bei der dortigen Beratung bereits ausdrücklich hervorgehoben, daß eventuell aus diesem Ausschuss für auch ein Ausschuss gegen soziale Angelegenheiten werden könnte. Wir sind uns dieser Möglichkeit also sehr wohl bewußt, und ich fürchte beinahe, daß der Verfall, der den transitorischen Ausführungen des Kollegen Kreuz zu teil wurde, nicht sehr günstig für unseren Antrag selbst zu deuten ist. Wir meinen, die intensive Beschäftigung mit sozialen Angelegenheiten in einem kleineren Kreise ist schon sehr geeignet, auch sonst sehr verhärtete Gemüter sozialen Regungen mehr zugänglich zu machen. Deshalb haben wir zunächst von einer Deputation abgesehen; die Hauptsache für uns ist eben, daß sich ein Kreis von Männern der verschiedensten Richtungen mit sozialpolitischen Angelegenheiten wieder und wieder beschäftigen muß; davon hoffen wir eine Befruchtung der ganzen sozialen Tätigkeit der Gemeinde.

Der Antrag Krons geht an einen Ausschuss von 15 Personen. Für die durch den Wollenbruch vom 29. Juli er. betroffenen Eigentümer, Geschäftsinhaber usw. im Bereich des Radialsystems X sollen 75 000 M. als Entschädigung gezahlt werden.

Stadtv. Borgmann: Wir beantragen Ausschussberatung. Wir haben gegen die Entschädigung nichts einzuwenden, auch nichts gegen die Art der Entschädigung durch die Vermittlung der ehrenamtlich tätigen Kommunalbeamten. Aber der ganze Vorgang, der hier zugrunde liegt, gibt zu erheblichen Bedenken Veranlassung, und die Versammlung hat die unabwiesliche Pflicht, sich genau zu informieren. Gerade weil eine feste Grundlage fehlt, aber die selbstsamten Gerüchte und Gerüchten, eignet sich die Sache zur Prüfung durch den Ausschuss.

Stadtv. Rosenow: Wenn irgendwo in Deutschland elementare Schäden angerichtet werden, hat Berlin stets eine offene Hand für die Geschädigten gehabt. Hier ist in den Mauern Berlins eine solche Schädigung durch Wollenbruch entstanden und soll mit der Vergütung von 75 000 M. abgefunden werden. Ich empfehle im Gegensatz zum Vortrager die sofortige Annahme und bitte, von einer Ausschussberatung abzusehen.

Stadtv. Singer (Sog.): Ich muß aufs entschiedenste Verwahrung dagegen einlegen, daß und unterstellt wird, wir seien nicht geneigt, die Betroffenen ausgiebig zu unterstützen. Es wäre auch das erste Mal, daß wir in diesem Saale gegenüber unverschuldetem Unglück die Hand nicht geöffnet hätten. Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit feststellen lassen, was die Ursache dieses sogenannten elementaren Unglücks ist, ob es richtig ist, daß es an Einrichtungen fehle, um dem Unglück entgegenzuarbeiten. Es soll ein Notauslaß vermauert und dadurch kein Abzug möglich gewesen sein. (Hört, hört!) Ich konstatiere, daß dies der einzige Grund für den verlangten Ausschuss ist. Die Gelder werden vielleicht zehn Tage später gezahlt. Das ist der ganze Unterschied.

Stadtv. Krause: Am 29. Juli ist ein Wollenbruch erfolgt, den unsere Kanalisation nicht aufnehmen konnte; so werden die Kanäle nicht gebaut. In 55 Minuten sind 30 Millimeter Regenhöhe konstatiert worden, 27 Liter pro Hektar und Sekunde. 140 Liter pro Hektar und Sekunde sind zum Abflusse gelangt; eine Ueberflutungsmaße mußte stattfinden. Die dortige Pumpstation hat zwei Notauslässe, welche alles in allem 17,86 Kubimeter ablassen können. Zugeschlossen sind aber 63 Kubimeter pro Sekunde. Zugegeben werden muß, daß durch einen Beamten der größere der beiden Notauslässe zugemauert worden ist (Hört, hört!) wegen einer Druckrohrverlegung infolge des Baues einer Brücke über die Kanäle. Auf die Ueberflutungsmaße hat dieses Versähen aber keinen Einfluß, wie die von mir gegebenen Zahlen zeigen. Bieweil eine Schuld die beteiligten zwei Beamten trifft, ist Gegenstand der Untersuchung, die beim Magistrat noch schwebt. Tatsächlich aber wäre auf keinen Fall die Kanalisation imstande gewesen, diese Regenmengen zu bewältigen.

Stadtv. Borgmann (Sog.): Die Riffen, die und der Herr Stadtbaurat gegeben hat, sind sicher richtig. Wir glauben aber, daß hier auch festgestellt werden muß, an wem die Schuld für das zugegebene Versähen liegt. Nachdem wir jedoch soeben gehört haben, daß diese Sache bereits weiter verfolgt wird, ist die Angelegenheit für den Augenblick für uns erledigt; wir ziehen daher unseren Antrag auf Ausschussberatung zurück. (Weißt.)

Stadtv. Gaffel betont noch, daß absolut keine Veranlassung sei, die Untersuchung zu unterdrücken, und daß es sich auch frage, ob nicht eventuell auch die Einrichtungen selbst unzureichend waren. Der Baurat habe aber eine höchst lokale Auskunft gegeben.

Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.): Eine Verpflichtung, alle Meteorwasser abzuleiten, besteht für den Magistrat nicht.  
Stadtv. Gaffel: Wir müssen und trotzdem vorbehalten, gelegentlich auf diesen Vorgang zurückzukommen.  
Die Vorlage gelangt darauf einstimmig zur Annahme.  
Schluß 8 Uhr.

## Soziales.

### Modernere Menschenhandel und seine Folgen.

Fortwährend wird in der Arbeiterpresse von seiten unserer Genossen am Niederrhein und im Ruhrgebiet gewarnt vor dem gewissenlosen Treiben der Agenten der Zechen- und Eisenerzwerke, fortwährend wird hingewiesen auf das Elend und die Not, denen die angeworbenen fremdbländischen Arbeiter ausgesetzt sind, sobald sie sich in den Klauen der modernen Sklavenhändler befinden. Trotz dieser Warnungen der Arbeiter vor Enttäuschungen und dem sicheren Elend, nimmt der Strom der Völkerwanderung nach dem Ruhrgebiet zu. Dem Niederrhein zu. Vorwiegend Ausländer lockt der deutsche Prozentpatriotismus nach den Gefilden der Industriezone des Westens, und zwar Ausländer von sehr bedenklicher moralischer Qualität. Kein Wunder, daß Rebelderschießerei, Messerstecherei, Straßenraub und Sittlichkeitsdelikte im besagten Industriegebiet zu den alltäglichen Erscheinungen gehören. So arg jedoch, wie dieser ausländische Zuwachs seit einigen Monaten wieder am Niederrhein ist, namentlich in den „Königreichen“ der Rheinpfalz, Stinnes, Haniel usw. dürfte er wohl kaum jemals in einer anderen Periode gewesen sein. Es scheint, als ob das Industriegebiet geradezu weiteitert in dem Bestreben der Aufschwümmung fremdpragiger und in der Verdrängung deutscher Arbeiter. Das Geld scheint in diesem Verfahren überhaupt keine Rolle zu spielen. Die „Hände“ werden nicht mehr waggomweise, sondern nur noch hunderteise mittelst Extrazügen befördert. So zieht sich das Industriegebiet des Westens in aller Stille die seinen Wünschen hochwillkommene Reservearmee willfähriger Ausbeutungsbefehle heran, mittelst deren die „unheimliche“ einheimische Arbeiterschaft im Hause gehalten und ihre Ansprüche niedergeknüttelt werden können.

Inerhöchste materielle Opfer und zahllose Verzerrungen des Familienlebens hat dieser moderne Sklavenhandel — 3 R. pro Kopf — schon gefordert, Tausende über Tausende armer, unwissender Arbeiter wurden in Elend gelockt und tagtäglich häuft sich die Schuld, so daß es endlich Zeit wird, daß sich die Gesetzgebung mit dem gemeingefährlichen Treiben jener modernen Sklavenhändler befaßt.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druck u. Verlagsanstalt

Erst vor einigen Wochen beherrschte die Arbeiterpresse über die Polizeistadt von Neumühl als Episode eines Dramas, in dem weit über 300 Arbeiter mit ihren Familien (zusammen etwa 800 Köpfe) durch die Gewissenlosigkeit eines einzigen Zechenagenten (Kühne) in Not und Elend gestürzt wurden. Der letzte Akt dieses Dramas wird sich demnächst vor dem Strafgericht abspielen. Und schon wieder wurde ein Bild entrollt, das den Beteiligten 27 Monate Gefängnis einbrachte, die eigentlich dem Zechenagenten Stadler oder in letzter Linie seinen Auftraggebern gebührt hätten.

Vor der Strafkammer in Duisburg spielte ein Aufbruch- und Landfriedensbruchprozess gegen 4 nach der Zechen „Neumühl“ geladete Oesterreicher. Die Leute waren in Graz von dem Agenten Stadler angeworben unter dem Versprechen eines Schichtlohnes von 4,50 M. und freier Grubenkleidung nebst diversen sonstigen Vorteilen. Die Tage der Reise sollten neben freier Verpflegung mit 3 M. pro Tag vergütet werden. Schon in Graz begannen die Enttäuschungen. Fast drei Tage wurde die Abfahrt verzögert, da der Agent nicht genügend Mittel hatte, für die „zusammengelaufenen“ 270 Personen, deren „er sich nicht erwehren konnte“, während er nur zur Unterbringung von 100 beauftragt war. Natürlich! Wenn armen Teufeln, die dabei in ihrem entlegenen Erdwinkel vielleicht einige Kreuzer verdient haben, plötzlich ein solches Angebot gemacht wird, so wäre es angesichts der sozialen und kulturellen Rückständigkeit solcher Personen geradezu ein Wunder, wenn sie den Händlern nicht ins Garna laufen würden. Ein anderer Teil von ihnen hatte bessere Stellen aufgegeben, das bishigen Hausrat verlaßt und glaubte nun, sofort mit Kind und Kegel der neuen Heimat zuzusteuern zu müssen. Alle aber wurden betrogen! Statt der vom Händler versprochenen 4,50 M. wollte die Zechen nur 3,50 M. zahlen. Von den versprochenen Grubenkleidern sah niemand etwas, so daß die meisten, weil mittellos, in dem einzigen Anzuge, den sie am Leibe hatten, die Arbeit aufnehmen mußten, wenn sie nicht hungernd in einem fremden Lande untergehen oder sich polizeilich wieder dahin abschieben lassen wollten, woher sie eben gekommen waren. Mehrere, die nach der ärztlichen Untersuchung für unbrauchbar zur Grubenarbeit befunden wurden, überließ man wie üblich ihrem Schicksal. Auf die Reisevergütung von 9 M. erhielten die Leute nur 5 M., der Rest sollte erst nach Beginn der Arbeit gezahlt werden. Alles das führte zu einer begreiflichen Erregung. Eine Anzahl dieser Fremden geriet dann in eine Wirtschafft, im Lager wurde getrunken und wieder getrunken, es gab Spelatal, der Wirt verbat sich den Tumult und ließ Polizei holen, es wurde das Mobiliar in der Wirtschafft demoliert, der Polizist mußte flüchten trotz seines Revolvers, eine Anzahl der Anwesenden setzte ihm nach, und schließlich war das Ende vom Liede, daß vier Personen ergriffen und ihnen nun der Prozess wegen Aufruhr und Landfriedensbruch gemacht wurde. Nach dem heute geltenden formalen Recht vielleicht mit Recht. Die Angeklagten wurden, wie oben bemerkt, zu insgesamt 27 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Urteil fiel verhältnismäßig milde aus, weil das Gericht das unqualifizierbare Verhalten des Zechenagenten berücksichtigte!

Es drängt sich da die Frage auf: „Soll das so weiter gehen?“ Die unfaulernen Manipulationen der Agenten werden systematisch geübt und leider durch die Duldung unterstützt. Hat so ein Zurückgekehrter „Bare“ abgeliefert, so verdammt er wieder und verurteilt denselben Frevel. Gegen diesen Menschenhändler empört sich das gesunde Empfinden. Man mache die Verantwortlichen für das schamlose Treiben ihrer Agenten. Die Verantwortlichen wissen genau, daß die Angeworbenen durch falsche Vorpiegelungen herangelockt werden. Der Betriebsführer der Zechen „Neumühl“ sagte in dem Aufbruchprozess als Zeuge aus, daß er den Agenten Stadler nur beauftragt habe, 100 Mann anzuwerben, aber dennoch hat man mit Tausenden zugegriffen, als Stadler aus Graz telegraphierte, es seien 270 „zusammengelaufen“.

Die Betriebsverwaltungen sind die moralisch Verantwortlichen für die betrügerischen Manipulationen ihrer Agenten. Ihnen ist daher auch die Verantwortung aufzuerlegen. Reichen dazu die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen aus formalen Gründen nicht aus, dann ist es angeht der Gemeingefährlichkeit dieses modernen Sklavenhandels an der Zeit, daß sich die Gesetzgebung mit der Sache befaßt.

### Zum Arzt um die Ede — standesunwürdig.

Der Funstgeist der ärztlichen Handwerker spiegelt sich in folgendem gestern vom ärztlichen Ehrengericht für die Provinz Brandenburg und den Stadtkreis Berlin gefällten Urteil wider. Der in einem Vorort Berlins ansässige praktische Arzt Dr. A. hatte zwecks leichter Auffindung in der Rebenstraße, unweit seiner Wohnung, ein kleines Schild mit dem Hinweis: „Zum prakt. Arzt Dr. A. — um die Ede“ andringen lassen. Ein anderer Arzt, Dr. E., der sich in der Nähe der Wohnung des Dr. A. niederließ, nahm Anstoß an diesem Schild und erstattete Anzeige beim Ehrengericht gegen Dr. A.

Der Gerichtshof fällte folgende Entscheidung: Der Beschuldigte war bei seinem Zugang in die damals noch in der Bebauung begriffenen Gegend unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in den nächstgelegenen Häusern noch kein Arzt wohnte, unbedenklich befugt, das fragliche Schild an der Ede anzubringen. Von der Zeit aber, wo die Bebauung sich vollendete und insbesondere ein anderer Arzt in einem unweit gelegenen Hause sich niederließ, fiel der gerechtfertigte Grund für ein Schild mit dem Hinweis: „Um die Ede“ fort. Ein solches Schild, geht unter normalen örtlichen Verhältnissen über den Rahmen hinaus, in dem sich die Kennzeichnung der ärztlichen Wohnung standesgemäß zu bewegen hat. Ein Schild, das nicht an dem Hauseingang zu der Arztwohnung angebracht ist, ist in der Regel zu verwerfen. Das Ehrengericht erkannte an, daß der Beschuldigte nach Lage der Sache im Zweifel sein konnte, ob sein Verhalten sich mit der ärztlichen Standesbeschreibung in Widerspruch setze, und sprach ihn deshalb frei, drohte ihm aber an, ihn zur Verantwortung zu ziehen, sofern er nach Kenntnisnahme der Entscheidung das Schild nicht alsbald entfernen lasse. Das angeführte Urteil des ärztlichen Ehrengerichts für die Provinz Brandenburg steht keineswegs vereinzelt da. So berichtet ein Arzt in der „Frankfurter Zeitung“ über folgenden Spruch der rheinischen Ärztekammer:

„Ich hatte meine Niederlassung in den Lokalblättern der Umgebung in würdiger Form, die nur Name, Stand, Wohnort und Sprechstunden enthielt, zehnmal angezeigt und wurde dafür wegen standesunwürdigen Benehmens mit einem Verweis bestraft. Die Standeswürde liegt nämlich auf fünfmal herum. Mit dem Ehrengerichtshofen nicht vertraut, hatte ich es in meiner Verteidigung mit Logik versucht und darauf hingewiesen, daß eine noch so häufige Wiederholung einer sich ehrenhaften Handlung diese nicht zu einer unehrenhaften Stempel könne. Aber es nützte nichts, das Urteil war fertig. Das hätte auch eine schöne Vertreibung anrichten können in der geheiligten Ordnung der Dinge, die das Publikum die Niederlassung eines Arztes mehr vermuten, ahnen, erraten läßt. Einen einfachen Verweis hätte ich nun noch erwinden können, aber da stand gefährlich: Der Angeklagte hat gehandelt „wie ein Kaufmann“. Wie mir, dem Sohne eines Kaufmanns, das nahe ging! Unterzeichnet war das Schriftstück u. a. vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Vertretung E. N. ... Wie ein Kaufmann! Hoffentlich hat der Vertreter des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, der Kassischen Lande des Kaufmanns, an dem Tage, an dem er mein Urteil unterzeichnete, Zeit gefunden, Toilette zu machen, falls er etwa abends auf einem Bankett der rheinischen Kaufmannschaft auf den „Königlichen Kaufmann“ toaßen mußte. Ja so mußte es kommen. Mit der Konstitution eines besonderen Standesbegriffs beginnt's und dann geht's bis zur Verleumdung anderer Stände.“

Der schäbliche ärztliche Ehrengerichtshof verurteilte kürzlich einen Arzt in folgendem Fall: Ein Arzt in einer Großstadt kam auf den Gedanken, seinen Wirkungskreis auszuweiten, weshalb er auf seinem Namensschild bemerkte: „On parle français“ und „English spoken“ und außerdem noch eine Zeile anbrachte, aus welcher hervorging, daß er auch russisch spreche. Das ärztliche lieben „Kollegen“, und der zuständige ärztliche Bezirksverein strengte Klage bei dem Ehrengericht an. Der Ehrengerichtshof

— die höchste Instanz in der Frage — hat dann das Schild auch als standesunwürdig bezeichnet. Es sei „eine unstatthafte öffentliche Anpreisung (Reklame) im Sinne des § 3, Abs. 1 der ärztlichen Standesordnung.“

Rau steht, in der lächerlichsten Hochhaltung des Standesbünzels verbunden mit Rücksicht auf die Möglichkeit folgerichtigen Verdienstes vielleicht minderwertiger Ärzte ganz im Sinne mittelalterlichen Junkerleibes liegt System.

Von einem Einschreiten des ärztlichen Ehrengerichts in den Fällen, in denen ein Arzt Hülfe einem Hülfsbedürftigen verweigert oder die Krankheit durch Unachtsamkeit verlängert oder zu unangenehmen eines Arbeiters Erwerbsfähigkeit „verschrieb“ — in einem Falle traf solch schönes Gutachten im Hause eines Adressaten ein, als dieser infolge der ärztlich ihm abgesprochenen Invalidität gestorben war — oder höhere Honorare durch Vereinbarung mit seinen Standesgenossen über Besorgung ärztlicher Hülfe erprechte oder zu erpressen suchte, wie durch die bekannten „Ärztekreise“, hat man nichts gehört. Könnte ein Arzt durch den Hinweis „um die Ede“ schneller aufgefunden werden, so ist das Schild „standesunwürdig“. Bei diesem Gebaren wunderten sich die Ärzte, daß das Vertrauen zu ihnen in wachsendem Schwund ist, und leider soviel ärztlicher Hülfe Bedürftige in die Arme von Kurpfuschern treibt!

## Versammlungen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. In der im Gewerkschaftshaus abgehaltenen guldachten Versammlung der Arbeiter-Bildungsschule wurden die bereits im „Vorwärts“ bekanntgegebenen Änderungen des Lehrplanes mitgeteilt. Der vom Kassierer Genossen König erstattete Kassenbericht für die Monate Juli-September schließt mit einer Einnahme von 4450,25 M. und einer Ausgabe von 1896,67 M. ab. Der Bestand der Kasse betrug am 1. Juli 2028,81 M., am 30. September 5482,39 M. Dem Kassierer wird auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Längere Zeit nahm die Beschlußfassung über die Statutenänderung in Anspruch. Sie wurde bis auf den § 6 von der Generalversammlung in der Fassung der letzten Generalversammlung mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit gutgeheißen. Der § 6 fand nicht diese Zweidrittelmehrheit und damit bleibt er in seiner alten Fassung bestehen, wonach zum Ausschluß eines Mitgliedes auch „ehrolose Handlungen“ berechtigen.

Bei den nun vor sich gehenden Vorstandswahlen wurden die alten Vorstandsmitglieder bis auf den 1. Vorsitzenden Lammé wiedergewählt, da dieser eine Wiederwahl ablehnte. 1. Vorsitzender wurde der frühere 2. Vorsitzende Geithner, 2. Vorsitzender Kiedel. Als Revisoren gingen die Genossen Markus und Riethe aus der Wahl hervor. Auch die Posten der Unterrichtsvertreter, der Bibliothekare und einer Ordnerkommission besetzte die Generalversammlung. Nachdem noch aus der Versammlung dem Genossen Lammé der Dank der Mitglieder für sein langjähriges Wirken als Vorsitzender der Schule ausgesprochen worden war, erfolgte Schluß der Versammlung. — Alle Zuschriften für den Vorstand der Schule sind von jetzt zu richten an: Otto Geithner, Berlin NO. 18, Friedenstr. 70 III.

Die Kostüm- und Modenschneider und Schneiderinnen hielten am Montag im Neuen Klubhause, Kommandantenstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in der Frau Dr. Zeppler über die Frage sprach: „Wie können wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern?“ Die Rednerin schilderte in ihrem Vortrage zunächst die Umwälzung der wirtschaftlichen Zustände, wie sie die Entwicklung des Maschinenwesens mit sich gebracht hat, sowie deren Folgen für die Arbeiterklasse: die Ausbeutung der Arbeitskraft der Kinder und der Frauen, die industrielle Heimarbeit und die Verelendung und Degeneration der ausgebeuteten Massen, die naturnotwendig eintreten mußte und muß, wenn nicht die Gesetzgebung sowie die wirtschaftliche und politische Organisation der Arbeiterklasse selbst dem Unheil steuern würde. Die Rednerin wies auf das Wenige hin, das die Gesetzgebung bis jetzt in dieser Hinsicht geleistet hat, hob dann jedoch besonders hervor, daß die gewerkschaftliche und politische Betätigung, vor allem der Frauen, noch sehr viel zu wünschen übrig läßt, namentlich auch im Schneidergewerbe und der Konfektion mit ihrer Heimarbeit und der doppelten und mehrfachen Ausbeutung durch das Zwischenmeister-tum. Der Vortrag schloß mit dem Aufruf, eifrig und ausdauernd dafür zu wirken, daß der Gewerbe, daß die Arbeiterinnen nicht ausgeschlossen sein sollen von allem, was das Leben lebenswert macht, daß der Gedanke der Kultur und damit die Erkenntnis, daß ohne Organisation kein Fortschritt möglich ist, sich immer mehr Bahn bricht. Lebhafte Beifall bewies, daß die Anwesenden diese Mahnung wohl verstanden und beherzigt hatten. Der Vorsitzende Knoop führte im Anschluß an den Vortrag aus, daß in der Kostümbranche, wo die männlichen Kollegen mit wenigen Ausnahmen alle dem Schneiderverband angehören, nun vor allem auf die Gewinnung der Kolleginnen hingewirkt werden muß, soweit sie den Wert der Organisation noch nicht begriffen haben. In der Kostümbranche wird jetzt eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse veranstaltet. Die hierzu von der Organisation herausgegebenen Fragebogen sollen sobald wie möglich, gewissenhaft ausgefüllt, abgeliefert werden. Gegen Ende November wird eine neue Versammlung einberufen. Der Saal, der diesmal zur Verfügung stand, erwies sich als viel zu klein; es wird dafür gesorgt, daß für die nächste Versammlung ausreichend Raum vorhanden ist.

## Eingegangene Druckschriften.

Örtliches Wahlrecht! Von F. Weidbrodt. 57 Seiten. Verlag: A. Pulvermacher u. Co., Berlin W. 30.  
Zum Einigungsprojekt. Von S. v. Tarnow. Preis 50 Pf. Verlag: Bote u. Post, Berlin, Wilhelmstr. 23.  
Berliner Studenten Almanach. Führer durch die Berliner Hochschulen. 1907/1908. Verlag: B. Schönlank, Berlin W. 30.  
Zur Erwerbung von Deutsch-Ostafrika. Von Dr. F. Graf v. Hell. Geb. 6 M. Verlag: R. Curtius, Berlin W. 35.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Positive Kolonialpolitik.

Haag, 17. Oktober. (W. S.) Aus Niederländisch-Indien wird berichtet, daß bei einer nach der Insel Flores unternommenen Expedition 198 Eingeborene getötet wurden. Sämtliche Führer der Aufständischen an der Küste von Rokka haben sich unterworfen.

### Aus dem Zug gestürzt.

Frankfurt a. M., 17. Oktober. (W. S.) Gestern nachmittag wurde auf der Strecke Kassel-Frankfurt a. M., unweit der Haltestelle Singlis eine Dame mit schweren Verletzungen neben dem Gleis aufgefunden. Wie die näheren Umstände ergaben, ist die betreffende Dame aus dem Schnellzug gestürzt. Um 6 Uhr abends starb die Dame, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Ausweispapiere wurden bei ihr nicht vorgefunden.

### Unwetter.

Hirschberg i. Schl., 17. Oktober. (W. S.) Wie der „Bote aus dem Riesengebirge“ meldet, richtete in der vergangenen Nacht und heute Vormittag ein orkanartiger Sturm im Riesengebirge großen Schaden an. Zahlreiche Häuserdächer wurden abgehoben, Telephon- und Telegraphenleitungen wurden zerstört, besonders groß sei der Schaden in den Gebirgsabflüssen.

### Hartnäckige Selbstmörder.

Koblenz, 17. Oktober. (W. S.) Ein in Boppard wohnhaftes kinderloses Ehepaar, das kürzlich sich durch Einatmen von Gas zu töten versuchte, hat sich hier im Rhein ertränkt.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblätter



Bebel über den nationalliberalen Parteitag und die Sozialdemokratie.

Ueber den äußeren Verlauf der imposanten Versammlung vom Mittwochabend, in der Bebel über den nationalliberalen Parteitag und die Sozialdemokratie sprach, haben wir bereits berichtet. Nachstehend lassen wir das Bebel'sche Referat in seinen Grundzügen folgen.

Vielleicht, so begann Bebel, hat manchen die Ankündigung der Tagesordnung etwas überrascht, denn bisher ist man es nicht gewohnt, daß die Sozialdemokratie einer Partei wie der nationalliberalen eine besondere Bedeutung beimißt. Wenn wir diesmal eine Ausnahme gemacht haben, so aus dem einfachen Grunde, weil die politische Situation seit den Januarwahlen die Nationalliberalen in höherem Maße in den Vordergrund stellt. Die nationalliberale Partei betrachtet sich als den Kern des neuen Blocks, einer politischen Konstruktion, die eine Mißgeburt ersten Ranges ist (Sehr gut!), einer Verbindung von Parteien, von denen eine wirklich praktische Tätigkeit, von gewissen einzelnen Gebieten abgesehen, gar nicht zu erwarten ist, einer Zusammenschließung von Parteien, die unter keinen Umständen das erfüllen werden, was jetzt in allen Tonarten in die Welt hinausgerufen wird, nämlich, daß Deutschland einer Art liberalen Aera entgegengeführt wird. Das Zentrum ist nach den Wahlen in alter Stärke wieder in den Reichstag eingerückt, es hat sogar einige Sitze gewonnen, aber die gesamte Linke ist um 24 Mandate geschwächt. Da ist es doch geradezu verwunderlich, zu behaupten, daß angesichts dieser neuen Konstellation eine wirklich liberale Politik im Deutschen Reich betrieben werden könne. Bülow versichert freilich, daß er eine solche Absicht habe, aber das ist derselbe Reichskanzler, der im vorigen Jahre auf einem Fest des Bundes der Landwirte den Wunsch geäußert hat, man möge einmal auf seinen Reichenstein sehen: Hier liegt ein agrarischer Reichskanzler begraben. (Weiterkeit.) Ein liberaler Reichskanzler sein und ein agrarischer Reichskanzler sein, das sind zwei ganz unvereinbare Dinge, und wer behauptet, daß sich das vereinbaren ließe, an dessen politischer Zurechnungsfähigkeit erlaube ich mir im höchsten Grade zu zweifeln. (Weiterkeit.) Sehr gut! Nach dem Eingangsbericht der Agrarier selbst ist Bülow der beste Kanzler, den sie jemals gehabt haben. Bülow, der im Bereich des Liberalismus stehende Mann, hat es fertig gebracht, daß ihn heute das extremste Agrarierum als seinen besten Reichskanzler ansieht. (Hört, hört!)

Das hat freilich Herr Wassermann, den Führer der Nationalliberalen, nicht abgehalten, auf dem nationalliberalen Parteitag in Wiesbaden Jubelhymnen über den Ausfall der Wahl anzustimmen. Er hat dort wieder von einem Bündnis zwischen Zentrum und Sozialdemokratie gesprochen, eine Behauptung, die ich als grobe Unwahrheit bezeichnen muß und die ein Politiker öffentlich auszusprechen sich hüten sollte. Wir haben mit dem Zentrum gar nichts zu tun, wir sind die Todfeinde des Zentrums, und wenn es sich eines Tages darum handeln wird, den letzten und wirklichen Kulturkampf auszufechten, dann wird dieser Kampf nicht zwischen Zentrum und Liberalen, sondern zwischen Zentrum und Sozialdemokratie ausgefochten werden. (Lebhafte Zustimmung.) Dann dürfte es sich zeigen, daß alsdann die Liberalen nicht auf Seiten der Sozialdemokratie, sondern auf Seiten ihrer angeblichen Feinde von heute, auf Seiten des Zentrums stehen. (Sehr gut!) Das haben die Herren zur Genüge gezeigt, ich erinnere nur daran, daß noch im letzten Landtage Zentrum und Nationalliberale gemeinsam das schöne reaktionäre preussische Schulgesetz zustande gebracht haben. (Pfui!) Wer angesichts dieser Tatsache sich noch damit brüsst, ein Feind des Zentrums im Interesse der Kultur zu sein, der sagt direkt die Unwahrheit. Zentrum und Nationalliberale im Verein mit den Konservativen haben in den letzten 12 Jahren die gesamte Politik des Reiches gemacht; es ist kein wesentliches Gesetz zustande gekommen, das nicht gerade durch Nationalliberale, Zentrum und Konservative im trauten Verein angenommen ist. Wie unter diesen Umständen Herr Wassermann davon reden kann, die Sozialdemokratie sei der Bundesgenosse des Zentrums, das verstehe ich nicht, wenn ich überhaupt noch an seine politische Ehrlichkeit glauben soll. Alle Militärs, alle Flotten, alle Nationalvorlagen der letzten 12 Jahre haben Zentrum, Nationalliberale und Konservative gemeinsam gemacht, die gesamte Steuerpolitik, die ganze Agrarpolitik ist gemeinsam von diesen drei Parteien betrieben worden, die Gesetze über die Viehsperren, über die Fleischsperrn, über alle die Maßnahmen, die die Lebenshaltung der Nation so außerordentlich verschlechtert haben — all das ist gemeinsame Arbeit von Zentrum, Nationalliberalen und Konservativen. Der Posttarif, die famosen Handelsverträge auf Grund dieses Tarifs, sind ihr gemeinsames Werk. Der Antrag Kardorff, der einen schändlichen Bruch der Verfassung und der Geschäftsordnung des Reichstages bedeutete, um die Minorität mundtot zu machen, ist von Wassermann und Spahn mit ihnen stehenden Parteien gutgeheißen worden. (Lebhafte Pfui!) Nationalliberale, Zentrum und Konservative haben zwölfmal zusammengekommen, ehe einmal die Sozialdemokraten mit dem Zentrum zusammenstimmen konnten. Und wann haben wir denn einmal zusammengekommen? Höchstens doch bei Abwehrmaßnahmen gegen höhere Belastungen oder gegen noch schlimmere Gesetze, als sie bisher bestanden haben. So hat z. B. das Zentrum wohl über übel gegen seinen Willen damals bei der sogenannten Zuchttaubvorlage zu amendieren und zu retten, was gerettet werden konnte. Wenn es überhaupt eine Partei gibt, die in allen freihändlerischen Fragen best und ständig auf der rechten Seite gestanden hat, dann ist es die nationalliberale Partei. (Sehr richtig.) Es ist also eine grobe Unwahrheit, wenn Herr Wassermann und andere uns das Zentrum an die Rockschöße zu hängen suchen.

Gewiß, das Zentrum hat in zehn Fällen in der Stichwahl Sozialdemokraten unterstützt, aber doch nur, weil es uns als das kleinere Übel betrachtete. Und sind denn nicht durch den bekannten Silberbrief des Fürsten Bülow gerade Zentrum, Polen, Welfen und Sozialdemokraten als Reichsfeinde signifiziert worden? Da gebietet es doch der Selbsterhaltungstrieb, daß man alles verhindert, daß der Reichskanzler seinen Willen erreicht. Das ist eine ganz klare politische Taktik, die jede Partei bei Strafe des Selbstmordes ausüben muß, und ich bedauere nur, daß das Zentrum keine größere Einsicht gehabt hat, denn dann hätte es noch in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen die Sozialdemokratie unterstützen müssen, wo wir leider infolge der Stellung des Zentrums gegen uns durchgefallen sind; ich erinnere nur an Elberfeld-Warmen, Altena-Herlshagen, Hagen, Vennep-Mettmann, Kirch usw. Es sind im ganzen 8-10 Wahlkreise, wo das Zentrum sich auf die Seite seiner eigenen Gegner stellte und die Sozialdemokratie zu Fall gebracht hat. Das war keine kluge Taktik von Seiten des Zentrums, aber das ist seine Sache. Unter den gegebenen Umständen wäre es nur selbstverwundlich gewesen, wenn das Zentrum noch Möglichkeit der Sozialdemokratie geholfen hätte, damit die Opposition, die vor dem 25. Januar vorhanden war, im neuen Reichstag möglichst stark vertreten war.

Die Nationalliberalen können uns am allerwenigsten Vorwürfe machen; sie sagen: „Ja, habt Ihr denn nicht in Bayern gemeinsam den Aufstand betrieben, Ihr Sozialdemokraten und das Zentrum?“ Da sagen wir offen und ehrlich: „Ja, das haben wir getan; dies Verböden haben wir begangen.“ (Weiterkeit.) Das war von unseren bayerischen Freunden ein sehr geschickter Schachzug. Sie machten mit dem Zentrum gemeinsame Sache, um eine Zweidrittelmehrheit für die Befestigung des reaktionären Landtagswahl-

gesetzes zu erlangen, und unsere Genossen sind bei diesem Kompromiß sehr gut gefahren, denn sie haben bis auf den letzten Mann die Zahl von Mandaten bekommen, die sie auf Grund ihrer Stärke beanspruchen konnten. Bei den ersten Wahlen unter dem neuen Gesetz sind die Parteien selbständig vorgegangen, da war von einem Aufstand keine Rede mehr, weil der beabsichtigte Zweck erreicht war. Auch in Bayern wird sehr bald die Frage entstehen, wer mehr mit dem Zentrum zusammenhält, die Sozialdemokraten oder die Nationalliberalen. Schon heute befindet sich für mich kein Zweifel mehr, daß eines Tages in Bayern Zentrum und Nationalliberale gemeinsame Sache gegen die Sozialdemokratie machen werden. Von dem Beispiel in Baden will Wassermann nicht gern etwas hören. Dort waren unsere Leute zu schwach, um das alte Wahlgesetz zu befeitigen, die Nationalliberalen wollten nicht, denn sie hatten die Mehrheit unter dem Gesetz. Da kam das Zentrum und sagte: Wir stimmen Euch Sozialdemokraten bei, wir wollen ein neues Wahlgesetz schaffen. Es gelang, und wohl oder übel mußten die Nationalliberalen in den sauren Apfel beißen. Unter dem neuen, allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht aber bestand die Gefahr, daß eine Mehrheit von Katholiken in die Kammer käme, und da bekamen die Nationalliberalen einen Schreck, sie vergaßen auf einmal allen Haß, alle Feindschaft, allen Widerwillen gegen unsere Genossen und erklärten: „Hört, Ihr Sozi, wir sind bereit, mit Euch gemeinsame Sache zu machen!“ (Große Weiterkeit.) Unsere Leute erklärten sich vernünftigerweise damit einverstanden, und so passierte es denn vor Jahr und Tag, daß bei den Wahlen der rote und der blaue Arm in Arm miteinander zur Wahlurne marschierten. (Weiterkeit.) Davon schweigt freilich Herr Wassermann; er erklärt auch öffentlich, er sei nicht damit einverstanden. Ich glaube es gern, denn seine Person ist bei den Wahlen gar nicht in Frage gekommen. (Weiterkeit.) Herr Wassermann hat überhaupt ein ganz besonderes Pech. Er als Führer seiner Partei hat bei den Wahlen der letzten 10 Jahre wie der in die Wüste gestohene Sündenbock allüberall im Deutschen Reich hauserien gehen müssen, um überhaupt einen Wahlkreis zu finden, der die Güte hatte, ihn aufzustellen. (Weiterkeit.) Schließlich hat dann Graf Arnim-Rustau den Wahlhüter für ihn abgegeben, derselbe Mann, der mir einmal im Reichstage, als ich die Not einer Arbeiterfamilie schilderte, zurief: „Der Vater hat wohl alles verjoffen!“ (Pfui!)

Charakteristisch ist es auch, wie Herr Wassermann sich jetzt zu einer Verberlichung des Junkertums aufgeworfen hat. Auf dem Parteitag der Süddeutschen Volkspartei hatte Herr Benedek in einer Rede, in der er die Volkspolitik lächerlich machte, gesagt, wenn es drauf und dran kommt, ist mir ein Zentrumsmann lieber als ein Junker. Darüber ist nun Herr Wassermann sehr erbozt; er sagte in seiner Rede in Wiesbaden: „Der Junker Bismarck hat das Deutsche Reich gegründet, die Junker haben auf den Schlachtfeldern geblutet!“ Nun, Bismarck hat das Deutsche Reich beinahe für die Hohenzollern gegründet, und im übrigen haben die Junker natürlich als Offiziere auf den Schlachtfeldern geblutet, ebenso wie die katholischen Bauern und die katholischen Arbeiter. Ich werfe mich nicht zum Anwalt des Zentrums auf, aber Recht muß Recht bleiben, und die Wahrheit muß ausgesprochen werden, und da liegt ich: Ein Zentrumsmann steht allezeit auf dem konstitutionellen System; der Junker aber sieht am liebsten den Absolutismus wieder aufblühen. (Sehr wahr!) Was die Junker als Stützen des Deutschen Reiches wert sind, das hat ja Hohenlohe in seinen Memoiren ausgesprochen. (Sehr gut!) Und wie der alte Wilhelm über die neue Kaiserwürde dachte, über die er selbst keine Freude empfand, das zeigen deutlich die Tagebuchblätter seines eigenen Sohnes. Der Kronprinz von Preußen und der verlorbene Kronprinz von Baden haben alles aufbieten müssen, damit König Wilhelm sich bereit erklärte, die Kaiserkrone anzunehmen, es war dem alten Herrn schwer, die Stellung Preußens aufzugeben, an der sein ganzes Herz hing und den König von Preußen hinter den Kaiser von Deutschland zurücktreten zu lassen. (Hört, hört!) Die Nationalliberalen hätten also gar keine Ursache, mit Dingen zu prohen, mit denen zu prohen man keinen Grund hat. Und wenn es sich einmal wieder um die Frage der Wahlreform handelt — ich komme später darauf zurück — nun, als in Bayern die Wahlrechtsfrage auf der Tagesordnung stand, da war es kein anderer als Prinz Ludwig, der künftige Thronfolger in Bayern, der mit aller Entschiedenheit für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht eintat und Forderungen aufstellte, die sogar über diejenigen der Zweiten Kammer hinausgingen. (Bravo!) Das ist man freilich von einem Hohenzollernprinzen nicht gewohnt. (Weiterkeit.) Es würde einem Hohenzollernprinzen sehr schlecht bekommen, wenn er einen derartigen unzeitigen Radikalismus zur Schau tragen und aussprechen wollte; er würde sofort als Sozialdemokrat angesehen werden. (Große Weiterkeit — Zuruf: Hochbrat!) So etwas wie Hochbrat, jawohl, § 86! (Große Weiterkeit und stürmischer Beifall.) Es war ein bekannter preussischer Junker, Freiherr v. Jellitz, der damals, als in Bayern und in Süddeutschland überall die neuen Wahlsysteme zur Geltung kamen, die Frage aufwarf, ob sich denn Preußen das gefallen lassen könne. Trotzdem wagt Herr Wassermann zu erklären, der Junker ist dem Zentrumsmann vorzuziehen. (Hört, hört!)

In seiner Rede erklärte Wassermann weiter, die Niederlage der Sozialdemokratie sei die verdiente Strafe für ihren Uebermut. (Gelächter.) Ja, ich erlaube mir in aller Weisheitheit zu fragen: Wo sind wir denn eigentlich so übermütig gewesen? So etwas zu behaupten, das ist doch in der Tat etwas unverschämte. Die letzten Wahlen, so fährt Wassermann fort, hätten gezeigt, daß eine wahrhaft liberale und soziale Politik die Arbeiter gewinne und sie von der Sozialdemokratie zurückerbringe. Ja, wo in aller Welt ist denn eine liberale und soziale Politik bis jetzt verfolgt worden? Man hat zwar Versprechungen gemacht, aber ob man sie halten wird, darüber werden wir später reden. Und sollte es wirklich Arbeiter gegeben haben, die sich durch solche Versprechungen von der Sozialdemokratie haben abtreiben lassen, dann sage ich ganz offen: an der Stelle haben wir nichts verloren, so saule Burischen können wir nicht brauchen. (Zustimmung.) Wir brauchen Männer und Frauen von Ueberzeugungstreue, von Radikalität; Waschlappen gibt es in Hülle und Fülle, und wenn früher auch bei uns welche waren, dann fort mit ihnen; wir geben sie billig ab. (Große Weiterkeit.) Jedenfalls gehören die dann dorthin, wo die eigentliche Waschlappenpartei in Deutschland ist, zu den Nationalliberalen. (Stürmischer Beifall.) Weiter sagt Wassermann: In weiten Kreisen der Arbeiterschaft hätte sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß die Sozialdemokratie in nationalen Fragen solche Reden wandle und deshalb habe man sich von ihr abgewandt. (Lachen.) Wie beweist man denn, daß solche Arbeiter von uns abgefallen sind? Wir haben bekanntlich keine Stimmen verloren, sondern noch eine viertel Million gewonnen, und das trotz der ungeheuren Agitation, trotz des furchtbaren materiellen, sozialen und politischen Deuses. Wer es bei den furchtbaren Mitteln, mit denen der Wahlkampf geführt wurde, die allerdings erforderlich, daß ein Mann feststand, gewagt hat, für die Sozialdemokratie zu stimmen, der ist zuverlässig, auf den können wir bauen. (Sehr richtig!) Es ist nichts als einseitiges Gerede, wenn man sagt, unsere Haltung in nationalen Fragen hätte bei den Arbeitern verschmüpft. Wer unsere Haltung in sogenannten nationalen Fragen nicht versteht, der gehört nicht zu uns; unklare Köpfe können wir nicht brauchen. In demselben Atemzuge, wo Wassermann den Ausfall der Wahlen als Produkt der nationalen Einsicht der Arbeiter preist, da erklärt er: Aber nehmt Euch in acht vor falschen Auffassungen; die Sozialdemokratie ist noch nicht zu Ende; es war eine Zufallswahl; es war einmal der Glücksstern des Fürsten Bülow, der ihm wieder geholfen hat. Nun, wir sind keine Fatalisten und keine Mystiker; wir glauben weder an einen Glücksstern noch an einen Unglücksstern, und wer wie Fürst Bülow behändig balancieren muß von einem Bein auf das

andere, um überhaupt morgen noch Reichskanzler zu sein, den beneide ich nicht. (Weiterkeit.) Wir wissen heute, daß Bülow im Interesse der Erhaltung seiner Stellung den Reichstag aufgelöst hat. Das Mandat ist ihm gegliedert, aber ob es ihm weiter glücken wird, das werden wir abwarten. Jedenfalls lassen wir uns durch den Ausfall der Wahl weder von unseren Zielen noch von unserer Taktik irgendwie abdrücken; wir sind jederzeit bereit, wirklich gute Lehren anzunehmen, aber in allerletzter Linie von unseren Gegnern, denn die Lehren, die die uns geben, sind keine guten. (Weiterkeit.)

Es ist eine Art Selbstbetrug, wenn die Herren jetzt so tun, als könnte eine liberale Volkspolitk betrieben werden. Das ist einfach schon deshalb unmöglich, weil die Linke im Reichstage keine Mehrheit hat, auch nicht, wenn die Sozialdemokraten dazu gehören. Wenn die Nationalliberalen wirklich ehrliche liberale Politik treiben wollen, dann hätten sie an uns ihre allerbesten Freunde, denn wir sind allezeit für wirklich liberale Forderungen zu haben gewesen, nur die Herren Liberalen leider nicht. (Sehr richtig!) Die gesamte Linke von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalliberalen zählt im Reichstage 149 Stimmen, 24 weniger als vor der Auflösung. Damit gibt es keine Mehrheit. Den 149 Stimmen der Linken stehen 114 Stimmen der Rechten gegenüber, und daneben steht noch wie vor das Zentrum mit 105, die Polen mit 20, die Elsaßler mit 7 und dann noch die Welfen und Dänen, zusammen 184 Stimmen, und die geben den Ausschlag. Das Zentrum allein ist jedenfalls, soweit konservative Fragen in Betracht kommen, wieder ausschlaggebend. Ja, wenn die Nationalliberalen liberale Politik machen wollten, wo die Konservativen nicht mittun, dann müßten sie wohl oder übel sich die Unterstützung des Zentrums gefallen lassen, weil sie sonst keine Mehrheit haben. Kann es eine lächerlichere, absurdere, abgeschmacktere Situation geben, als die durch die Reuwahl geschaffene? (Sehr gut!) Ueber diese ganze Volkspolitk sollte man doch am liebsten nach Möglichkeit schweigen, denn wie die möglich sein soll in liberalem Sinne, das ist für mich und auch für die Herren selbst noch ein Rätsel, und es macht einen geradezu traurigen, um nicht zu sagen widerwärtigen Eindruck, daß Leute wie die von der Süddeutschen Volkspartei und auch noch einzelne Freisinnige, die bisher als ernsthaft liberale Männer angesehen wurden, von der Masse ihrer Parteigenossen immer mehr getrennt werden und immer mehr nach rechts schwenken und so tun, als ob sie an die Möglichkeit einer liberalen Volkspolitk glauben, an die zu glauben einfach unmöglich ist.

Herr Wassermann sagt weiter, „ehrlche liberale“ Politik müsse getrieben werden als einzige Möglichkeit, die starke wirtschaftliche Massenbewegung der Arbeiter zurückdrängen, die Aufgabe des 20. Jahrhunderts sei die, die sozialdemokratischen Arbeiter zur nationalliberalen Partei zurückzuführen. (Zuruf: Gelingt ihnen nicht!) Daß die Herren einen solchen Nöbierglauben haben können, das ist das allermerkwürdigste, denn das zeigt, daß Herr Wassermann und seine Freunde auch nicht die geringste Ahnung von der Natur der heutigen Massenkämpfe, von dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, von den Klassengegensätzen innerhalb dieser Gesellschaftsordnung, von der Notwendigkeit des Bestehens der Sozialdemokratie haben. Sie glauben, es bedürfte nur einiger liberaler Konzessionen, und die Arbeiter ließen ihnen in Scharen zu. Ei, warum sind denn die Arbeiter von ihnen fortgelaufen, obwohl sie doch früher im Vergleich zu heute noch wirklich liberal waren. (Sehr gut!) Das zwanzigste Jahrhundert gehört der Lösung der sozialen Frage im sozialistischen Sinne. (Beifall.) Das mag noch ein Weibchen dauern. Kann sein, man täuscht sich über die Majestät der Entwicklung, es kommen immer neue Komplikationen, immer neue Erscheinungen, die auch der Weltföchtigkeit nicht in Rücksicht ziehen kann, aber darüber besteht kein Zweifel, daß im 20. Jahrhundert die Sozialdemokratie in den Vordergrund der Bewegung rückt und daß damit die entscheidende Frage nach der neuen Gesellschaftsform gestellt wird. Und wie wollen denn die Nationalliberalen eine arbeiterfreundliche Politik treiben, wo doch ein großer Teil ihrer Führer die ersten und stärksten Scharfmacher Deutschlands sind, die großen Kapitalisten in Rheinland-Westfalen, die Bergherren, die Herren der großen Eisenindustrie, die Herren der Ringe, Trusts und Kartelle, die Herren der Schindkate, die Millionäre und Milliardäre, die Herren, die mehr als die Minister den Staat kommandieren — das sind sämtlich in der Welle gefärbte Nationalliberale. Das sind zugleich die Herren, die die eifrigsten Gegner einer wirklich freien Arbeiterbewegung sind und bleiben werden. Mit diesen Herren will Wassermann eine sogenannte liberale Politik treiben. Das ist wirklich zum Lachen. Und wer sind denn diejenigen, die seit 40 und mehr Jahren fortgesetzt Ausnahmemaße gegen ihnen unbecommene Parteien und Bewegungen geschmiedet haben? Das sind wieder die Freunde des Herrn Wassermann, die Nationalliberalen. Sie haben die Ausnahmemaße gegen die Welfen, gegen die Elsaß-Lothringer, gutgeheißen, sie waren die Hauptstreiter im Kulturkampf gegen das Zentrum, die Hauptkämpfer im Kampfe für das Sozialistengesetz; sie sind es, die den Fall des Sozialistengesetzes am meisten bedauert haben; sie sind es, die 1894, als Carnot unter dem Dolch eines Anarchisten fiel, den großen Generalmarsch für eine Verschärfung der gemeinen Gesetze gegen die Sozialdemokratie schlugen; sie sind es, die bereit waren, im Jahre 1890 die Zuchttaubvorlage zu amendieren, die unseren Gewerkschaften das Leben unmöglich machen wollte; sie sind es, die erst im vorigen Jahre bereit waren, das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine gutzuheißen in einer Weise, daß auch dabei unsere Gewerkschaften schwer zu kämpfen gehabt hätten. Angesichts solcher Taten haben die Herren die Streun von liberaler und sozialer Politik zu reden, wagen sie es, sich den Arbeitern gegenüber als Freunde aufzuspielen und zu erklären, wir sind bereit, für Euch zu wirken. All das, was die Herren jetzt für die Arbeiter tun wollen, sind sozialdemokratische Anregungen. Das beweist zugleich, wie dumm die Redensart ist, daß die Sozialdemokratie nur negiert. (Sehr wahr!)

Herr Wassermann sprach von dem in Aussicht stehenden Reichsvereinsgesetz.

Es scheint ja festzustehen, daß man jetzt nach 37 Jahren ernstlich daran denkt, das Vereinsgesetz, wie es die Verfassung verheißt, reichsgesetzlich zu regeln. Es scheint auch festzustehen, daß das neue Gesetz, im Vergleich zum preussischen, eine Reihe liberaler Bestimmungen enthält, vor allem auch den Frauen überall das Vereinsrecht gegeben werden soll. Daneben aber enthält es die Bestimmungen, daß in politischen Versammlungen nur deutsch gesprochen werden darf. Diese Bestimmung richtet sich gegen die Polen, gegen die Elsaß-Lothringer, aber auch gegen die Hunderttausende italienischer und gallischer Arbeiter, gegen die Leute, die die Bourgeoisie als Lohnbrüder einführt, und die auszufahren wir das größte Interesse haben. (Sehr gut!) Et zum Teufel, zum Donertetter, wenn das Deutsche Reich nicht leben kann — und es kann nicht leben, ohne 800 000 fremde Einwanderer in seiner Industrie zu haben — dann sollten die Regierungen auch dafür sorgen, daß ihre Polizeibeamten polnisch, böhmisch, dänisch, französisch und italienisch reden können. (Lebhafte Zustimmung.) Verlangt man etwa noch russischen Proletariat in Nordamerika, daß es englisch redet; verlangt man von unseren Freunden in Frankreich und Belgien, die ihre deutschen Vereine haben, daß sie französisch reden? Das fällt keinem Staat ein, das kommt nur in Preußen-Deutschland vor, und noch einem Wort des Reichskanzlers ist ja bekanntlich Preußen in Deutschland und Deutschland in der Welt voran. (Weiterkeit.) Wie unendlich viel fehlt noch daran, daß dies Wort zur Wahrheit wird! Wir würden uns wahrhaftig freuen, wenn es so wäre, wir arbeiten ja seit Jahrzehnten daran, um aus unserem Heimatland das beste Land der Welt zu machen, auf das andere mit Reib blicken. Wer hat denn das bis jetzt verhindert? Gerade die, die



immer das große Wort führen. (Sehr richtig!) Wie die Nationalliberalen ihre liberale Politik aufpassen, das beweist die aus ihrem Parteitag angenommene Resolution zur preussischen Verfassung. Die Nationalliberalen wagen es, im Namen des gesamten Volkes zu reden. Wer gibt ihnen das Recht dazu? Zum gesamten Volke gehören wir doch auch (Sehr richtig!), dazu gehört auch das Zentrum mit seinen Millionen und Abermillionen Anhängern, die auch aus begreiflichen Gründen von der Verfassung nichts wissen wollen. Aber die Nationalliberalen sind trotz ihrer alten Liebe zu Unterdrückungs- und Ausnahmengesetzen, für alle Unterdrückungsmaßnahmen zu haben. Das ist der berühmte Liberalismus des Herrn Wasserfallmann. Jetzt plant man sogar ein Enteignungsgesetz gegen die Polen. (Pfui!) Es ist traurig und mehr als traurig, daß es die preussische Regierung in mehr als 100 Jahren nicht verstanden hat, den Polen die nötige Sympathie für ihr neues Heimatland einzufößen. (Sehr gut!) Wenn die Polen heute diese Sympathien nicht besitzen, dann ist die Regierung daran schuld, die so schlecht ist, daß die Polen alle Ursache haben, mit ihr unzufrieden zu sein. Eine so ungeheure Maßnahme wie die Enteignung, ist kaum irgendwo anders dagewesen. Das mögen russische Maßregeln sein, ungarische Maßregeln, aber Deutschland, das bekanntlich an der Spitze der Kultur stehen will, Preußen, das die Intarnation der Kultur sein will, sollte sich schämen, derartige Maßnahmen zu ergreifen. (Sehr richtig!) Hätte ich je das Unglück, in diesem Staat Minister zu werden und man wolle mir so etwas zumuten, dann würde ich das Portfeuille in die Ecke schmeißen und sagen: suchst du einen schlechteren als wie ich mich glaubt halten zu können. (Heiterkeit.)

Wasserfallmann sagt weiter, das Ansehen Deutschlands habe durch die Wahlen gewonnen, der Zweifel anderer Völker, ob Deutschland den Ansturm der internationalen Sozialdemokratie hintanhaltend könne, sei für alle Zeiten zerstreut. Das heißt, wir sind ein für allemal so laput, daß wir gar nichts mehr machen können. (Heiterkeit.) Der Ausfall der Wahlen habe den Frieden gesichert. Man sollte eine solche Behauptung kaum für möglich halten. Umgekehrt: die Völker Europas würden sich auf Weisheit ihrer Regierungen längst in den Haaren gelegen haben, wenn sie nicht die Sozialdemokratie fürchten zu müssen glauben. (Sehr richtig!) Kein anderer als Herr v. Hebert war es, der vor 3 Jahren, als die Marokkofrage so heftig wurde und wir dagegen Verwahrung einlegten, daß man wegen Marokko die Völker aufeinanderheben wollte, den klugen Ausspruch tat, heute sprechen bei einem großen Kriege die Waffen auch ein Wort; so ohne weiteres kann man einen großen Krieg nicht mehr anfangen! (Hört! hört!) Er hatte recht. Als ich vor drei Jahren den Reichstanzler einmal fragte, ob er denn glaube, daß die Völker Europas sich einen großen europäischen Krieg mit all den furchtbaren Erschütterungen und gewaltigen Zerstörungen gefallen lassen, ob da nicht die Gefahr bestehe, daß die letzte Stunde der heutigen Gesellschaftsordnung geschlagen habe, da erwiderte Fürst Bülow: Das wissen wir ganz genau, und deshalb machen wir es nicht. (Große Heiterkeit.) Die Tatsache, daß jetzt seit vier Monaten die Vertreter der gesamten Kulturwelt im Haag zusammenfassen und beraten, wie sie angeblich den Frieden sichern sollen, daß sie in Wirklichkeit aber rein gar nichts gemacht haben, diese Tatsache bedeutet die Bankrotterklärung der bürgerlichen Gesellschaft und unserer bürgerlichen Regierungen. (Sehr gut!)

Man spricht von einer

#### Wahlniederlage.

Nun, man hat uns 40 Mandate genommen, das ist recht unangenehm, wir hätten lieber 40 neu gewonnen. Aber unsere Stimmen sind auf 3 1/2 Millionen angewachsen, jeder vierte über 25 Jahre alte Mann ist Sozialdemokrat, und mit diesem Resultat können wir ganz zufrieden sein. (Sehr richtig!) Ich zweifle sehr, ob die Herren da oben zufrieden sind. (Heiterkeit.) Wie kann man sagen, wir seien die Friedensstörer, wir wollen die Völker aufeinanderheben, wie kann man ein derartiges Wort aussprechen angesichts der Haager Konferenz und angesichts der geradezu erschreckenden Tatsache, daß schon in dem Augenblick, wo die Konferenz noch nicht einmal abgeschlossen ist, und wo die Protokolle noch nicht einmal unterzeichnet sind, schon alle großen Staaten Rüstungen, namentlich zu Wasser, inszenieren, daß jedem, der das liest, ein Schauer über die Haut laufen muß? Da muß man sich fragen; ist es denkbar, daß die Völker Europas solche Schafherden sind, daß sie sich derartiges bieten lassen? Wer die Rüstungen der Völker sieht, und sich die Frage vorlegt, wie soll das enden, der muß doch eigentlich zu dem Glauben kommen, wir leben in einer vollkommen veränderten Welt. (Große Heiterkeit.) Gefopponiert als jetzt ist die Situation nie gewesen. Bei der Begründung seiner Interpellation im Reichstag im November v. J. hat Wasserfallmann sich bitter über die auswärtige Politik Deutschlands beschwert, und sehr deutlich darauf hingewiesen, daß nicht der Reichstanzler, sondern eine höhere Stelle die auswärtige Politik macht, und daß das Zustände seien, die auf die Dauer nicht bestehen bleiben dürfen. Heute steht er den Himmel voller Weigen, obwohl es um kein Haar besser, sondern im Gegenteil noch schlimmer geworden ist.

Eine Haupt- und Kardinalfrage hat Wasserfallmann in Wiesbaden nur gestreift, das ist die Frage der

#### Wahlreform in Preußen.

Man hätte erwarten sollen, daß er, wenn er die Frage anschnitt, auch sagen würde, was er eigentlich will. Er hat freilich einige kleine Andeutungen gemacht, er meinte zunächst, die Sache gehe den deutschen Parteitag nichts an, darüber habe ein preussischer nationalliberaler Parteitag zu reden, er fügt aber hinzu — und das ist das Entscheidende — die einfache Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen gehe nicht an. (Hört! hört!) Ja in aller Welt, warum denn nicht? Preußen bildet doch sieben Zehntel vom Deutschen Reich, und wenn die preussischen Staatsangehörigen zum Reichstag auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts wählen, warum dann nicht auch zum preussischen Landtage, zumal da doch die Bayern, die Württemberger, die Badenser, die Elsaß-Lothringer heute bereits das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht haben? Weshalb wir Preußen nicht? Weshalb wir nicht, die wir schon 1848 das allgemeine, gleiche, geheime, wenn auch indirekte Wahlrecht hatten? (Sehr gut!) Ist es eine Haltung für einen Parteiführer, in einer so außerordentlich wichtigen Frage in einer so ausweichenden Weise sich auszupropieren, wie es Herr Wasserfallmann tat? Das ist ja einfach ein Skandal, er war verpflichtet, darzulegen, was er will, aber das konnte und wollte er nicht, weil er ganz genau weiß, daß er dann mit einem großen Teil seiner Freunde in Konflikt kommen würde. Auf demselben Parteitag sprach sich der Abgeordnete Schiffer für das Pluralwahlrecht aus. Hiernach würde z. B. jemand, der 60 Jahre alt ist, 2 Stimmen bekommen; ob er gerade entsprechend geschieht ist, das ist eine andere Frage. Ein anderer hat den Doktor mit Ach und Krach gemacht, der kriegt 3 Stimmen, ein dritter, der großen Besitz hat, 4 Stimmen, aber der große Haufen der Arbeiter, Kleinbürger und Bauern kriegt nur eine Stimme. So etwas mag man dem preussischen Arbeiter zu bieten (pfui!), den deutschen Arbeitern, die Bülow als die gebildetsten Arbeiter der Welt bezeichnet hat. Wie sind nicht so annehmend, so etwas zu sagen, aber wenn es ein Bülow sagt, dann kann es ja wohl wahr sein. (Heiterkeit.) Aber dann soll er auch die Konsequenzen ziehen, und nicht die gebildetsten Arbeiter der Welt hinter die weniger gebildeten zurücksetzen. (Heiterkeit und sehr gut!) Haben wir doch sogar das Ungeheure erlebt, daß der russische Jar, der größte Despot Europas, der seinem eigenen Volke das Recht verweigern möchte an Rechten und Freiheiten, dem finnländischen Volke, dessen Schutzherr er ist, vor einem Jahre das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle Finnen vom 21. Lebensjahre an gab, Männern und Frauen. (Hört! hört!)

Auf dem nationalliberalen Parteitag meinte Herr Dr. Friedberg, wie es denn denkbar sei, daß das preussische Herrenhaus und die preussische Regierung das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht gewähren. Ja, wenn die preussischen Junker überhaupt nur das Beste vom Besten sind, wie sie behaupten, so eigentlich der Raben von der ganzen Gattung. (Heiterkeit.) Dann müßten sie auch soviel Einsicht und Intelligenz haben, um dem

preussischen Volke nicht das zu verweigern, was andere Völker bereits besitzen, und wenn der erste Staatsmann der preussischen Regierung erklärt, Preußen in Deutschland voran, und der deutsche Arbeiter ist der gebildetste der ganzen Welt, dann kann er doch unmöglich gegen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für Preußen sein. Obenein sind wir ja nach dem bekannten Ausspruch des deutschen Kaisers, den Bülow ohne weiteres akzeptiert, bei den Wahlen niedriger. Ja, warum gibt man uns dann nicht das Wahlrecht, das doch dann nicht mehr gefährlich ist? (Heiterkeit und sehr gut!) Wir sagen also: Wer mit dem Wahlrecht, wie Niederrittern, versucht noch einmal, uns niederzuerstehen, wir lassen es darauf ankommen, Ihr dürft aber eventuell dabei eine sehr schlimme Erfahrung machen! (Sehr gut!) Wie kommt der preussische Adel — es ist ja die Krone des Adels, die im Herrenhause sitzt — dazu, sich so gegen das allgemeine Wahlrecht zu sträuben, während doch die Herren in der bayerischen Ersten Kammer, darunter der königliche Thronfolger, sich dafür erklärten? Ja, Prinz Ludwig hat sogar verlangt, daß jede neue Landtagswahl auf Grund der Resultate der letzten Volkszählung zu erfolgen habe. (Hört, hört!) Er hat sich besonders ernstlich für das geheime Wahlrecht ausgesprochen, er hat erklärt, das geheime Wahlrecht sei ein Schutz der Schwachen gegen die Starken, vielfach würden gerade abhängige Leute veranlaßt, andere zu wählen, als sie beabsichtigen, es gebe gewissermaßen Menschen genug, die ihre Untergebenen zwingen, ganz anders zu wählen, als sie wählen müßten. (Hört, hört!) Das erklärt ein bayerischer Prinz, Ja der Taufend, wenn der Aufsicht hätte, König von Preußen zu werden (Stürmische Heiterkeit), dann kriegen wir morgen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht mit der Bestimmung, daß nach jeder Volkszählung die Wahlkreise neu eingeteilt werden. Das würde eine Freude werden. (Heiterkeit.) Leider stehen die Dinge nicht so. Prinz Ludwig ist ja wahrhaftig ein roter Demokrat — einen Sozialdemokraten will ich ihn nicht nennen, das würde er vielleicht selbst als Beleidigung ansehen. (Heiterkeit.)

Wie steht es nun bei uns? Man sagt, man müsse sich überlegen, wann die Wahlreform kommt. Die „Frankfurter Zeitung“ hat schon im Sommer gepredigt, man solle erst den neuen Landtag nach auf Grund des alten Wahlgesetzes wählen. Das heißt, dann hätten wir glücklicherweise bis 1913 zu warten, bis wir auf Grund eines neuen Wahlgesetzes wählen könnten, und wer weiß auf Grund welchen Gesetzes. Dann würde im nächsten Jahre die ganze Bourgeoisie erklären: wir wollen kein allgemeines Wahlrecht, unsere Wähler wollen davon nichts wissen, wir stimmen getreu der Meinung unserer Wähler. So wird das preussische Volk auch weiter an der Nase herumgeführt. Interessant ist es, daß die Konservativen, die heute Gegner des allgemeinen Wahlrechts sind, vor genau 45 Jahren unter Führung des Geheimrats Hermann Wagener die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts beschworen haben. Damals hatte das Dreiklassenwahlrecht eine oppositionelle Kammer geschickt, und die Konservativen glaubten, wenn man jetzt das allgemeine Wahlrecht gibt, dann würde das Volk nicht Liberale, sondern Konservative in die Kammer schicken. (Hört, hört!)

Das elende Wahlsystem besteht seit 1849, da können wir noch lange warten, bis es zusammenbricht. Soll etwas zusammenbrechen, dann muß man ihm die Wurzeln untergraben, dann muß man ihm die Stütze nehmen. (Sehr richtig!)

Auch für eine

#### Reform der Strafgesetzgebung

hat sich Herr Wasserfallmann ausgesprochen. Als diese Rede gehalten wurde, da war der

#### Prozeß Liebknecht

noch nicht zu Ende, aber Wasserfallmann kennt ja auch den § 86. Was man jetzt gegen unseren Genossen Karl Liebknecht getan hat, das hat man vor 25 Jahren gegen seinen Vater und mich getan. Genau dasselbe Verfahren, ein Lebensprozeß damals, ein Lebensprozeß heute, damals ein Geschworenengericht, heute der höchste Gerichtshof des Deutschen Reichs. Nicht, daß ich die erbliche Ueberzeugung der Richter anzeige, aber das Urteil zeigt, daß es ausgegangen ist von Männern, die gegenwärtiger politischer Anschauung sind, und die sich in ihren Vorurteilen gar kein Bild machen können, daß es Leute gibt, die eine andere erbliche Ueberzeugung haben können. (Stürmischer Beifall.) Der § 86 ist der größte Kaufschulparagraph, aber gerade bei politischen Vergehen, da braucht man Kaufschulparagraphen, da dürfen keine festen Grundstücke aufgestellt werden, da soll der Richter nach seiner Ueberzeugung urteilen können, und wenn dann die Ueberzeugung durch politische oder religiöse Vorurteile anders lautet, als sie nach juristischen Gründen lauten sollte, dann kommen Urteile zustande, die das Erstaunen aller derer hervorrufen, die die Dinge mit anderen Augen ansehen. Das Allertraurigste ist, daß es gegen diese Urteile keine Berufung gibt. Der Gerichtshof hat gesprochen, der Verurteilte muß die Strafe absitzen. (Lebhafte Pfuirufe.) Ach, bereite ich Anwesenheit, entrüsten Sie sich nicht. Wer die Dinge richtig versteht, der wird sie auch begreifen; ich habe mich über das Urteil nicht geäußert, denn ich weiß, wie behärd der § 86 ist, und ich weiß auch, daß im obersten Gerichtshof Deutschlands das Richterkollegium zehnmal gestrichelt ist, um so zusammengeführt zu werden, wie es zusammengeführt ist, aus Männern, an deren politischer Ueberzeugung und an deren juristischen Grundsätzen man an den höchsten Stellen nicht die geringsten Zweifel hegt. Aber so gut wie der alte Liebknecht und ich damals die Geschichten überwinden haben, so wird sie auch der junge Liebknecht überleben. Wir waren damals ja auch wegen Hochverrat verurteilt, und das selbe Deutsche Reich, gegen das wir Hochverrat geübt hatten, besteht heute noch. (Heiterkeit.) Wer von der Sozialdemokratie ist, der blamiert sich an ihr. (Heiterkeit.) So ist es bei allen Prozessen gegangen; der Prozeß von 1873 hat kolossal agitatorisch gewirkt, und der diesmalige Hochverratsprozeß hat die gleiche Wirkung, und Liebknechts Ansehen ist nicht nur in den Augen seiner Freunde, sondern auch seiner Gegner ganz gewaltig gewachsen (Stürmischer Beifall) durch die tapfere und geschickte Art, wie er seinen Richtern und vor allem dem Reichsanwalt gebietet hat. (Ruf: Der würdige Sohn des Alten!) Das ist dem grauköpfigen Reichsanwalt in seinem Leben noch nicht passiert, daß ihn ein Angeklagter so heimgesucht hat wie unser Freund und Genosse Karl Liebknecht. (Stürmischer Beifall.)

Wiso ich sage, an derartige Änderungen der Strafgesetzgebung denkt Herr Wasserfallmann und seine Freunde nicht. Ich fürchte überhaupt die Herren, wenn sie Geschenke bringen; ich fürchte, die liberale Revision wird in letzter Instanz eine reaktionäre Revision des Strafgesetzbuches und der Strafprozeßordnung werden, und die ganze Wodpolitik bringt es nur dahin, daß noch reaktionärer als bisher regiert wird. Das einzige, was durch die Wodpolitik erreicht wird, wird eine gewaltige Vermehrung und Erhöhung unserer Ausgaben für Militär, Marine- und Kolonialzwecke und infolgedessen eine gewaltige Erhöhung der Steuern sein. (Sehr richtig!) Das ist ja auch der Zweck, den Bülow erreichen will. Wasserfallmann sprach von direkten Steuern, da man mit indirekten nicht mehr auskomme. Die erste direkte Steuer wird die bekannte Wehrsteuer sein, die Krüppelsteuer, wie sie scherzweise genannt wird. (Pfui!) Ach, ich traue mich darüber, ich bin nicht dafür, aber ich bin nicht entrüstet. Wenn dann Tausende von denen, die bei den letzten Wahlen für den Wod bestimmt haben, davon betroffen werden; ich gönne es ihnen. (Beifall.) Die Hurrastimmung von der letzten Wahl ist schon heute wieder verfliegen, es sprechen eine Menge Anzeichen dafür, und auch die Hurrastimmung war keine Mehrheit; man hat wohl eine Mehrheit von Wod-Abgeordneten, aber keine Mehrheit von Wod-Wählern. Die Antisodparteien haben zusammen 6 000 000 und die Wodparteien nur 4 000 000 Stimmen, und wenn das Verhältniswahlrecht bestände, d. h. wenn die Abgeordneten bestimmt würden nach der Zahl der auf die einzelnen Parteien entfallenden Stimmen, dann würde unsere Partei statt 48 Abgeordnete 114 haben, und die anderen um so viel weniger. (Hört! hört!)

Wie haben keinen Grund, trübe in die Zukunft zu sehen; im Gegenteil, ich bin niemals so hoffnungsfreudig gewesen wie jetzt, wo wir angeblich die Niederrittern sind. Wir haben

keinen Grund, anzunehmen, daß unser Stern im Sinken begriffen ist; aber eins haben wir nötig, wir müssen lernen, lernen und immer wieder lernen. Wer nicht lernen will, der gehört nicht vor die Front, den schicken wir nach hinten zur Bagage. (Sehr gut!) Namentlich die Jüngeren sollen sich Kenntnisse aneignen, und sich mit geistigem Nützigen versehen. Man hat in Stuttgart uns Deutsche damit foppen zu können geglaubt, daß man uns eine Zahlmaschine nannte. Ein altes Wort sagt: Zum Kriegsführen gehört dreierlei, einmal Geld, das zweite Mal Geld und das dritte Mal Geld! Dies Wort gilt auch für den Kampf der Parteien. Und machen es nicht andere Parteien genau so? Sie nehmen sich uns zum Vorbild, aber sie können nicht an uns heranreichen, denn um dies zu können, muß man Zurecht, muß man Begeisterung haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Auch die Verhältnisse arbeiten uns in die Hände. Schon machen sich die ersten Anzeichen einer wirtschaftlichen großen Krise bemerkbar; da werden Hunderttausenden, die bisher glaubten, sie brauchten im politischen Kampf nicht mitzuwirken, die Augen übergehen; sie werden begreifen, daß sie etwas Besseres zu tun haben, als in den Tag hineinzuleben und andere für sich arbeiten zu lassen. Hinter dem Ofen zu hocken, seine Pfeife zu rauchen und sein Glas Bier zu trinken, das macht ja sehr hübsch, aber immer das zu tun, das ist ein elendes Gewerbe für einen freien Mann. (Sehr richtig!) Es heißt: Selbst arbeiten, für die höchsten Ziele der Menschheit, die zugleich die höchsten Ziele für seine Familie sind, zu kämpfen, und darum rufe ich Ihnen allen zu: Vorwärts, vorwärts und abermals vorwärts! (Stürmischer, minutenlanges Beifall.)

Eine Debatte schloß sich dem Vortrage nicht an. Die bereits mitgeteilte Resolution fand einstimmige Annahme. Der Referent erklärte ausdrücklich, daß, wenn in dem letzten Absatz von dem Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen die Rede ist, ganz selbstverständlich auch die Frauen mit darunter zu verstehen sind.

### 13. Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes.

Vielefeld, 15. Oktober.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagsitzung.

Baum-Vienna erstattet dem Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die Kommission hat alle Mandate — 72 — für gültig befunden.

Rüller-Berlin kritisiert scharf die Handlungsweise der Wahlprüfungskommission, die einem Wahlprotest nachgegeben habe, der grundlos war, wie die Radwahl bestätigt habe, denn die Kollegen, die in der ersten Wahl gewählt worden waren, wurden in der zweiten Wahl wieder gewählt. Redner mündert sich, daß die Mandatsprüfungskommission sich auf denselben Standpunkt gestellt habe wie die Zentral-Wahlprüfungskommission. Nach längerer Debatte wird der Antrag angenommen, die Berliner Wahlangelegenheit zur nochmaligen Prüfung an die Mandatsprüfungskommission zurückzuverweisen.

Dann wird die Diskussion über den Bericht des Vorstandes fortgesetzt.

Seidel-Görlitz teilt mit, daß Sortierer aus Bünde ihm erklärt hätten, daß die Frage der Verschmelzung bei ihnen nicht angeregt worden sei vor Veranstellung der Urabstimmung, diese sei also über Hals und Kopf vorgenommen worden. Bezüglich der Anstellung von Ortsbeamten rät der Redner, örtliche Beiträge zu erheben.

Haber mann-Offenburg befürwortet den Antrag Offenburg, noch einen Gauleiter für Baden anzustellen. Gegenüber Elm betont Redner, daß der Vorstand in Baden keine „Draufgängerpolitik“ betrieben habe, vielmehr hätten die badischen Mitglieder den Vorstand, der immer gedrückt habe, drängen müssen, daß er die Lohnbewegung in Baden zur Vereinsache mache. Wenn die Sortierer immer wieder so sehr auf ihre Unterstufungsformen pochten, sei eine Einigung ausgeschlossen. Die Sortierer, die in Baden dem Deutschen Tabakarbeiterverband angehören, befinden sich im Verband sehr wohl, die Zersplitterung ist also nicht notwendig. Es ist Pflicht sämtlicher Tabakarbeiter, sich in einer einzigen Organisation zu verbinden.

v. Elm wendet sich gegen die Ausführungen Deichmanns, der herausfordernd geredet habe, und geht auf Einzelheiten der Unterhandlungen ein. Wenn nicht die Gauleiter sich bei Lohnbewegungen in Verbindung mit den Sortierern setzten, der Vorstand tue es nicht, obgleich ein Paragraph im Statut darauf hinweise. Man sei es gewohnt, daß der Vorstand, der es verstanden habe, mit erstaunlichem Angehör 2000 Mitglieder in Dresden aus dem Verband zu treiben, in hochfahrender Weise aufzutreten. Man versteht es nicht, sich in die Situation der Sortierer zu versetzen. Sie sind der Ansicht, daß sie, trotzdem die Zigarbeiter immer die ideale Seite der Verschmelzung hervorheben, in idealer Beziehung nicht gewinnen würden. Prinzipiell kann man für die Verschmelzung sein, wie ich, aber wenn man im Vorstand eines Verbandes sitzt, hat man alle Verhältnisse zu berücksichtigen. Manche Einrichtungen sind besser ausgebaut im Sortiererverband als der Arbeitsnachweise. Die Sortierer fürchten, daß der Vorteil ihres Arbeitsnachweises verloren gehe bei der Verschmelzung. Auch die Arbeitslosenunterstützung hat für die Sortierer mehr Gewicht als im Deutschen Tabakarbeiterverband, wo die Arbeitslosenunterstützung mehr in Anspruch genommen wird. Wehnlich verhält es sich mit der Krankenunterstützung. Der Idealismus bei den Tabakarbeitern im Deutschen Tabakarbeiterverbande steht nicht höher als bei den Sortierern, das zeige sich, wenn Tabakarbeiter dem Verband den Rücken kehren, wenn die Kranken- u. m. Unterstützung verringert werden soll. Redner wendet sich gegen den Vorwurf, er sei gar kein Sozialdemokrat mehr. Die Verschmelzung sei eine Frage der Zeit, das gegenseitige Vertrauen müsse gefördert werden. Rüller sagte, ich hätte den Bericht, der von „Draufgängerpolitik“ sprach, verächtlich müssen. Zu Verächtlichkeiten gehört Zeit. Ich habe mir Verächtlichkeiten schlimme Erfahrungen gemacht, auch beim „Tabakarbeiter“ bezüglich der Hanauer Angelegenheit. Es mag ein Fehler sein, daß ich nicht den betreffenden Bericht verächtlich habe, da er unvollständig war. Deichmann sagte, Elm ist selbst ein solcher Draufgänger; sein Verhalten in einer Versammlung in Bünde bestätigt dies. Ich habe genau daselbe in Bünde gesagt wie in der Hamburger Versammlung. Wenn es notwendig ist, dränge ich die Arbeiter vorwärts zum Kampfe, auch zum Streik.

Gräbner-Hanau: Ich hätte gewünscht, in dieser Generalversammlung würde die Verschmelzung mit den Sortierern vollzogen. Aber die Einwendungen, die wegen der Unterstützungseinrichtungen gemacht worden sind, beständigen schon, daß es nicht dahin kommen wird. Was in anderen Verbänden möglich ist, das ist auch möglich bei Tabakarbeitern und Sortierern; wie man sich dort vereinigt hat, so kann man es auch hier. Aber die Ansicht der Vereinigung wird hier hintergangen. Wenn man vorgibt, Arbeiter zusammenzuführen zu wollen, dann muß das für einen Führer, der lange Jahre in der Bewegung ist, ein leichtes sein. In Hanau hat sich die ehemalige Kolosorganisation der Goldarbeiter dem Metallarbeiterverband angeschlossen. Da sagen die Verhältnisse verchiedenartiger als zwischen uns und den Sortierern.

Die „Draufgängerpolitik“ hat sich demnach im Kampfe gegen die Tabakarbeiterprojekte. Aber die Gauleiter haben die Verhältnisse bei ihren Maßnahmen berücksichtigt. Es wird oft gesagt, nachdem eine Wahlstelle begründet worden ist, komme auch bald eine Lohnbewegung. Das komme jedoch nicht immer vor, die Verhältnisse drängen manchmal dazu. Wo die Löhne äußerst niedrig stehen, muß man die Arbeiter unterstützen, wenn sie endlich zu einer Forderung höherer Löhne drängen. In Wicken haben die Fabrikanten auch erklärt, die dortige Lohnbewegung sei durch bezahlte Agitation hervorgerufen.

Schäfer-Vielefeld: Die Sortierangelegenheit ist anders zu behandeln als Gräbner es das will. Möge v. Elm jetzt noch von der Zeit des Hamburger Ausstandes, darum kann auch er sich schwer überwinden, die Verschmelzung zu fördern. Aber die Ver-



Schmelzung wird bald kommen, denn die Zukunft der Tabakindustrie liegt wo anders als in Hamburg. Es ist nicht richtig, daß die Sortierer den Zigarrenarbeitern in Hände zu höheren Löhnen verholten hätten. Hedner erklärt die einschlägigen Verhältnisse jener Bewegung und widerlegt damit die Behauptung, daß eine Draufgängerpolitik betrieben worden sei. Bezüglich der Verschmelzung kommt bei den Sortierern in erster Linie die materielle Seite, nicht die ideale in Betracht; sie wachen auf für Vermögen. Aber eine Gewerkschaft, die Geld erspart, kämpft nicht genügend für die Hebung der Lage ihrer Mitglieder. Die Agitation, die hier im Interesse der Sortierer stattfand, vollzog sich hauptsächlich auf Kosten unseres Verbandes, da kann der Sortiererverband gut sparen. Hedner führt zum Beweise dafür Beispiele an. Hat der Sortiererverband 40.000 M. erspart, so gehören diese eigentlich dem Deutschen Tabakarbeiterverband. In Neume waren die wenigen Sortierer dreifach gespalten, in Ehrliche, Emsche und einige gehörten unserem Verband an. Bei dieser Spaltung kann nichts erzwungen werden, darum drängen wir sie zur Einigung; diese ist vollzogen, aber alle schlossen sich dem Sortiererverband an; sie meinten, die Verschmelzung werde doch bald kommen. Unser Verband darf die Frage nicht aus dem Auge lassen, denn die Verlegung der Sortierereien drängt dazu. Der Sortiererverband kann die zerstreuten Sortierer nicht zusammenhalten, das kann nur ein den Verhältnissen entsprechender Gauleiter, der im Bezirke lebt. Ein im einigem durch den Gau gelaufen, aber gewonnen hat er für den Sortiererverband keine Sortierer. Die Taktik, 10 bis 12.000 Tabakarbeiter zum Ausdruck zu bringen, wie es vorge schlagen wurde, ist nicht zu empfehlen; das wäre nur ein Vorteil für die Fabrikanten. Mit den Sortierern muß vorläufig ein Statutenverhältnis geschaffen werden.

**Pogarell, Dresden:** Er habe nicht nach seinen eigenen Absichten gehandelt, wie es nach den Reichsmännchen Ausführungen in dieser Sache scheinen könne, sondern im Interesse des Verbandes. Die Erhöhung der Mitgliederbeiträge mag nötig sein, aber es ist schwierig, sie zu erreichen. So liegen bei uns die Verhältnisse nicht wie bei anderen Gewerkschaften, deren Mitglieder höhere Löhne haben. Ein Verlust von vielen Mitgliedern müßte die Folge sein. Nehmen Sie die Erhöhung der Beiträge ab, besonders, da der Vorstand Gehaltsverhöhungen verlangt.

**Reichmann, Bremen:** Bezüglich der Bedeutung der Verschmelzung mit den Sortierern siehe ich nicht auf den Standpunkt Gebärers, die Verschmelzung ist wünschenswert, weil die Sortierer nicht bedeutungslos sind. Kollege v. Elm behauptete, wir träten wegen Lohnbewegungen nicht mit den Sortierern in Verbindung, das ist nicht richtig. Es mag hier und da von den Sortierern sowohl wie von den Zigarrenarbeitern gefehlt worden sein. v. Elm redete von Dingen, die er nicht weiß, sonst hätte er nicht behaupten können, der Vorstand habe in Dresden Mitglieder den Verband entfremdet. Auch ist nicht wahr, daß wir verlegend in unserer Korrespondenz gewesen. Ferner legen wir Eure Korrespondenz nicht anders aus, als sie verstanden werden muß. v. Elm werde immer mißverständlich, weil er nicht immer zu verstehen sei, daher komme es auch öfter zu den Anfeindungen, denen v. Elm in der Arbeiterbewegung ausgesetzt sei.

Vor der Mittagspause geht ein Telegramm ein, nach dem der Zustand in Gießen beendet ist.

#### Mittagspause.

**Reichmann:** Wenn das „Correspondenzblatt“ der General-Kommission, wie hervorgehoben wurde, über unsere Haltung zur Verschmelzungsfrage abgeurteilt hat, so fehlt es jedenfalls an der nötigen Information, sonst begreife ich nicht, wie die Redaktion zu diesen Auswertungen kam. Es sind von Sortierern Mitglieder unseres Verbandes abgetrieben worden. Hedner wendet sich gegen den Antrag Wagners — das Protokoll der Generalversammlung nicht erst fünf Monate danach herauszugeben. Die Herausgabe werde sobald als möglich geschehen. Der Antrag Bremen, alle Vierteljahre die Mitgliederbewegung im „Tabak-Arbeiter“ bekannt zu geben, könne berücksichtigt werden. Der Antrag, weibliche Mitglieder mehr als bisher zu den Verwaltungsgeschäften heranzuziehen, lasse sich nicht durchführen, solange die weiblichen Mitglieder diese Rechte nicht in diesem Sinne in Anspruch nehmen. Man kann diesen Antrag, sowie den, die Agitation mehr auf das flache Land zu verlegen, dem Vorstande überweisen. Den Antrag Rautsch, eine Hilfskraft im Bureau des Vorstandes abzusuchen, damit das Gehalt gespart werde, ferner den, den Mitgliedsbüchern das Statut beizufügen, ersucht Hedner, abzulehnen. Die Anträge, Abschaffung oder Beschränkung der Gauleiter betreffend, beipflichtet Hedner; die Weisheit müsse einsehen, daß das System Erfolg für den Verband habe. Auch die Befolgung der Gauleiter könne nicht aufgegeben werden; entgegengesetzt würden uns die Verhältnisse darin drängen, mehr und bessere Gauleiter anzustellen. Die darauf jetzt schon abzulehnenen Anträge ersucht Hedner, dem Vorstande zu überweisen. Zu den Anträgen bezüglich der Abhaltung von Gauleiterkongressen, meint Hedner, daß in manchen Fällen Gauleiterkongressen notwendig seien zur Beratung der Lage in den Bezirken, abweisen lassen sich die Anträge nicht, aber modifizieren. Die Anträge, die Arbeitsgesetze wieder im „Tabak-Arbeiter“ aufzunehmen, bittet er abzulehnen, ebenso den Antrag, den „Tabak-Arbeiter“ in lateinischer Schrift drucken zu lassen. Hedner ersucht, die Anträge anzunehmen, die statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, über Namen und Sitz der Firmen, die Zahl der Arbeiter und deren Organisationsverhältnis verlangen.

**Durban, Neufreistadt:** Das Gauleitersystem könne nicht wieder abgeschafft werden, das gehe schon aus den Berichten der Gauleiter hervor. Wer sie gelesen habe, müsse die Notwendigkeit des Systems einsehen. Hedner schildert badische Arbeitsverhältnisse, speziell der B. Gau sei einer der rückständigsten. In Strahburg sind allein über 2000 Tabakarbeiterinnen, die in der Kaiserlichen Tabakmanufaktur zu den niedrigsten Löhnen arbeiten. Das südbadische Baden muß in erster Linie mit agitatorischen Kräften versorgt werden.

**Blome, Bremen:** Kollege v. Elm stellte es so hin, als ob seine Ausführungen in Hamburg mißverstanden worden seien. Aber

das Wort „Draufgängerpolitik“ sei gefallen, damit habe er dem Deutschen Tabakarbeiterverband einen schlechten Dienst geleistet. Weiter verhalte er den Anschein zu erwecken, als ob er für die Verschmelzung schwärme. Hinterher komme jedoch immer der Pferdeschuh — v. Elm vertriebe sich dann immer hinter die Abneigung der Sortierer gegen die Verschmelzung. Die von ihm und Arnhold ins Feld geführten Gründe gegen die Verschmelzung sind nicht stichhaltig. Hedner ist für Beibehaltung des Gauleitersystems.

**Kube, Vertreter der Generalkommission,** bemerkt zur Verschmelzungsfrage, daß sich solche Dinge nicht übers Anie brechen ließen. Wohl spielen die Differenzen schon lange, aber es seien doch sachliche Dinge, die die Verschmelzung noch hinderten. Die Unterschiede zwischen den Organisationen würden die Differenzen in die Verschmelzung, also in den Deutschen Tabakarbeiterverband, schleppen. Hedner ersucht, die Frage tüdler zu behandeln und den Ausgleich der Differenzen ernsthaft zu betreiben. Die Organisation der Sortierer könne nicht von der Generalkommission getrennt werden, ein derartiger Beschluß müsse erfolglos sein. Man könne auch die Frage nicht ruhen lassen, man solle sich dahin verständigen, zwischen den Vorständen die Verhandlungen weiter zu führen. Die Redaktion des „Correspondenzblattes“ lasse sich ihre Meinung nicht vorschreiben, weder v. Elm noch Arnhold habe die Notiz geschrieben. Die Redaktion habe an der Hand des Einigungsentwurfes ihr Urteil gebildet. Wenn sie sich toleranter gegenüberweten, wird um so eher die Verschmelzung erfolgen.

In persönlicher Bemerkung erklärt Geher den Richtabdruck einer Verichtigung v. Elms im „Tabak-Arbeiter“ über den Hinst zwickischen der Tabakarbeitergenossenschaft und den Danauer Kollegen. v. Elm scheine sich nach Abweisung seiner Beschwerde durch den Vorstand beruhigt zu haben, wenigstens scheine keine Beschwerde der Generalversammlung vorzuliegen, daher sei der Angriff haltlos und unqualifiziert. Ferner verwahrt sich Geher dagegen, daß die für den „Tabak-Arbeiter“ resp. die Viefelder „Volkswacht“ von ihm beschickten kurzen Berichte über die Verhandlungen der Generalversammlung mißverständlich gehalten seien.

**v. Elm** behauptet, der Bericht in der „Volkswacht“ sei nicht vollständig objektiv und sucht das an der Unvollständigkeit einiger Sätze nachzuweisen.

**Reichmann, Bremen** stellt im Schlußwort einige Bemerkungen Pogarells in der Dresden-Breitinger Angelegenheit klar und verweist sich gegen persönliche Verdächtigungen. Ferner erklärt er den Sinn des Ausdrucks „Draufgängerpolitik“, der gegen die Gauleiter gerichtet gewesen sei. Bezüglich der Wahl des jetzigen Ausschuhvorsitzenden habe der Vorstand in dem Zwangsfalle gehandelt, wie er glaubte handeln zu müssen. Unschönen unvorhergesehenen Fällen könne ja vorgebeugt werden. — Gegen die Ausführungen Kubes wendet er ein, daß es nicht auf die Zahl der Sortierer ankomme, sondern auf den Wert, der in dem gemeinsamen Handeln zwischen Sortierern und Zigarrenarbeitern bei Lohnbewegungen liege. Er hoffe, daß das Ziel gemeinsamen Handelns zum Wohle der ganzen Tabakarbeiterschaft erreicht werde. (Beifall.)

**Sitten-Ottensen** geht im Schlußwort nochmals auf die Zwangslage bei seiner Bestallung als Vorsitzender des Ausschusses ein und weist die Vorwürfe Müllers zurück. v. Elm kenne die Sache nicht, wenn er behauptet, der Vorstand habe durch erschlaffliche Ungeschicklichkeit Mitglieder in Dresden dem Verband abwendig gemacht. Von anderen Personen sei der Hinst geschürt und die Mitglieder vom Verband abtänig gemacht worden. Die Angelegenheit zwischen Dresden und Weiting sollte man durch Bewilligung der 300 M. regeln. Die Gehaltsfrage werde aufgeworfen werden müssen, weil die Gehälter der Beamten in keinem Verhältnis zu ihrer Tätigkeit stehen und viel niedriger sind als in anderen Gewerkschaften, deshalb habe er seine Meinung freimütig dazu geäußert.

In der Abstimmung wird die Einberleiung der Luxemburger Tabakarbeiter genehmigt.

Die Bewilligung von 300 M. zur Begleichung der Differenzen zwischen den Zahlstellen Dresden und Weiting wird beschloffen. Die Anträge, Verhandlungen mit den Sortierern nicht mehr zu pflegen usw., werden abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag, den Jahresbericht des Vorstandes mindestens einen Monat vor der Generalversammlung herauszugeben.

Angenommen werden folgende Anträge:

- Für die Marken jeder Klasse ist eine andere Farbe zu wählen;
- weibliche Mitglieder mehr als bisher zu den Verwaltungsgeschäften heranzuziehen;
- die Agitation mehr auf das platte Land zu verlegen;
- die verstanten Werkzeuge nicht mehr im „Tabak-Arbeiter“ zu veröffentlichen;
- die Ausführungen zum Statut in Heftform für die Ortsverwaltungen herzustellen;
- Gauleiterkongressen sind nur in besonders dringenden Fällen auf Verbandskosten abzuhalten;
- der Arbeitsnachweis ist in die Gane zu verlegen;
- vom Arbeitsnachweis Arbeitskräfte nur dahin zu verweisen, wo der vom Verband festgesetzte Minimallohn gezahlt wird;
- Dem Vorstand wurden folgende Anträge überwiesen:
- weitere weibliche Referenten in der Agitation zu verwenden;
- statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu veranstalten;
- sowie alle auf das Gauleitersystem bezüglichen Anträge, die einen Ausbau dieses Systems wünschen.

## Hus der frauenbewegung.

### Die Frau in der Industrie.

Die hochgespannte wirtschaftliche Konjunktur, die außerordentlich rege Beschäftigung unserer Industrie hat dazu geführt, daß die Frauarbeit ein in unserem Wirtschaftsleben immer wichtigerer Faktor geworden ist. Sie dringt allmählich auch in Industriezweige ein, die früher im wesentlichen der männlichen Arbeitskraft vorbehalten waren, und wird, da sie schlechter bezahlt wird als letztere, von den Unternehmern bevorzugt. Nach den Berichten der preussischen Gewerbeinspektoren gab es in den eigentlichen industriellen Betrieben Preußens im Jahre 1906 538.310 erwachsene Arbeiterinnen. Das bedeutet gegen das Vorjahr eine Zunahme um

5,8 Proz., während das Jahr 1906 gegenüber 1904 nur eine Zunahme von 4,6 Proz. aufwies. Zweifelsohne hätte die Zahl der Arbeiterinnen 1906 noch eine größere Höhe erreicht, wenn nicht der Mangel an Arbeitskräften dem entgegenwirkte hätte. Im Verhältnis zu den männlichen Arbeitern am höchsten war die Zahl der Fabrikarbeiterinnen in Berlin und in schlesischen Bezirken, besonders Breslau, wo sie fast halb so hoch war als die der erlernten. Der Kopfzahl nach wurden nach Regierungsbezirken die meisten Arbeiterinnen in Berlin (88.239), Breslau (40.917), Düsseldorf (66.142), Posen (29.652), Frankfurt a. O. (29.170), die idenigsten in Sigmaringen (1181), Bromberg (2700), Gumbinnen (2406) und Koblenz (3088) beschäftigt. Unter den einzelnen Industriezweigen steht die Textilindustrie in der Verwendung weiblicher Arbeitskräfte mit 120.353 erwachsenen Arbeiterinnen obenan. Kleider- und Wäscheherstellung stehen mit 77.413 an zweiter, das Bekleidungs- und Reinigungsgerätee mit 54.800 an dritter Stelle. Bei der Zigarrenfabrikation fanden 85.698 erwachsene Arbeiterinnen Beschäftigung, bei der Metallverarbeitung 26.448, bei der Industrie der Maschinenwerkzeuge, Instrumente und Apparate 24.418. Die beiden letztgenannten Zweige gehören zu den obenerwähnten, in denen eine Beschäftigung von Frauen früher nicht in so großem Umfang üblich war. In Minen hat die Frauarbeit mit am stärksten im Vergleich zu anderen Industriezweigen zugenommen, außerdem noch bei der Zigarrenfabrikation, der Textilindustrie, der Konfektion und bei der polygraphischen Gewerbe.

Im Hinblick auf das bevorstehende Gesetz über den Zehnstundentag für Frauen ist ein Blick auf die jetzt bestehende Arbeitszeit von besonderem Interesse. In Preußen sind es hauptsächlich die Regelleien, die im Jahre 1906 19.553 Arbeiterinnen beschäftigten, in denen eine mehr als zehnstündige, meistens elfstündige Arbeitszeit die Regel bildete. In der Leder- und Konfektionsindustrie wird ebenfalls meist länger als 10 Stunden gearbeitet, ebenso zum Teil in der Textilindustrie, wo jedoch die Arbeitszeitverkürzung ständig Fortschritte macht. In allen übrigen Industrien gehört die mehr als 10stündige Arbeitszeit zu den Ausnahmen.

Die sogenannte englische Arbeitszeit, die von morgens mit einer nur kurzen Unterbrechung am Mittag bis um 5 oder 1/2 Uhr dauert, ist von den Arbeiterinnen häufig als besonders wünschenswert bezeichnet worden. Daß sie tatsächlich in weiterem Umfang durchführbar ist, zeigt die Zunahme der englischen Arbeitszeit in Berlin. In den 60 Betrieben, in denen sie im Jahre 1902 eingeführt war, kamen 1903 weitere 130, 1904 159, 1905 182 und 1906 267.

### Verfassungen — Veranstaltungen.

**Rummelsburg.** Heute Freitag, den 18. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Witwe Weigel, Türschmidstraße, öffentliche Versammlung der sozialdemokratischen Frauen Nieder-Barnims. Vortrag: „Moderne Ehe.“ Referent Genosse K. Hoffmann. Wahl einer Delegierten zum Parteitag der Sozialdemokratie Preußens, Anträge zu demselben. Bericht und Neuwahl der örtlichen Vertrauensperson. Die Kreisvertrauensperson.

**Weißensee.** Montag, den 21. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Frau Charlottenburgerstraße, Ecke Generalkstraße, Vortrag. Fr. Jda Allmann: „Jola, der Mensch, der Künstler und Kämpfer.“

**Sponau.** Freitag, den 18. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Lokal von Böhle, Lindenstr. 17, Vortrag. Genossin Wulff: „Wohnung und Familie.“

**Friedrichshagen.** Montag, den 21. Oktober, 9 Uhr, im Restaurant Wilhelmshof. Vortrag: „Die Frau und die Schule.“ Referent: Genosse H. Sonnenburg.

**Zeltow.** Sonnabend, 20. Oktober, 8 Uhr, bei Frau. Vortrag Herr Dr. Rinkus: „Frauenleiden.“

### Eingegangene Druckschriften.

„Volkswirtschaftliche Wäiter.“ Oktoberheft. Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes von H. Ebn. Krüger. Berlin. Karl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.  
 „Wirtschaftliche Reform.“ Wochenchrift für soziale Redien. Nr. 42 Herausgeber Dr. H. Vennhoff. Verlag: Gutenberg-Verlag, Berlin W. 85. Eingekauft 30 Pf.  
 „Deutscher Kampf.“ Heft 20. Preis 30 Pf. Selbstverlag in Leipzig

### Witterungsübersicht vom 17. Oktober 1907.

Stationen	17. Okt.			18. Okt.		
	Baromet.	Wind	Wetter	Baromet.	Wind	Wetter
Schwetzingen	750	SW	4 wolllig	750	SW	2 wolllig
Hamburg	747	D	4 bedekt	744	S	2 wolllig
Berlin	748	SW	2 wolllig	741	SW	6 Regen
Frankf. a. M.	748	SW	4 Regen	738	N	1 bedekt
München	746	SW	6 bedekt	745	SW	4 wolllig
Wien	755	D	2 bedekt	755	D	4 wolllig

**Wetter-Prognose für Freitag, den 18. Oktober 1907.**  
 Zunächst ziemlich trübe und etwas Regen, später wieder aufklarend und mild bei mäßigen südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Stationen	am 16.10.		am 17.10.		am 18.10.	
	cm	cm <sup>3</sup>	cm	cm <sup>3</sup>	cm	cm <sup>3</sup>
Regel, Mühl	112	- 2	112	- 2	112	- 2
Regel, Jüterburg	90	- 2	90	- 2	90	- 2
Weichsel, Thorn	46	- 2	46	- 2	46	- 2
Oder, Ratibor	85	- 2	85	- 2	85	- 2
• Krossen	87	- 1	87	- 1	87	- 1
• Frankfurt	98	0	98	0	98	0
Wartbe, Schrum	22	- 3	22	- 3	22	- 3
• Landsberg	28	- 2	28	- 2	28	- 2
Rege, Borsdam	80	0	80	0	80	0
Eibe, Seimert	-41	- 7	-41	- 7	-41	- 7
• Barby	79	- 1	79	- 1	79	- 1
• Waageburg	93	- 5	93	- 5	93	- 5
Saale, Großlig	73	+ 1	73	+ 1	73	+ 1

+) + bedeutet Sturz, - Fall, - \*) Unterpegel.

# Deutsche Nord-Ostsee-Fischhallen Johs. Skorczyk.

Verkaufsstelle A. (Fornsprecher III, 3790, 3578):  
**Schönhauser Allee 144**  
 Haltestelle der Straßenbahnlinien No. 10, 33, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 54, 57 und V. sowie Omnibus 27, 34

empfehlen infolge großer Fänge und täglich frischer Zufahren:

<b>Kablau</b> zum Kochen und Braten Pfd. 20 Pf. im Anschnitt Pfd. 22-25 Pf.	<b>Schellfisch</b> alle Größen Pfd. 20-40 Pf. <b>Großer Schellfisch</b> im Anschnitt Pfd. 35-40 Pf.	<b>Seehecht</b> Pfd. 30 Pf. im Anschnitt Pfd. 35 Pf. <b>Seelachs</b> im Anschnitt Pfd. 20-25 Pf.	<b>ff. Fluß-Zander</b> alle Größen infolge großer Fänge pro Pfund 60 bis 70 Pfennig.	Lebende Hechte Karpfen Aale etc. etc. billig!	Alle Arten <b>Räucherfische</b> von täglich frischer Räucherung	Alle Arten marinierte und konservierte Fische
---	--	--	---	---	---	--



Fischhotelles und Fischkarbonaden bratfertig — täglich frisch — Pfd. 60 Pf. —

## Frische Fische — Gute Fische



# 3. und 4. Wahlkreis.

Dienstag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralstraße 18c:

## Kommunalwähler-Versammlung.

1. Unsere kommunalen Forderungen. 2. Freie Diskussion. 3. Freie Diskussion. 4. Freie Diskussion. 5. Freie Diskussion. 6. Freie Diskussion. 7. Verschiedenes.

### Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands Ortsverein Berlin.

Sonntag, den 20. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstraße 17-18:

## General-Versammlung.

1. Bericht des ersten Kassierers über die Streikabrechnung. 2. Bericht vom 2. und 3. Quartal. 3. Diskussion. 4. Wahl eines Revisors. 5. Unsere Stellung zu der vom Parteivorstand angeregten Einigungsfrage zwecks Verschmelzung der in Frage kommenden Maurerorganisationen. 6. Diskussion. 7. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch und Streikarte legitimiert. Der Vorstand. S. A.: Gustav Seglin.

### Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. - Fernsprecher Amt 3, No. 2049.

Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Sälen, Dentschstr. 20:

## General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Abrechnung vom dritten Quartal. 3. Rückblick auf die diesjährige Lohnbewegung und Rechnungslegung von derselben. 4. Diskussion.

Der Vorstand. S. A.: Albert Juppontatz.

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1230. Charlottenstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Sonntag, 20. Oktober 1907, vorm. 9 Uhr:

## Mitgliederversammlung für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher

im großen Saale des Vereins Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstraße Nr. 18m.

1. Branchenangelegenheiten (Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Vorfing). 2. Vortrag des Genossen Granwald über: „Die deutsche klassische Philosophie und der wissenschaftliche Sozialismus“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Sonntag, 20. Oktober 1907, vorm. 10 Uhr:

## Versammlung

für alle im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Rohrleger und Helfer bei Meier, Sebastianstraße Nr. 39.

1. Die internationale Arbeiterbewegung. Referent: Eugen Bräuner. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Sonntag, 20. Oktober 1907, vorm. 9 1/2 Uhr:

## Branchenversammlung

in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.

1. Vortrag über: „Die Gewerkschaftsbewegung vor und nach dem Sozialistengesetz“. Referent: Kollege Karl Wiede. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Zahlstelle 25 ist von der Mannysstraße 78 verlegt worden zu B. Pier, Mannysstraße 9. Die Ortsverwaltung.

### Rixdorf.

Zentral-Krankenkasse d. Maurer, Gipsler u. Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

## Mitglieder-Versammlung

1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wahl eines Beitragsamtebers. 3. Verschiedenes.

Die örtliche Verwaltung. S. A.: Wilh. Kraft.

# Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Öffentliche Kommunalwähler-Versammlung

für den 36. und 48. Bezirk

in Ballschmieders Festsäle, Badstraße 16:

Vortrag des Reichstagsabgeordneten Artur Stadthagen über: „Die Aufgaben der Kommune“. Zu zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

## Achtung! 29. u. 41. Kommunal-Wahlbezirk!

Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung

in den Borussia-Sälen, Ackerstr. 6/7, nahe Elsasserstraße.

Tages-Ordnung:

1. Der Freisinn im roten Hause. Referent Stadtverordneter Dr. Karl Liebknecht. 2. Diskussion. 3. Ansprache der Kandidaten.

Die Genossen der Bezirke des 1., 5. und 6. Wahlkreises sind dringend eingeladen. Das Wahlkomitee.

## Öffentl. Volks-Versammlung

Freitag, den 18. Oktober d. J., 7 1/2 Uhr pünktlich, im großen Saale der neuen Armin-Hallen, Kommandantenstr. 58/59 (zwischen Alte Jakob- u. Wegandenerstraße).

Das preussische Dreiklassen-Unrecht und seine Beseitigung. Referent: Dr. Rudolf Breitscheid. Freie Redensprache. Gäste - Männer und Frauen aller Parteien - willkommen.

Sozialliberaler Verein. Der Vorstand. S. A.: Dr. A. Crzallitzer, 2. Vorsitzender, Potsdamerstr. 5.

## Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonabend, den 19. Oktober, in „Sausouci“, Rottbuserstr. 6: 36. Stiftungsfest. Konzert, Solos von Hoffmanns Norddeutschen Sängern und Ball. Billets a 30 Pf. für Mitglieder und Gäste bei sämtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben. - Anfang 8 Uhr. Der Vorstand.

Siehe erschienen:

### Die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung in Amerika

von Hermann Schlüter. - Preis broschiert 3 Mk., geb. 4 Mk.

Hierzu machen wir unsere Leser aufmerksam auf das vor einigen Monaten erschienene Werk von Morris Hillquit über:

### Die Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten.

Autorsierte Uebersetzung von Karl Müller-Wernberg. Preis broschiert 2,50 Mk., geb. 3 Mk.

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

## Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.

Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Dokoren, Kavallieren usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.

Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Selbe) und tadelloser Sitz auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinvollene

	3 Monat	2 Monat	1 Monat
getragene	getragene	getragene	getragene
Maß-Anzüge	8 M. 12 M. 16 M.		
Maß-Paletots	6 M. 10 M. 14 M.		

### Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurterstraße 93 zwischen Markus- und Krautstraße.

Frack und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen verkauft.

Einziges christliches Geschäft dieser Art am Platz.

Achten Sie auf die blauen Schilder.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Mittwoch, den 23. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

## Zwei Vorversammlungen

zu den am 3. November stattfindenden Delegiertenwahlen der Ortskrankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianofortearbeiter.

Für die Kreis der Spree (im Südosten, Süden, Südwesten und Westen) beschäftigten Mitglieder im Märkischen Hof, Admiralstr. 18c. Für die Kreis der Spree (Osten, Nordosten, Norden und Nordwesten) beschäftigten Mitglieder in den Andreas-Sälen, Andreasstr. 21.

1. Aufstellung der Delegiertenliste. 2. Sonstige Rassen- und Verbandsangelegenheiten. Eintritt nur unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches. Um zahlreichem Besuch der in Betracht kommenden Kollegen ersucht Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Rahmenvergolder. Achtung!

Sonabend, den 19. Oktober, abends präzis 6 1/2 Uhr, im Lokal Werfowski, Andreasstr. 26:

## Versammlung.

1. Die Antwort der Arbeitgeber und unsere weitere Stellungnahme. 2. Verschiedenes. Nicht eines jeden in der Branche beschäftigten Kollegen ist es pünktlich zu erscheinen. Der Branchenleiter.

### Verband der Hafnarbeiter und verwandter Berufsgenossen Deutschlands Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 20. Oktober 1907, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

## Mitglieder-Versammlung

1. Vortrag: „Ueber die letzten Kämpfe der Hafnarbeiter und Binnenschiffer“. Referenten die Kollegen Berthold Schramm aus Magdeburg und Karl Graßinger aus Hamburg. 2. Abrechnung vom 3. Quartal 1907. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir ersuchen die Kollegen, da verschiedene Situationen erörtert werden, zu erscheinen.

### Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin. Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

## Versammlung.

1. Vortrag des Arbeitersekretärs Gustav Link über: „Der Bauarbeiterstand wie er ist und wie er sein sollte.“ 2. Rassenbericht vom III. Quartal 1907. 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung erwartet vollständiges Erscheinen Der Vorstand.

### Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft Kohnen & Jöring Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12 zwisch. Alexandropf. u. Jannowitzbr. 2. Geschäft: Landsberger Allee 148, Ecke Langenbeckstraße.

### Berufskleidung

f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerke.



Die russische Revolution.

Der Wahlschwindel.

Warschau, 17. Oktober. (B. S.) Unter den hiesigen Russen wurde ein großer Wahlschwindel entdeckt. Nachdem nach der neuen Wahlordnung es den Russen in Warschau gestattet ist, einen eigenen Dumaabgeordneten zu wählen, teilten sich dieselben in drei Parteien: „echte Russen“ (Schwarze Bande), „Oktoberpartei“ und „Kadetten“.

Wahlsieg der Sozialdemokraten im Gouvernement Petersburg. Am 13. Oktober wählten die Arbeiterbediensteten des Gouvernements Petersburg sechs Wahlmänner der Arbeiterkurie; aufstehend waren 65 Bevollmächtigte. Nach einer privaten Beratung schritt man zur Wahl. Mit erdrückender Mehrheit wurden alle sechs Kandidaten, die vom Petersburger Komitee der sozialdemokratischen Partei aufgestellt waren, als Wahlmänner gewählt.

Die Petersburg Arbeiter werden in der dritten Duma durch einen Sozialdemokraten vertreten sein.

Die Wahlen im Kaukasus und die Sozialdemokratie.

Das neue Wahlgesetz bedeutet für den Kaukasus eine Art „Strafexpedition“: Um die „Unbotmäßigkeit“ der Wähler, die zehn Sozialdemokraten in die zweite Duma entsandten, gehörig zu ahnden, wurde die Zahl der Abgeordneten des Kaukasus von 29 auf 9 vermindert!

Trotz aller Gegenmaßnahmen ist der Kaukasus „unverbesserlich“. Schon die ersten Nachrichten über die Wahl der Wahlmänner zeigten, daß die Sozialdemokratie im Kaukasus unbestechbar ist. Nach den und vorliegenden unvollständigen Nachrichten sind unter den schon gewählten 57 Wahlmännern in den verschiedenen Orten der Gouvernements Autais, Tiflis und Baku 32 Sozialdemokraten.

Ungeachtet aller Vermählungen der Regierung werden sich also auch in der sozialdemokratischen Fraktion der dritten Duma Abgeordnete des Kaukasus befinden.

Aus der Partei.

Basils „Rechtfertigung“.

Der Deputierte Basils, der mit seinen Kollegen Samendin und Gonau Herr Briand freundschaftlich empfangen hat und gegen den darum drei Parteiföderationen das Ausschlußverfahren beim Nationalrat beantragt worden ist, hat einem bürgerlichen Journalisten sein Herz ausgeschüttet. Er habe Briand als alten Propagandisten begrüßt, der 1893 und 1901 in den Vergarbeiterständen große Dienste geleistet hätte.

Das sind natürlich faule und zum Teil unanständige Ausreden. Es handelt sich doch nicht darum, was Briand einst getan hat, sondern darum, was er heute tut. Oder vielmehr, gerade weil er ebendies ein Streikpropagandist war, ist eine Tätigkeit in einer Regierung, die die Arbeiterorganisationen verfolgt und das Koalitionsrecht einschränkt, besonders verwerflich.

Basils hat von dem zumeist aus seinen Kamellen zusammengelegten Frelativitätsmaß der Föderation des Vas de Galais einen Protest gegen den Ausschlußantrag beschließen lassen. Zugleich hat der Ausschluß beim Nationalrat einen Antrag auf ein Kontrollverfahren gegen Herr Hervé angemeldet. Basils rechnet wohl selbst nicht im Ernst darauf, daß auch die ausgeprochenen Gegner des Hervéismus innerhalb der Partei sich vor seine Metonymische spannen lassen werden.

Uebrigens, mit Ministerempfehlungen stehen die Basils, Gorinanz und Lamendin in der Partei nicht allein da. Auch die Deputierten Barannes und Koblitz haben reisenden Ministern den Willkommen geboten, und es besteht die Absicht, auch von ihnen Rechenschaft zu verlangen. Immerhin waren die empfangenen Minister farblose Kadetten, nicht Herr Briand. Auch haben die beiden Deputierten nur lokale Interessen der Parteidisziplin vorangestellt und

nicht, wie die erstgenannten „Genossen“ eine Kundgebung gegen die Partei mitveranstaltet.

Eine Pariser Parteigruppe (Quartier Goutte-d'Or), hat auf Antrag des Gemeinderats Heppenheimer, der neben Crausse eines der am weitesten rechts stehenden Parteimitglieder ist, eine Erklärung platieren lassen, die den Beschluß von Rancé über den Antimilitarismus „anarcho-sozialistisch“ bezeichnet und von der Föderation fordert, unterzählig die Grenzen zwischen der sozialistischen und anarchistischen Auffassung zu ziehen.

Zum Freuentag nahmen die Parteigenossen in Frankfurt a. M. am Dienstag Stellung. Parteisekretär Dittmann besprach den von ihm ausgearbeiteten und von dem hessensnationalistischen Parteitag als Antrag an den preussischen Parteitag gestellten Organisationsentwurf. Die Genossen Quard, Dittmann und Hüttmann gaben der Meinung Ausdruck, daß der Dittmannsche Entwurf dem Berliner vorzuziehen sei.

Bildungsbestrebungen. Die Kreisversammlung des Wahlkreises Duisburg-Mülheim-Oberhausen nahm folgende vom Genossen Ernst Tommes-Mühlheim a. d. Ruhr gestellte und eingehend begründete Resolution einstimmig an:

- 1. Die drei größeren Orte des Wahlkreises (Duisburg, Mülheim und Oberhausen) sollen verpflichtet werden, Bildungsausschüsse einzusetzen;
2. den kleineren Orten des Wahlkreises, die finanziell schwach stehen, soll für die Bildungsarbeit ein Zuschuß aus der Kreis-kasse gewährt werden.

Personalien. Genosse Max Hirsch, ehemals Vergarbeiter, jetzt Schriftsteller, tritt zum 1. November in die Redaktion des „Offenbacher Abendblattes“ ein.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Holland.

Amsterdam, 16. Oktober 1907. In der gestrigen Stichwahl im Tals Wahlkreis Franceler siegte Genosse Hebbelings mit 3340 Stimmen über den Kandidaten der kirchlichen Parteien, der 2016 Stimmen auf sich vereinigete. Hiermit ist also auch der zweite Kammerstich, gleichwie seine Siege im Amsterdamer Gemeinderat und in den Provinzialstaaten Nord-Hollands, der sozialdemokratischen Partei erhalten geblieben.

Pöbelliches, Gerichtliches usw.

Ablehnung eines nationalliberalen Richters. Genosse Dr. Weill von der „Frankfurter Tagespost“ in Nürnberg wurde im August wegen Verleumdung eines Landbürgermeisters zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt. Die Klage war ein Nachspiel des Landtagswahlkampfes. Die „Tagespost“ hatte den Bürgermeister, weil er die Abnahme des zur Wahlberechtigung notwendigen Verfassungseides verweigert hatte, einen „Wahlrechtsdieb“ genannt. Gegen dieses Urteil wurde, da es die Anerkennung berechtigter Interessen verneinte, Berufung eingelegt, die am Mittwoch vor dem Landgericht Nürnberg zur Verhandlung kam.

Aus Industrie und Handel.

Geschäftsergebnisse.

Table with 3 columns: Es ergielten, Reingewinn 1906/07, Reingewinn 1907/07. Rows include Gewerkschaft Christian, Kupferdrahte, Schwedler-Stoll, Eisenwerke, Augsburgischer Kunstaberei, Victoria-Werke, A.-G., Nürnberg, Badische G. für Zuckersfabrikation, Mannheimer Eisenhütte u. Maschinenbau-G., Radeisfelder Metallwerke.

Der Reingehalt der sieben Gesellschaften zusammen stieg von 2.283.088 M. im Jahre 1906/07 auf 3.009.449 M. für das letzte Jahr. Die Steigerung beträgt 61 Proz. Das ist eine ansehnliche Lohnsteigerung für die — Mitarbeiter!

Ausfuhrvergütung. Der „Allmühen Volkszeitung“ zufolge beträgt die vom Stadtwerkverbands am 10. Oktober beschlossene Ausfuhrvergütung 10 M. pro Tonne Holzguggerbrand für nach dem 15. Oktober abgeschlossene Auslandsgeschäfte in Fertigwaren, soweit dieselben innerhalb dreier Monate das Werk verlassen. Diese Zulage kann jederzeit mit achtwöchiger Kündigung aufgehoben werden und soll für Drahtschleife zurückgezogen werden, sobald der Walzdrahtverband nicht zustande kommt.

Abnahme der Leutenot in der Landwirtschaft.

Zu gleicher Zeit mit dem gewerblichen Arbeitsmarkt weist der landwirtschaftliche Arbeitsmarkt eine Verstärkung des Andranges Arbeitssuchender auf; seit Juni, seitdem am

gewerblichen Arbeitsmarkt die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahre begann, hat auch der Andrang landwirtschaftlicher Arbeitssuchender den des Vorjahres überholt. Das Arbeiterangebot in der Landwirtschaft war, soweit dies durch die öffentlichen Arbeitsnachweise kontrolliert wird, im August größer als im Vorjahre und auch als im August 1906 und 1905; auf 100 offenen Stellen meldeten sich nämlich Arbeitssuchende im Monat

Table with 4 columns: Year (1904, 1905, 1906, 1907), and rows for Juni, Juli, August with corresponding numbers.

Der Andrang war demnach wieder stärker als seit 1904.

Aus der Leinenindustrie. Nach dem soeben erschienenen Bericht der Leinen-Verusgenossenschaft waren im verflochtenen Jahre 557 Betriebe gegen 528 im Jahre 1906 angefallen. Beschäftigt wurden im Durchschnitt 56.824 Arbeiter gegen 56.454 im Jahre 1906. Die Steigerung der Arbeiterzahl ist also sehr gering.

Einzelne Sektoren wiesen sogar noch eine geringe Abnahme der Arbeiterzahl auf. Der Bericht bemerkt hierzu: „Da die Ermittlung der Arbeiterzahlen aus den in den Lohnnachweisungen enthaltenen Angaben über die geleisteten Arbeitstage erfolgt, so ist diese Ermittlung durch Streiks, von welchen eine Anzahl Betriebe im Berichtsjahre betroffen wurden, beeinflusst, daneben kommt hierin aber der Arbeitermangel, der auf allen Gebieten der Textilindustrie herrschte, zum Ausdruck.“ Auch eine Erklärung!

Der große „Arbeitermangel“ hat aber keinen großen Einfluss auf die Steigerung der Arbeitslöhne geübt und wird deshalb bei diesen Durchschnittslöhnen noch anhalten.

Der Durchschnittslohn betrug im Jahre 1906: 720 M., im Jahre 1906: 749 M.! Wer wundert sich da noch über den beklagten „Arbeitermangel“? Natürlich wird man diese Zahlen mit der Masse der in der Leinenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen entschuldigen. Arbeiter haben aber doch auch teueres Brot und Fleisch zu kaufen. Trotzdem bringt es der Bericht fertig davon zu sein, daß diese Durchschnittsberechnung „jwar kein einwandfreies Bild“ der Löhne gebe, „doch bildet sie einen Beleg für die anhaltende Aufwärtsbewegung.“ Donnerwetter! Welch eine Aufschneider!

Der Handelsvertragsverein hat soeben seinen Bericht für das am 30. September schließende Geschäftsjahr herausgegeben. Die Zahl der Mitglieder hat um 223 zugenommen. Gegen den vom Handelsvertragsverein herausgegebenen Bericht über den Außenhandel, in dem Materialien zur Beurteilung der Wirkungen der neuen Handelsverträge unterbreitet wurden, hat die agrarische Presse Einwendungen erhoben. Der jetzige Bericht bemerkt dazu:

1. Erstens befanden wir uns gerade im Berichtsjahre auf dem Höhepunkt einer ganz außerordentlichen internationalen Hochkonjunktur. Es liegt auf der Hand, daß schon dies die Wirkung der Zollserhöhungen zunächst stark abschwächen muß.

Dabei brachte bei vielen Artikeln die gestiegene Nachfrage eine solche Preissteigerung mit sich, daß ausnahmsweise auch die erhöhten Zölle noch mitbezahlt werden konnten, ohne den Absatz unendlich zu machen.

2. Ein zweiter Faktor, der dem Geschäftsgange des Berichtsjahres ein abnormes Gepräge verlieh, war die in sehr großem Umfange eingetretene Vorverföhrung.

3. Drittens aber liegt es in der Natur der Sache, daß sich überhaupt die Wirkungen von Zolländerungen allmählich erst im Verlauf einer längeren Zeit zeigen.

Der ausländische Abnehmer deutscher Fabrikate, der seit langen Jahren von bestimmten deutschen Firmen eingeführte Waren von ihm bekannter Qualität bezieht, an welche seine Kunden bereits gewöhnt sind, ist . . . meist gar nicht in der Lage, unmittelbar einen Ersatz zu schaffen, wenn etwa die deutsche Ware infolge der hier durch die Zollserhöhungen verteuerten Halbfabrikate, gesteigerten Arbeitslöhne usw. um noch zu erhöhten Preisen abgegeben wird. Er muß sie zunächst weiter beziehen. Weshalb aber wird er sich sofort darnach umtun, ob und wo im Inland oder in anderen Staaten etwa eine Konkurrenz existiert, die billiger zu liefern imstande ist.

Gewerkschaftliches.

Scharfmacher-Müllern.

Der Arbeitgeber-Verband für Müllern und Umgebung hat unlängst 57 Mitglieder des Bauhilfsarbeiter-Verbandes wegen ihres angeblich tarifwidrigen Verhaltens auf eine schwarze Liste gesetzt und die Arbeitgeber und die Polizei aufgefordert, diese Arbeiter nicht zu beschäftigen und falls sie einen der Geächteten dennoch schon in Arbeit haben sollten, ihn sofort wieder zu entlassen. In dem zwischen den Bauorganisationen und dem Arbeitgeber-Verbande abgeschlossenen Tarifvertrag, der am 31. März nächsten Jahres abläuft, ist eine Schlichtungskommission vorgesehen, der in erster Linie alle Streitigkeiten aus dem Tarifverträge zu unterbreiten sind; gelangt eine Einigung nicht, so soll innerhalb acht Tagen das Einigungsamt des Gewerbegerichts angerufen werden. Des weiteren heißt es in dem Vertrage, daß, so lange die Schlichtungskommission mit einer Differenz befaßt und so lange eine Entscheidung des Einigungsamtes nicht gefällt ist, dürfen Maßnahmen beiderseits nicht unternommen werden. — Die Herren Scharfmacher scheinen in dem Wahne zu leben, daß diese Bestimmung nur für die Arbeiter, nicht aber für die Unternehmer geschaffen ist.

In dem Vorgehen des Arbeitgeber-Verbandes erblickte die Bauhilfsarbeiter-Organisation eine Verletzung des Tarifvertrages und rief die im Tarifvertrag vorgesehene Schlichtungskommission an. Der Vorsitzende dieser Kommission beräumte geschäftsordnungsgemäß eine Sitzung an, der Arbeitgeber-Verband lehnte es jedoch ab zu erscheinen mit der Begründung, daß die Schlichtungskommission — nicht zuständig sei. Hierauf rief die Bauhilfsarbeiter-Organisation das Einigungsamt des Gewerbegerichts München an. In dieser Verhandlung erschien zwar der Sekretär des Arbeitgeber-Verbandes, Fellermaier und erklärte im Scharfmacherjargon: „Dadurch, daß ich erschienen bin, habe ich dem Geschehen Genüge geleistet. Ich erkläre aber, daß sich der Arbeitgeber-Verband in keinerlei Verhandlung einläßt. Ich empfehle mich!“ — Sprach und verschwand von der Bildfläche! Die Sitzung mußte also resultatlos aufgehoben werden.

Die Schleifsteindreher nehmen den Mund bei jeder Gelegenheit immer recht voll von der Störung des gewerblichen Friedens durch die Arbeiter-Organisationen. Sie aber sehen sich über den fundamentalsten Grundjah von Treu und Glauben hinweg und misgachten resp. brechen die von ihnen selbst entworfenen Vertragsbestimmungen. Und das nennt die Scharfmachersippe „Tarifvereinbarung“.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Elektromonteur! Der Streik bei der Firma Hardegen, Luffenauer 44, ist beendet. Die Differenzen sind durch



Verhandlungen beigelegt. Am Donnerstag haben sämtliche Kollegen die Arbeit wieder aufgenommen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Töpfer nahmen in einer starkbesuchten Versammlung gestern nachmittag in Freyers Festhölle, Kopenstraße, den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen. Der Vorsitzende Segawe erklärte, daß sich seit acht Tagen im allgemeinen nichts an der Situation geändert habe. Die Zahl der Streikenden sei von 1892 auf 1896 gestiegen; 14 Neuaufnahmen seien zu verzeichnen, und 41 Mitglieder seien abgereist. Mit Vermeidung konstatierte Segawe, daß sich die Streikenden sehr bereitwillig zeigen, Berlin zu verlassen, sobald ihnen a u f e r h a l b Arbeit nachgewiesen wird, obgleich die Angebote oft nicht sehr günstig sind. Eine Liste derjenigen Mitglieder wurde verlesen, die seit Beginn des Streiks „selbständig“ geworden sind, die also Töpferarbeiten als „Meister“, „Geschäftsführer“ und dergleichen übernehmen. Diese Liste fand die entsprechende Würdigung in der Versammlung. Mit der Situation könne man durchaus zufrieden sein, erklärte Segawe. Am Generalstreik werde die Gefühlschaft weiterhin festhalten; vom Eintreten in den partiellen Streik könne keine Rede sein, wenn auch viele Unternehmer das letztere lebhaft wünschen. Die Resolution der Unternehmerversammlung (im „Vorwärts“ gestern bekannt gegeben) wurde von Segawe wie auch vom Verbandsvorsitzenden Drunsel eingehend erörtert und erklärt, daß man die darin ausgesprochene Drohung, daß die Unternehmer eine Generalausperrung über ganz Deutschland vornehmen würden, nicht fürchte. In den nächsten drei bis vier Wochen sei an eine Ausführung einer solchen Idee überhaupt nicht zu denken. Drunsel weist die Darstellung energisch zurück, als hätten die Arbeiter im Gefühl ihrer Schwäche dringlichst versucht, eine Einigung herbeizuführen und dazu den Osnabrücker Fabrikantenverband angerufen. Es sei vielmehr das Bestreben der Innung gewesen, sich der Hilfe des Fabrikantenverbandes zu versichern, damit er für sie die Kaskanen aus dem Feuer hole. Das sei nicht gelungen, und nun liegt den Meistern viel daran, die Sache in einem andern Licht erscheinen zu lassen. Die folgende Resolution wurde angenommen:

„Die am 17. Oktober in Freyers Festhölle versammelten Mitglieder des Zentralverbandes der Töpfer nehmen Kenntnis von der Resolution der letzten Unternehmerversammlung und erklären sich nach wie vor bereit, mit der Unternehmerschaft in Unterhandlung zu treten. Die Versammlung nimmt ferner Kenntnis von den Mitteilungen des Verbandsvorsitzenden Kollegen Drunsel, nach welchen teils auf Wunsch und teils durch Vermittlung stark interessierter Osnabrücker Fabrikanten sowie Berliner Geschäftsinhaber Verhandlungen stattgefunden haben, die allerdings durch das Verschulden des einen Teiles der Berliner Unternehmer resultatlos endeten. Es liegt im Interesse beider Teile, daß die erneut in Aussicht stehenden Verhandlungen besseren Erfolg haben. Ueber die Drohungen, welche in scharfmacherischer Weise in der Unternehmer-Resolution niedergelegt sind, geht die Versammlung zur Tagesordnung über, weil sie der Meinung ist, daß eine entsprechende Erwiderung die Verhandlungen keinesfalls fördern oder den Frieden herbeiführen dürfte.“

Der Vorsitzende Segawe machte noch darauf aufmerksam, daß die Streikenden bei der Erfüllung ihrer Pflichten mit Eifer und Gewissenhaftigkeit zu Werke gehen müssen, um den Erfolg auf ihrer Seite zu haben, besonders beim Streikposten stehen. Je länger der Kampf dauert, desto mehr Energie müsse entwickelt werden.

Die beiderseitigen Lohnkommissionen sollen heute oder morgen zusammentreten. Es stehen 30 Punkte zur Erörterung. Die Gefühlschaft ist entschlossen, sich auf keine Abzüge im Tarif einzulassen.

#### Eine gelbe Gewerkschaft

wollen auch die Scharfmacher im Buchdruckerverbe gründet. Um die wenigen noch nicht organisierten Buchdrucker auch fernerhin vom Verbands fernzuhalten, beschloß das obstru. Häußlein tariffremder Buchdruckprinzipale, das sich Holz- und Eisenarbeiterverband für das Buchdruckgewerbe nennt, den „Rauhbeinen“ für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Todesfalls den Bezug der gleichen Beträge zu ermöglichen, wie sie von dem Verband der deutschen Buchdrucker gewährt werden. Die Prinzipale wollen die Hälfte der wöchentlich zu zahlenden Prämie auf sich nehmen, während den Gehülften für die ihnen zugeflogten Beträge A e h t s a n s p r u c h gewährt werden soll. — Sehr nett! Aber wo nichts ist, hat auch der eifrige Streikbrecher sein Recht verloren.

#### Der freie Tag der Bäcker.

Die Bäckermeister, die die Gefellenorganisation bewilligt haben, waren am Mittwoch von der Freien Vereinigung der Bäckermeister zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen, die im Königsstädtischen Kasino stattfand und den langen Gartenhof füllte. Es wurde über die Ausführung des Beschlusses der Versammlung vom 8. August beraten, der besagt, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Bewilligungen nicht aufrecht erhalten werden könnten, ein besseres Vertragsverhältnis mit der Gefellenorganisation angestrebt und für eine gezielte Regelung der Sache gesucht werden solle. Was diesen Bäckermeistern an den Bewilligungen so unerträglich erscheint, ist der freie Tag der Gefellen, der, wie der Referent, Bäckermeister Thoma, ausführte, den Meistern schweren finanziellen und materiellen Schaden bringe, weil die Aushilfskräfte, die der Bäckermeister auf seine Kosten für diesen Tag einstellen müsse, in der Regel nicht besonders leistungsfähig seien, überhaupt schwer zu bekommen wären. Man klagte in dieser Hinsicht auch über den Verbandsarbeiternachweis; ein Bäckermeister aus Rixdorf äußerte jedoch, daß er Arbeitskräfte vom „wasserblauen Verein“ bezogen hätte, die noch viel „miserabler“ gewesen seien und ihn auch noch betrogen und bestohlen hätten. Der Referent wie die Versammlung waren sich aber darin einig, daß man der allgemeinen Durchführung des freien Tages im Bäckergewerbe nicht mehr entgegen könne. Man wünschte, daß bei der gesetzlichen Regelung der Sache ein bestimmter Tag festgesetzt werde; am besten wohl die Zeit von Sonntag vormittag bis Montag früh. In dieser Zeit werde am wenigsten geboten, somit wäre hier der Ausfall, den ein Wadervot mit sich bringen werde, weniger sichtbar. Auch für die Gefellen sei dieser Tag weit besser als irgend ein Wochentag. Wenn auch ein Familienvater 30 W. Wochenlohn habe, so müsse ja bei der herrschenden Teuerung die Frau doch noch mitverdienen. Habe nun der Gefelle seinen freien Tag in der Woche, so treffe er seine Frau bei der Arbeit, die Kinder seien in der Schule und er selbst habe keinen rechten Nutzen von dem Tage. Aber auch dem vielgeplagten kleinen Bäckermeister werde eine solche gesetzliche Regelung zugute kommen. — Ueber das Los der kleinen Bäckermeister wurde bitter geklagt; wenn andere Handwerker ihrem Vergnügen nachgingen, müsse er Tag und Nacht schuften. — Die Beratung über diesen Punkt endete damit, daß die Versammlung einstimmig die Herausgabe eines Fragebogens gutheißt, der u. a. folgende Fragen enthält: Haben Sie 1907 unter dem Druck des Wotvots oder freiwillig bewilligt? — Ist die Bewilligung aufrecht zu erhalten? — Bekommen die Gefellen auf Innehaltung des freien Tages? — Was für Einrichtungen haben Sie des freien Tages wegen getroffen und was für Unkosten haben Sie davon? — Was für Löhne zahlen Sie? — Wie lange ist Ihre eigene Arbeitszeit? usw. — Diese Fragebogen sollen an alle die Bäckermeister, die bewilligt haben, versandt werden. Das Ergebnis der Umfrage soll der Regierung als Material überwiesen werden.

Der zweite Punkt der Tagesordnung lautete: „Die Petitionen der Gefellen in beiden Lagern an die gesetzgebenden Körperschaften zwecks Erreichung des gesetzlichen Arbeitstages und unsere Stellung hierzu“. Der Referent, Bäckermeister Fischer, sprach sich grundsätzlich für Abschaffung der Nachtarbeit aus. Durch ein gesetzliches Verbot der Nachtarbeit würde das Bäckergewerbe aufblühen, die Kleinbetriebe konkurrenzfähig erhalten, meinte der Redner. Bei den Gefellen sei jedoch diese Forderung aus Rücksicht auf die Gefellenbetriebe in den Hintergrund gedrängt; sie verlangten eben nur ihren freien Tag. Die Meister seien im Kampfe für Ab-

schaffung der Nachtarbeit nun auf sich selbst angewiesen, jedoch fehle auch hier der großen Masse noch das Verständnis für den Wert dieser Forderung. Gesehliche Einführung eines bestimmten freien Tages werde übrigens eine Etappe auf dem Wege zur Abschaffung der Nachtarbeit sein. — Die Beschlußfassung über diesen Punkt der Tagesordnung wurde vertagt, bis das Ergebnis der Fragebogen vorliegt. Der Vertrauensmann erhielt Auftrag, dann eine neue Versammlung einzuberufen.

Ueber die Tarifbewegung der Isolierer haben am Dienstag Verhandlungen zwischen der Lohnkommission und den Vertretern der Unternehmer stattgefunden. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wurde am Mittwoch in einer Versammlung des Verbandes der Isolierer Bericht erstattet. In der vorigen Versammlung hatten die Isolierer beschlossen, Lohnforderungen zu fordern für den Fall, daß die Unternehmer die Kündigung des Tarifs nicht zurückziehen. Die Unternehmer haben nun bei Beginn der Verhandlungen die Kündigung zurückgezogen. Der alte Tarif bleibt somit bis zum 1. November 1908 bestehen. Er hat nur einige unwesentliche redaktionelle Änderungen erfahren, in der Hauptsache, namentlich in bezug auf Lohn- und Arbeitszeit bleibt er unverändert. Die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises, welche die Unternehmer gestellt hatten, ist bei der Verhandlung nicht mehr erwähnt worden. Hinsichtlich der Akkordarbeit ist folgende Bestimmung in den Vertrag aufgenommen worden: Um geeignete Arbeiten auch in Akkord ausführen zu können, wird von den beiderseitigen Organisationen eine gemeinschaftliche Kommission eingesetzt, die während der Dauer des gegenwärtigen Tarifvertrages einen Akkordtarif auszuarbeiten hat. Dieser Akkordtarif ist beiden Organisationen zur Beschlußfassung vorzulegen. Wenn vor Annahme des Akkordtarifs Arbeiten in Akkord ausgeführt werden, so wird der Lohn mit allen tarifmäßigen Zuschlägen geföhrt.

Die Versammlung stimmte dem Tarifvertrage mit diesen Änderungen zu.

Bei Kurz, Kuhner u. Co., Reinickendorferstraße 53, dauert der Streik ununterbrochen fort. Daß der Betrieb voll mit Arbeitswilligen besetzt ist, wie die Firma verbreiten läßt, ist einfach unwahr. — Um seine Arbeitswilligen ist Herr Kurz gewiß nicht zu beneiden. Ein gewisser Herr Weber, der in der Panstraße 14a ein kleines Konfitürengeschäft nebst Konditorei und Café unterhält, nebenbei Kunde der Firma ist, arbeitet im Betriebe als Streikbrecher. Dem Schulmann A h t e r g scheint die Sache langweilig zu werden. Die Streikposten können ihm nichts recht machen, und überall, aber auch überall sehen sie ihm im Wege! — Nun, sie werden sich ihr Recht durchaus nicht verkümmern lassen. Die Streikleitung.

#### Deutsches Reich.

##### Drohende Aussperrung im Hannoverschen Baugewerbe.

Seit Dienstag voriger Woche besteht in Hannover ein gespanntes Verhältnis zwischen Bauarbeitern und Unternehmern. Anlaß dazu gab ein Beschluß der Bauarbeiter, in Zukunft keine gemischten Akkorde mehr zu übernehmen. Akkordarbeiten und Steintragen sollte getrennt übernommen und nach dem mit dem Arbeitgeberverband abgeschlossenen Tarif entlohnt werden. Das war aber nicht das Wichtigste, denn davon hatten die Unternehmer weder Schaden noch Nutzen, höchstens die Unbequemlichkeit, in Zukunft mit zwei Kolonnen den Akkord abzuschließen zu müssen. Am wichtigsten war der auf Antrag der Christlichen geföhnte Beschluß, daß das Steintragen in Zukunft auf den neu zu beginnenden Bauten nicht mehr nach der bisherigen Methode gesöhnen soll. Jetzt wird in Hannover das Steintragen so ausgeführt, daß eine Tracht auf der Schulter ohne irgendwelche Vorrichtung getragen wird, nunmehr sollen die Steine mit dem Brett getragen werden. Das ist ein Beschluß, der lediglich im Interesse der Gesundheit der Bauarbeiter geföhrt worden ist. Man sollte nun meinen, daß den Arbeitgebern auch etwas an der Gesundheit der Arbeiter gelegen wäre! Gibt es doch kein höheres Streben, als die Gesundheit seiner Mitmenschen zu fördern! Aber nein! Die Unternehmer verlangen, daß die alte von den Arbeitern als menschenmordend empfundene Arbeitsmethode beibehalten wird! Sie erklären die Förderung der Gesundheit, welche die Bauarbeiter anstreben, für einen Vertragsbruch! Weitere Schritte wollten sie sich vorbehalten.

Am Sonntag beschäftigten sich die Bauarbeiter mit der Antwort der Scharfmacher, und während die Christlichen von ihrer eigenen Forderung Abstand nahmen, also ihre Gesundheit dem Willen der Arbeitgeber unterordneten, beschloßen die Freiorganisierten in ihrer am Montag fortgesetzten Versammlung an der Forderung der Arbeitsweise festzuhalten. Den Christlichen muß wohl über Nacht das Innerste ihres Beschlusses zur Erkenntnis gekommen sein, denn in der Versammlung der Freiorganisierten wurde bekannt gegeben, daß die Christlichen sich deren Beschlüssen fügen wollten. Es ist sehr bezeichnend für die Auffassung der bürgerlichen Presse Hannovers, daß sie in ihren Berichten hinter dieser Bekanntgabe ein Fragezeichen macht.

Nunmehr haben auch die Arbeitgeber am Dienstag über ihre weiteren Schritte beraten und folgende geradezu ungläublichen Beschlüsse geföhrt:

- Diejenigen Steinträger, welche sich weigern, die Beförderung der Hintermauersteine in der bisher üblichen Weise, d. h. in Trachten, nicht auf dem Brett vorzunehmen, sind zu entlassen und werden bis auf weiteres von der Beschäftigung bei den Mitgliedern der Arbeitgeberverbände ausgeschlossen;
- die übrigen bei den Verbandsmitgliedern beschäftigten Bauarbeiter sind zum Tragen der Steine in Trachten aufzufordern und im Weigerungsfalle ebenfalls zu entlassen;
- die arbeitswilligen Akkordarbeiter sind bis zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis zu belassen. Sie sind aufzufordern, bis Donnerstag früh die Arbeiten vertragsmäßig mit den bisherigen Arbeitskräften aufzunehmen, anderenfalls das Arbeitsverhältnis als gelöst anzusehen; d) ist durch Einstellen von Hilfskräften oder mechanischer Betriebsmittel die Fortführung der Bauten nicht möglich, so ist dadurch die Stilllegung aller Betriebe unvermeidlich. Sind bis Donnerstag, den 17. d. M., mittags, bindende Erklärungen über die Fortführung des Steintragens in der bisherigen Weise nicht abgegeben, so ergibt am folgenden Tage die Stilllegung der Bauten.

Demnach steht in Hannover ein Kampf bevor aus Gründen, denen bisher Kämpfe in Deutschland noch nie oder doch nur ganz selten entpunden sind. Den Bauarbeitern Hannovers muß die Sympathie aller rechtlich Denkenden sicher sein in einem Kampfe, wie der von den Unternehmern angebrocht. Noch ist zu erwarten, daß die Unternehmer von ihrem frivolen Beginnen Abstand nehmen, denn bei einsetzender Ueberlegung müßten sie sich selbst sagen, daß es nichts Verwerflicheres geben kann, als jemanden zu zwingen, seine Gesundheit zu ruinieren. Wenn wenigstens die Unternehmer den Versuch gemacht hätten, zu beweisen, daß die gegenwärtige Arbeitsmethode nicht gesundheitschädlich sei, dann hätten sie sich noch einen Schein von Recht für ihr Vorgehen sichern können. Aber was gilt dem modernen Herrermenschenum Gesundheits der Arbeiter? Humanität sind ihm wellfremde Begriffe. Das hat die „Deutsche Arbeiterzeitung“ den Scharfmachern so geseht, und was in diesem Blatte an Theorie der Brutalität erörtert wird, versuchen jetzt Hannovers Baugewaltige in die Praxis umzusetzen. Am Freitag wird sich zeigen, ob man den Mut hat, den Arbeitern gesundheitsliche Arbeitsmethoden zu verteidigen.

Achtung, Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung sämtlicher Verbandsmitglieder in der Köpfechen Dampfmaschine ist Zug von

Mühlenarbeiten nach Aleters in Holslein fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

#### Ausland.

##### Der Streik im Hafen von Rotterdam

hat sich in der verflochtenen Woche noch weiter ausgedehnt. Zu den streikenden Getreideverladern sind gegen 1000 Hafnarbeiter hinzugekommen, die bisher mit dem Verladen anderer Waren beschäftigt waren. Die Unternehmer hatten verlangt, daß diese „festen“ Arbeiter auch auf Getreideschiffen, also als Streikbrecher, oder mit Streikbrechern zusammen arbeiten sollten. Das haben sie einstimmig abgelehnt, obwohl jeder von ihnen bei den Unternehmern eine Garantiesumme von 50 Gulden hinterlegt hat, die laut Arbeitsvertrag durch die Verweigerung der Arbeit verfällt. Daß die Unternehmer jene Zumutung an Arbeiter stellten, die sie notwendig auf Kohlen, Erz, Stückgüter, und anderen Schiffen brauchen, hat wohl hauptsächlich seinen Grund darin, daß man von der Streikbrecherarbeit auf den Getreideschiffen verdammt wenig Nutzen hat. Selbst Blätter, die rücksichtslos die Interessen der Unternehmer vertreten, müssen dies zugeben. So schreibt der „Nieuwe Rotterdamse Courant“, daß man mit der Haltung der deutschen Arbeiter — es sind leider gerade in Deutschland angeworbene Arbeiter, die in Rotterdam als Streikbrecher die Hauptrolle spielen — weniger zufrieden“ sei, und daß sie mit ihrer Arbeit weit hinter der Leistung der Holländer zurückblieben. Dasselbe Blatt weiß denn auch zu melden, daß in der nächsten Woche die Deutschen wahrscheinlich durch inländische Arbeiter ersetzt werden sollen. Ob man die Ersatzstreikbrecher schon bei der Hand hat, scheint allerdings noch sehr fraglich.

Ein Schub von 30 „Arbeitern“ ist bereits am Mittwoch nach der deutschen Heimat abgereist. Viele von ihnen haben jedoch unterwegs auf holländischen Stationen den Zug verlassen. Vielleicht hatten sie bei den Prügeleien, womit sich die Streikbrecher die Zeit zu verkürzen pflegen, zu viel Hebe gekriegt. Uebrigens haben die abgeschobenen „nützlichen Elemente“ auch sonst noch allerlei Unfug verübt. „Der Volk“ berichtet darüber u. a.:

„Als der Zug nach Arnhem kam, fanden 35 Polizeibeamte auf dem Perron. In den Coups, worin die Herren Streikbrecher gefessen hatten, waren fast alle Fenster Scheiben zertrümmert. Als der Zug abfuhr, zog einer der „Arbeiter“ einen Revolver, viellecht um auf einen der Polizeibeamten zu schießen; geföhnen wurde jedoch nicht.“

Es ist leicht begreiflich, daß die holländische Polizei, die ja eigentlich zum „Schutz“ der Arbeitswilligen bestellt ist, dann und wann gegen diese selbst vorgehen muß, trotz aller Milde, die man sonst ihnen gegenüber walten läßt. Da darf man sich dann nicht wundern, wenn ein solcher Mensch sein unvermeidliches Schießergerät auch einmal gegen einen Polizeibeamten richtet, falls die streikenden Arbeiter nun durchaus keine Lust zeigen, sich niederzulassen zu lassen.

#### Gerichts-Zeitung.

##### Im Grabe freigesprochen.

Ein Wiederaufnahmeverfahren, das zur Freisprechung eines schon vor einer Reihe von Jahren wegen Brandstiftung Verurteilten führte, der schon nach Verbüßung eines Teils seiner ihm damals auferlegten Gefängnisstrafe farb, beschäftigte am 9. d. Mts. die Strafkammer des Ulmer Landgerichts. Das Schwurgericht Ulm verurteilte im Jahre 1866 den Badergesellen Paul von Zullingen wegen Brandstiftung zu der Gefängnisstrafe von zwei Jahren. Der Verurteilte beteuerte stets seine Unschuld; im Gefängnis erkrankte er, worauf er mit Rücksicht auf die Schwere der Erkrankung nach Verbüßung eines Jahres begnadigt wurde. Wenige Wochen nach seiner Begnadigung farb er am 21. Mai 1896, noch auf dem Totenbett seine Unschuld betuernd. Nun hat im Januar d. J. das evangelische Stadtpfarramt Kirchheim u. T. von einem protestantischen Stadtvater in Aßaffenburg ein Schreiben erhalten, worin ausgeführt war: Ein erkranktes Gemeindeglied, das seinen Namen zu verheimlichen wünsche, habe ihm erzählt, Paul sei unschuldig verurteilt worden, der wahre Täter leide schon lange an gewissenhaften Qualen, habe aber nicht den Mut gefunden, öffentlich die Tat einzugestehen. Das erwähnte kranke Gemeindeglied sei von dem Wunsche befezt, zur Ehrenrettung des Paul beizutragen, und würde sich im Herzen erleichtert fühlen, wenn es am Ort der Tat bekannt würde, daß der Verurteilte unschuldig gewesen sei.“ — Daraufhin richteten die Angehörigen des Verstorbenen, dessen hochbetagte, unter der Verurteilung des Sohnes schwer leidende Mutter noch lebt, den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ein. Die Strafkammer des Landgerichts Ulm beschloß nun im April dieses Jahres trotz der vorliegenden Mitteilung des Aßaffenburgers Geistlichen die Wiederaufnahme abzulehnen. Auf sofortige Beschwerde wurde der Beschluß der Ulmer Strafkammer vom Oberlandesgericht aufgehoben und eine umfassende Zeugenerhebung angeordnet und schließlich am 9. Oktober dieses Jahres die Freisprechung des im Jahre 1895 verurteilten und am 21. Mai 1896 gestorbenen Eugen Paul beschlossen. Dieser Beschluß spricht auf Grund einer sorgfältigen Nachprüfung aus, daß das verurteilende Erkenntnis des Schwurgerichts Ulm nicht aufrecht erhalten werden könne und schon auf Grund der früheren Beweismittel anscheinbar gewesen sei. Das Gericht spricht nunmehr aus, daß ein begründeter Verdacht gegen den Verurteilten nicht mehr vorliegt, und daß die Staatskasse zur Entschädigung der Personen, denen gegenüber der Verurteilte kraft Gesetzes unterhaltspflichtig gewesen ist, verpflichtet sei. Die 76 Jahre alte Mutter, die Badermeisterwitwe Paul in Zullingen, hat während der ganzen Zeit es als ihren höchsten Wunsch betrachtet, daß die Unschuld ihres Sohnes noch an den Tag kommen möge. — Solche Fälle weisen dringend auf die Notwendigkeit einer Justizreform mit Erweiterung der Rechte des Angeklagten hin. Die Wladimir strebt im Gegenjah dazu eine Beschränkung der minimalen heute vorhandenen Rechtsgarantien an.

##### Das Drama in der Laubenkolonie.

welches sich am 2. Februar dieses Jahres in der Laubenkolonie „Hermanns Gain“ abgespielt hat, bildete die Grundlage einer auf Vorh lautenden Anklage, die gestern den 30 Jahre alten Privatwänter Paul Waldek vor das Schwurgericht des Landgerichts III führt. Der Angeklagte wird beschuldigt, seine Frau, das 25 Jahre alte Dienstmädchen Elisabeth Michaelis, die im Sichenhause in der Schönhauser Allee 26 beschäftigt war, ermordet zu haben, indem er ihr die Pulsadern der rechten Hand durchschnitt. Der Angeklagte bestritt diese Tat und behauptet, daß die Michaelis Selbstmord begangen habe. Außer der Wadertat wird dem Angeklagten, der Wänter bei der Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer war, noch zur Last gelegt, 51 M., die er einliefert hatte, unterschlagen zu haben.

Die Laubenkolonie „Hermanns Gain“ liegt zwischen der Prenzlauer Allee und der Greifswalderstraße. Der Tatort liegt dicht bei der provisorischen Feldbahn und einer im Bau begriffenen Straße. Die Bluttat ereignete sich abends zwischen 7 und 8 Uhr in der tiefen Schneesbedeckten Laube. Die Leiche der Michaelis wurde mit drei tiefen Schnittwunden etwa 150 Meter entfernt aufgefunden; der Weg bis zur Fundstelle zeigte Blutspuren.

Unter dem Verdacht des Mordes wurde noch an demselben Abend der Angeklagte in seiner Wohnung verhaftet. Auch er hatte — allerdings nicht tiefe — Schnittwunden an der linken Hand. Er behauptete, daß es sich um einen mit der Michaelis verabredeten Doppelselbstmord handele, der aber nur bei der Michaelis den beabsichtigten Erfolg gehabt habe. Er selbst habe durch Ungeschicklichkeit nur die geringfügigen Verletzungen davongetragen.

Ueber den Ausgang der Verhandlungen, die voraussichtlich mehrere Tage umspannen werden — es sind gegen 60 Personen als Zeugen oder Sachverständige geladen —, werden wir berichten.











### Zur Kommunalwahlbewegung.

Aus den Kommunalwahlbezirken dritter Abteilung.

In der Liste der Kommunalwähler für 1907 steht die dritte Abteilung mit 346 157 Wählern (ohne die nachträglich aufgenommenen). Hierbon entfallen auf die 16 Wahlbezirke dritter Abteilung, die an den diesjährigen Kommunalwahlen teilnehmen, 114 808 Wähler. Vor sechs Jahren hatten dieselben 16 Bezirke zu wählen, damals betrug aber ihre Wählerzahl erst 104 789. Der Zuwachs seit 1901, volle 10 000 Wähler, verteilt sich sehr ungleich auf die einzelnen Bezirke. Die meisten dieser 16 Bezirke haben überhaupt keine Zunahme der Wählerzahl gehabt, sondern eine Abnahme. Das gilt nicht nur für Bezirke der Innenstadt, sondern auch für viele derjenigen Bezirke, die schon recht weit draußen liegen. Dafür haben dann ein paar Bezirke eine desto bedeutendere Erhöhung der Wählerzahl gehabt, Bezirke einiger Außenviertel, in denen seit der Wahl von 1901 eine große Zahl von Neubauten entstanden ist und die Bevölkerung sich stark vermehrt hat.

Die Verminderung der Wählerzahl von 1901 zu 1907 war am beträchtlichsten im Wahlbezirk 29. Dieser Bezirk besteht hauptsächlich aus dem östlichen Teil des Spandauer Viertels, der auch das „Scheunenviertel“ einschließt. Die Wählerzahl ging im Bezirk 29 von 5874 herunter auf 4658. Kennenwerte Verminderungen zeigen sich ferner in folgenden Bezirken: von 4417 auf 4207 in Bezirk 4 (Potsdamer Viertel, Tiergartenrand), von 5003 auf 4570 in Bezirk 11 (Teil der äußeren Luisenstadt), von 6573 auf 6109 in Bezirk 12 (Teil der äußeren Luisenstadt), von 5548 auf 5141 in Bezirk 22 (Gegend der Großen Frankfurterstraße), von 5732 auf 5094 in Bezirk 23 (Gegend des Ost- und des Schlesienschen Bahnhofs), von 6515 auf 6030 in Bezirk 32 (Teil der Rosenthaler Vorstadt), von 6384 auf 6196 in Bezirk 45 (Teil von Moabit). Geringfügig sind die folgenden Verminderungen: von 7896 auf 7778 in Bezirk 36 (nördliche und südliche Umgebung des Bahnhofs „Gesundbrunnen“), von 5499 auf 5483 in Bezirk 41 (Umgebung des Draniensburger Tores, der Charité usw.). Geringe Zunahmen sind: von 7249 auf 7325 in Bezirk 9 (Teil der Tempelhofer Vorstadt), von 7740 auf 7795 in Bezirk 10 (Teil der Tempelhofer Vorstadt). Bedeutend ist die Zunahme in folgenden Bezirken: von 8469 auf 10 004 in Bezirk 34 (Teil der Schönhauser Vorstadt), von 8042 auf 10 678 in Bezirk 44 (Teil von Moabit), von 6189 auf 8514 in Bezirk 48 (Teil vom Gesundbrunnen). Die gewaltigste Zunahme der Wählerzahl findet sich im Bezirk 35, zu dem der neubebaute Teil der Schönhauser Vorstadt zwischen Schönhauser Allee und Schwedterstraße nördlich und südlich der Ringbahn gehört. Dort ist die Wählerzahl von 7419 auf 15 226 gestiegen.

Von den 16 Bezirken sind drei, die Bezirke 4, 29, 41, noch im Besitze des Freisinnigen; in diesen drei Bezirken hat die Wählerzahl überall abgenommen. Die anderen dreizehn Bezirke sind bereits im Besitze der Sozialdemokratie; dazu gehören vor allem auch die Bezirke, denen die bauliche Entwicklung in diesen sechs Jahren eine starke Zunahme der Wählerzahl gebracht hat. Dem Freisinn ist es gerade recht, daß aus den Bezirken, die ihm noch als seine Schlafplätze geblieben sind, die Arbeiterbevölkerung immer mehr wegzieht.

Achtung! 29. und 41. Kommunalwahlbezirk. Auf die heutige Versammlung in den Borussia-Sälen, Adlerstr. 6/7 (nahe Klaffenstraße), in welcher Genosse Karl Viehnecht referiert, machen wir besonders aufmerksam und eruchen die in Frage kommenden Bezirksmitglieder des 1., 5. und 6. Kreises, zur Stelle zu sein. Das Wahlkomitee.

6. Kreis, 36. und 48. Kommunalwahlbezirk. Heute, freitagabend, findet bei Ballschmied, Badstr. 16, eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Genosse Stadthagen über die Aufgaben der Kommune sprechen wird. Siehe heutiges Interat. In der gestrigen Ausgabe ist irrtümlicherweise das Versammlungslokal falsch angegeben. Der Vorstand.

### Partei-Angelegenheiten.

Waldorf. Achtung! Um unliebsame Störungen während der Theateraufführung, die am 20. Oktober, präzis 9 1/2 Uhr, in Gröplers Bürgerhallen stattfindet, zu vermeiden, werden die Mitglieder ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. — Einer Wiederholung der Vorstellung wird stattgegeben, wenn die Mitglieder sich recht zahlreich bis frühestens Mittwoch, den 23. Oktober in ihren Jahrestellen anmelden respektive einschreiben lassen. — Alles Nähere wird durch Anzeige bekanntgegeben. Der Vorstand.

Waldorf a. d. Ostbahn. Am Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Schliefe, Hönowerstraße 6, eine Versammlung des Wahlvereins statt. Der Genosse Freiwaldt-Bankow spricht über das Thema: „Kapital und Arbeit.“ Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand. — Am Sonntag, den 20. Oktober, pünktlich 8 Uhr findet für die Orte Waldorf und Kaulsdorf eine Flugblattverteilung statt für die Genossen von Kaulsdorf bei Rees, Frankfurter Chaussee; für Waldorf-Süd von Heidendorf; für Waldorf von Schliefe, Hönowerstraße 6. Zahlreiche Beteiligung der Parteigenossen ist notwendig.

Zechlin. Sonnabend, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Abrechnung vom 3. Quartal. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. Mitteilung des Vorstandes und Verschiedenes.

Kreuzhagen und Umgegend. Sonntag, den 20. ds. Mts., nachmittags 4 Uhr findet bei Wänsche die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vierteljahresbericht der Funktionäre, Berichterstattung vom Parteitag und Verschiedenes. Es wird erwartet, daß die Genossen vollständig erscheinen.

Königs-Wusterhausen, Wildau und Niederlehme. Den Parteigenossen obiger Orte zur Kenntnis, daß die Flugblattverteilung zur „Vorwärts“-Agitation am Sonntag, den 20. Oktober, morgens pünktlich 7 1/2 Uhr, von folgenden Lokalen stattfindet: Königs-Wusterhausen bei Witwe Lange, Wildau-Höherlehme bei Schumann, Niederlehme im früheren Bergerschen Lokale. Parteigenossen! Es ist Ehrenpflicht eines jeden, wenn es gilt, Aufklärungsarbeit bei den Tausenden der Landproletarier zu leisten, sich bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand.

Kranzsch-Buchholz. Die Verbreitung der Agitationsausgabe zum Abonnement auf den „Vorwärts“ wird zum Eintritt in den Wahlverein findet am Sonntag, den 20. ds. Mts., vormittags 1/10 Uhr von Kühne aus statt. Die Einholung erfolgt am Sonntag

darauf. Parteigenossen! Es ist dringend notwendig, daß sich ein jeder an dieser Parteiarbeit beteiligt. — Gleichzeitig diene den „Vorwärts“-Abonnenten zur Kenntnis, daß alle Wünsche und Beschwerden über unpünktliche Zustellung usw. beim Genossen Wiesberg, Bahnhofsstraße 22 anzubringen sind. Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

#### Soziale Fürsorge im Rathaus!

Die Stadtverordneten-Versammlung hat gestern den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für soziale Angelegenheiten fordert, zunächst mal einem Ausschuss überwiesen, der ihn vorbereiten soll. Das war zu erwarten und verstand sich von selber. Aber nicht zu erwarten war, daß die freisinnige Mehrheit diese Anregung unserer Genossen von vornherein mit so süßsaurer Miene aufnehmen würde, wie sie es gestern getan hat. Wir hatten gedacht, daß mindestens die Klugheit denen um Cassel, um Rosenow usw. gebieten würde, einstweilen ein klein wenig mehr Entgegenkommen vorzutauschen. In dem Ausschuss, der die Sache zu prüfen hat, stellen sich ja dann leicht die bekannten „Schwierigkeiten“ ein, die es ermöglichen, auf gute Manier mit bedauerndem Achselzucken alles abzulehnen. Oft genug hat die freisinnige Mehrheit unserer Stadtverordneten-Versammlung diese Taktik besolgt, wenn von sozialdemokratischer Seite Anregungen kamen, die wertvoll waren, aber un bequem werden konnten. Diesmal jedoch ließen die Wortführer des Stadtfreisinnes sogleich in der ersten Beratung durchblicken, daß es wohl „nicht gehen“ wird.

Genosse Krons begründete den Antrag in so streng sachlicher Form, daß er vor allem dem „praktischen Mitarbeiter“ Stadtrat Fischel das Konzept verdorben haben dürfte. Herr Fischel sah da, lauernd auf den Augenblick, wo er die ihm etwa zugeachteten Hiebe zu parieren hätte. Aber unser Redner würdigte diesen Mann keines Wortes. Krons wies hin auf das nachahmenswerte Beispiel der vielen anderen Städte, die der Reichshauptstadt in der Schaffung sozialer Ausschüsse bereits vorangegangen sind. Und er umschrieb den Kreis der Aufgaben, die einem solchen Ausschuss gestellt werden müssen: das sind vor allem die Prüfung der Wohnungsstände, die Anbahnung einer gerechten Arbeiterpolitik, die Aufstellung des Arbeitslosenproblems, die Fürsorge für das heranwachsende Geschlecht, die Schaffung von Rechtsauskunftsstellen. Was hätten die Wortführer des Freisinnes gegen diese Forderungen einwenden dürfen? Herr Rosenow habe prophezeit, um alles das kümmerle man sich bereits in den bestehenden Verwaltungsdeputationen. Man wolle aber die gegebene Anregung nicht von vornherein zurückweisen, sondern sie in einem Ausschuss „erst prüfen“ und dann darüber entscheiden. Unsere Genossen begleiteten diese Versprechungen mit dem Zwischenruf: „Nach den Wahlen!“ Herr Rommsen äußerte mit schöner Offenheit die Meinung, daß „die ganze Sache ziemlich negativ ausfallen“ werde. Das ist wohl auch sein Wunsch. Als Herr Breuh, der „Sozial-Fortschrittler“, erklärte, von dem geforderten sozialen Ausschuss verspreche er sich nicht viel, weil wahrscheinlich doch nur eine soziale Beerdigungskommission daraus werde, lachten seine freisinnigen Kollegen veranlagt zu ihm hinüber. Schließlich deklamierte noch Herr Cassel, die Stadtverordnetenversammlung habe stets „die sozialpolitischen Gesichtspunkte mit dem größten Eifer erwogen“, und es sei niemals die Genossenschaft der Mehrheit gewesen, solche Anträge in Ausschüssen zu beerdigen. Gegen den sozialen Ausschuss aber habe er das Bedenken, daß dabei die Mitwirkung des Magistrats ausgeschlossen sei. Genosse Krons äußerte in seinem Schlusswort die Hoffnung, daß der Ausschuss sich später zu einer regelrechten Verwaltungsdeputation auswachsen werde, die auch dem Magistrat eine Mitwirkung gestatte. Er gestand aber, auch er müsse fürchten, daß bei einigermaßen schlechtem Willen des Stadtfreisinnes ein Ausschuss nicht für, sondern gegen Sozialpolitik zustande kommen werde.

#### Berliner Omnibusgesellschaft und Stadt Berlin.

Wie wir am Mittwoch bereits ausführlicher mitteilten, verlangt die Allg. Berliner Omnibusgesellschaft von der städt. Verkehrsdeputation die Genehmigung zur Erhöhung des Tarifes für die Fünfpennig-Strecken auf 7 1/2 Pf. bezw. auf 8 Pf. für das einzelne Billett und erklärt, falls ihr diese Erhöhung nicht bewilligt werde, müsse sie eine Generalversammlung der Aktionäre einberufen, damit diese eventuell die Auflösung des Unternehmens beschließen. Um nun für diese ihre Stellungnahme im Publikum Stimmung zu machen und den ablehnenden Beschluß der Verkehrsdeputation zu diskreditieren, verfenet die Gesellschaft die folgenden Auslassungen an die Presse:

„Bis zum Jahre 1897 gab es bei der Gesellschaft überhaupt keine Tarifstrecken unter zehn Pfennig, die Einführung erfolgte vom Jahre 1898 ab freiwillig, nicht auf Veranlassung der Behörden. Die durchschnittlichen Selbstkosten pro Person, die im Jahre 1904 noch 5,4 Pfennig betragen, stellten sich im letzten Geschäftsjahre schon auf 5,8 Pfennig und werden im Jahre 1907 voraussichtlich 6,5 Pfennig betragen. Die Ueberschüsse aus dem Pferdebetriebe haben darauf beruht, daß im Durchschnitt die 10 Pfennig-Fahrgäste für die 5 Pfennig-Fahrgäste mitbezahlt haben. Während die Zahl der pro Kilometer beförderten Personen annähernd dieselbe geblieben ist, hat sich das Verhältnis der 10 Pfennig-Fahrgäste zu den 5 Pfennig-Fahrgästen immer mehr verschlechtert. Nachdem dieses Verhältnis auf etwa 1:5 heruntergegangen ist, mußte sich der 5 Pfennigtarif als unhaltbar erweisen. Andererseits sind die Ausgaben der Gesellschaft durch höhere Löhne, durch Leistungen für soziale Zwecke (Pensionskasse), durch Steigerung der Preise fast sämtlicher Materialien sowie namentlich des Pferdefutters fortgesetzt gestiegen, ohne daß die Gewähr besteht, daß diese steigende Tendenz in absehbarer Zeit zum Stillstand gelangt. Alle diese Momente sind mit ziffernmäßigen Unterlagen in vertraulicher Form den Behörden unterbreitet worden mit dem Antrage, den Tarifstreckentarif auf 7 1/2 Pfennig festzusetzen dergestalt, daß zwei Billets für zusammen 15 Pf. zur Ausgabe gelangen. Während das königliche Polizeipräsidium in Anerkennung dieser Sachverhalte dem Antrage der Gesellschaft zustimmte, hat dieser bedauerlicherweise nicht die Genehmigung der Mehrheit der städtischen Verkehrsdeputation erhalten. Diese erkennt die Unhaltbarkeit des 5 Pfennig-Tarifes an, will aber eine Erhöhung nur auf 6 Pfennig genehmigen. Es bedeutet dies das Anstossen an die Gesellschaft, den bei weitem größten Teil ihrer Fahrgäste noch länger unterhalb der Selbstkosten zu befördern. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß keine Verkehrsdeputation in der Lage ist, dies zu tun und ihre Verkehrsmittel dem Publikum zu dem Zwecke zur Verfügung zu stellen,

damit die geringen Ueberschüsse aus der Beförderung von vielleicht 1/2 der Personen aufgezehrt werden durch Zubußen, die die Beförderung von vielleicht 1/2 unterhalb der Selbstkosten erfordern.“

Dieser Darlegung gegenüber sei bemerkt, daß in ihr verschiedene Momente fehlen, die auf die Entschärfung der Majorität der Deputation von Einfluß gewesen sind. Die Vertreter der Gesellschaft führten in den stattgehabten Unterhandlungen aus, daß eine jede Tarifierhöhung einen erheblichen Rückgang in der Frequenz zur Folge haben würde. Gefragt, auf welche Ziffer etwa sie diesen Rückgang schätzten, wurde die Antwort erteilt, daß man im Durchschnitt mit einem Rückgang um ca. 25 Proz. rechne und gerade auch aus diesem Grund auf der großen Tarifierhöhung bestehen bleiben müsse. Eine derartige Herabminderung der Frequenz wurde nun von vielen Mitgliedern der Deputation für ganz ausgeschlossen erachtet. Man war der Ansicht, daß die Frequenz um so mehr sinken würde, je größer die Tarifierhöhung ist, daß dagegen bei einer mäßigen Erhöhung der anfängliche Rückgang bald durch das natürliche Wachstum des Verkehrs ausgeglichen sein würde. Je mehr die Erhöhung sich der Grenze von 10 Pf. näherte, um so erheblicher würde der Rückgang für die Omnibusgesellschaft sein, weil dann ein Teil der bisherigen Fahrgäste zu Fuß gehen, ein anderer wahrscheinlich großer Teil sich der Straßenbahn, mit der man bequemer, schneller und weiter fahren könne, zuwenden würde. Ein Preis von 8 Pf. komme nun dieser Grenze außerordentlich nahe, weil viele Personen sich scheuen würden, sich die restlichen 2 Pf. vom Schaffner herausgeben zu lassen. So sei bei einem Preis von 8 Pf. für das Einzelbillett und 15 Pf. für zwei Billets ein erheblicher Rückgang der Frequenz zu erwarten, während man bei 6 Pf., welche Erhöhung die Deputation konzessionieren will, in Bälde mindestens mit der bisherigen Ziffer der Fahrgäste würde rechnen können.

Im Laufe der Verhandlungen wurde ferner von den Vertretern der Gesellschaft zwar zugegeben, daß die Umstände, die in 1907 zur neuerlichen Erhöhung der Selbstkosten für die 5 Pfennig-Fahrgäste geführt hätten, ganz ungewöhnlicher Natur seien, aber die Gesellschaft müsse jetzt auf eine solche Basis gestellt werden, die es ihr ermöglicht, auch allen kommenden Eventualitäten bezüglich der Erhöhung ihrer Unkosten gewachsen zu sein. Ist solches Verlangen vom Standpunkt der Vertreter der Gesellschaft auch begründlich, so liegen die Dinge für die Verkehrsdeputation doch ganz anders. Die Majorität der Deputation glaubte mit Zug und Recht gerade in Rücksicht auf die Schichten der Bevölkerung, welche vorzugsweise die 5 Pfennig-Omnibusse benutzen, mit der Tarifierhöhung nicht weiter gehen zu dürfen, als durch klar erkennbare Verhältnisse geboten ist. Die zugestandene Tarifierhöhung von 5 auf 6 Pfennig, das heißt um 20 Proz., sichert nun den Aktionären der Gesellschaft bei gleichbleibender Frequenz, mit der man sicher glaubt rechnen zu können, eine Mehreinnahme von einer Million Mark, d. h. bei dem jetzigen Aktienkapital eine Dividende von 8 Prozent und die Deputation war daher der Auffassung, daß die Gesellschaft bei dieser Sachlage die Verpflichtung habe, mindestens den ehrlichen Versuch mit dem 6 Pfennig-Tarif zu machen.

Eine andere zwischen Stadt und Omnibusgesellschaft schwebende Angelegenheit bezieht sich auf die Benutzung der Schloßbrücke durch die Kraftomnibusse der Gesellschaft. Es hat sich herausgestellt, daß die schweren Kraftwagen der Gesellschaft die Schloßbrücke in einer Weise belasten, daß die Bauaufsicht die Verantwortung für die Folgen ablehnen. Diese Brücke ist eine alte Klappbrücke, die für derartige Zwecke nicht erbaut worden ist, und es würde sich bei dauernder Weiterbenutzung eine Verstärkung der Brückenkonstruktion nötig machen. Die Kosten würden sich auf rund 30 000 M. belaufen. Der Magistrat steht auf dem Standpunkte, daß in diesem Falle die Gesellschaft die Verpflichtung habe, einen Teil der Kosten zu tragen, da nur ihrer schweren Wagen wegen der Bau notwendig werde. Die Gesellschaft hat aber jeden Zuschuß abgelehnt; sie ist der Meinung, daß die Stadt verpflichtet sei, Straßen und Brücken in einem den modernen Verkehrsmitteln entsprechenden Zustande zu halten. Das letztere ist richtig. Wenn aber, wie im vorliegenden Falle, eine Anlage mit erheblichen Kosten einer Aenderung unterzogen werden muß, weil die Betriebsmittel einer Erwerbsgesellschaft dies nötig machen, so ist das Verlangen der Stadt auf Zuschußleistung durch die Gesellschaft vollkommen berechtigt. Als feinerzeit die Schloßbrücke an den Stellen, wo die Straßenbahnlinien liegen, für die großen Straßenbahnwagen verstärkt werden müßte, war es nicht mehr wie recht und billig, daß die Erneuerung geschah auf Kosten der Straßenbahn. Dazu kommt, daß die Omnibusgesellschaft die Straßen Berlins demüht, ohne der Stadt eine Abgabe zu zahlen, wie dies durch die „Große Berliner“ vertraglich zu geschehen hat. Die Stadt Berlin hat keinerlei Interesse daran, erhebliche außergewöhnliche Aufwendungen zugunsten einer privaten Erwerbsgesellschaft zu machen, damit diese in die Lage kommt, ihren Aktionären hohe Dividende zu zahlen.

Die Einstellung des Betriebes der Automobillinie 19, die ihren Weg über die Schloßbrücke nehmen mußte, wird nun doch erfolgen. Der Polizeipräsident hat sich, wie aus einem Schreiben an die Omnibusgesellschaft hervorgeht, davon überzeugen müssen, daß die von der Stadt Berlin gegen die Tragfähigkeit der Schloßbrücke bezüglich des Kraftomnibusbetriebes zum Ausdruck gebrachten Bedenken zutreffend sind. Der Polizeipräsident stellt der Gesellschaft anheim, die Linie zukünftig mit Pferden zu betreiben.

#### Städtische Hoch- und Tiefbauten.

In der Hochbaudeputation wurden die Kostenanschläge und Baupläne für den Neubau eines Torgebäudes mit Wartehalle und monumentalem Portal für den städtischen Zentralfriedhof in Friedrichsfelde seitens des Bauates Hoffmann vorgelegt; die Kosten wurden mit 50 000 Mark einstimmig bewilligt. Die Kosten für den Bau einer Gemeindepflichtschule an der Schönigstraße sind mit 874 000 Mark veranschlagt worden. Der Neubau einer Hoch- und Fortbildungsschule in der Linienstraße soll 423 000 Mark kosten. Genehmigt wurden noch folgende Entwürfe: Die Einrichtung von Einzelschlafräumen auf dem Grundstück des Erziehungsheimes zu Lichtenberg, Aenderung der Heizanlage und Vergrößerung der Warmwasserbereitungsanlage in der Logarrettstraße, Veränderungen in der Irrenanstalt Dalldorf, im Waisenhaus zu Rummelsburg usw.

In der Tiefbaudeputation wurde beschlossen, an Stelle der alten hölzernen Hansfabrik im Zuge der Altonaerstraße eine monumentale massive Brücke, deren Kosten mit 670 000 Mark veranschlagt worden sind, zu erbauen. Die vom Stadtbaurat Krauß vorgelegten Baupläne wurden genehmigt. Ferner beschäftigte sich die Deputation mit dem Entwurf für die Umgestaltung der Bellealliancestraße. Statt des einen Fahrdammes sollen zwei Fahrdämme angelegt werden, der eine neue bereits im nächsten Jahre. Die beiden Bürgersteige werden etwas vergrößert. Dafür werden die noch bestehenden Vorgärten beseitigt, auch die jetzige Promenade und der alte Reitweg werden verändert, womit ein alter Wunsch der dortigen Bevölkerung erfüllt wird. Statt dieser alten seitlichen Promenade wird dann in der Mitte, wie „Unter



den Linden", eine Mittelpromenade mit einem Reitwege angelegt. Dieser Entwurf fand den Beifall der Deputation, besonders weil dann die geplante Untergrundbahn Nord-Süd direkt unter diese Mittelpromenade gelegt werden kann. Die Kosten dieser Straßenregulierung sind mit insgesamt 330 000 Mark veranschlagt, davon wurden 116 000 Mark in den nächsten Etatsentwurf eingestellt. Die Neugestaltung war notwendig, schon mit Rücksicht auf das seit 1888 liegende Pflaster.

erner beschäftigte sich die Deputation mit dem Antrag der Firma Rudolf Herzog, die Brüderstraße an der Scharnstraße um 4 Meter zu verbreitern, damit die Firma dort einen höheren Neubau errichten kann. Sie beantragte die Festsetzung neuer Baufluchtlinien, welcher Antrag indes von der Tiefbaudeputation abgelehnt wurde. Seinerzeit ist nämlich beim Bau der Petrifirstraße das Portal und die seitlichen Aufbauten auf die jetzige Achse der Brüderstraße gerichtet worden. Bei einer einseitigen Verbreiterung der Brüderstraße würde aber die Achse verschoben und das jetzige architektonische Bild total verändert werden. Da Verkehlsrückichten nicht in Frage kommen, wurde der Antrag der Firma abgelehnt.

**Eine Prachtblüte des Städtischen Systems.** Die Trichinenschauer, die auf dem Schlachthof der Stadt Berlin beschäftigt werden, petitionieren seit Jahren immer von neuem und bisher noch immer dergleichen um Gewährung festen Gehalts. Sie müssen sich immer noch gefallen lassen, daß man ihnen ihre Arbeit mit einem Städtelohn bezahlt. Dieses System hat, wie überall, so auch auf dem Schlachthofe die bekannten Mängel: unter anderen den, daß es den Städtelohnempfänger in Ungewißheit darüber läßt, auf welches Einkommen er rechnen kann und wie er seine Lebenshaltung einrichten darf. Auf dem Schlachthof kommt dazu noch der besondere Uebelstand, daß dort vor der Verteilung des verdienten Lohnes eine höchst komplizierte Berechnung vorgenommen werden muß, durch die die Auszahlung gewöhnlich um einige Tage verzögert wird. Die Trichinenschauer haben zu einem Teilungsverband zusammengetreten müssen. Der aufgelaufene Städtelohn soll in jedem Monat an zwei Terminen, am 15. und am 30. (oder 31.), ausgezahlt werden. Die Berechnung der auszusahlenden Beträge erfordert aber so viel Kopfschmerzen, daß die Trichinenschauer froh sind, wenn sie „schon“ mit einer Verpachtung von nur zwei bis drei Tagen ausgezahlt frigen, was ihnen zukommt. Die Kranken müssen auf das Jährige noch länger warten, obwohl gerade in Krankheitsfällen jeder seine paar Groschen am nötigsten braucht. Für Kranke muß erst noch die Differenz zwischen empfangener Unterstützung und entgangenem Verdienst berechnet werden, da können sie dann manchmal zehn Tage warten, ehe das schwierige Rechenrätsel gelöst ist. Die Stellvertreter für erkrankte oder beurlaubte Vorarbeiter müssen sogar Wochen hindurch auf ihr Geld warten, wenn nicht die Beschauer einsteigen den Lohn für sie auslegen. Nebenbei müssen die Beschauer auf Verlangen der Rechnungsführer die Lohnentschädigung für die Urlaubszeit für einander auslegen und erhalten das Urlaubsgeld erst im Oktober ausgezahlt.

Im Schlachthofsuratorium wurden diese Zustände an Hand der neuesten Petition von unserem Genossen Adolf Hoffmann geschildert und als unhaltbar bezeichnet, und der Direktor der Fleischbeschauer, Herr Reimann, mußte ihm bestimmen. Stadtrat Fischer aber, der Vorsitzende des Suratoriums, riet dringend, die Petition der Trichinenschauer abzulehnen. Er behauptete, die Ablehnung liege im Interesse der Trichinenschauer selber, und es werde auch durchaus nicht von allen ein festes Gehalt gewünscht. Hierzu stellte Hoffmann fest, daß gegen diese Petition, die der Verein der Fleischbeschauer“ beschloßen hatte, die Trichinenschauer jüngeren Dienstalters mobil gemacht worden seien. Man habe ihnen erzählt, sie selber würden bei festem Gehalt schlechter fahren, und so sei die gewünschte Gegenagitatio glücklich zustande gebracht worden. Genosse Hoffmann suchte die Petition in eine Kommission hineinzureiten, die sich zunächst mal genaueren Einblick in die besagten Zustände verschaffen solle. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Herren von der Mehrheit waren wohl der Meinung, das Suratorium sei ohnehin schon mit Arbeiten überlastet — was sie allerdings nicht abgelehnt hat, vor einiger Zeit einen Antrag auf Vermehrung der Mitgliederzahl des Suratoriums (wobei man dann noch einen Sozialdemokraten hineinnehmen müßte) abzulehnen. Nachdem sie jetzt die Petition der Trichinenschauer wieder im abgelehnten und zeitparenden Verfahren erledigt haben, werden sie sich nicht wundern dürfen, wenn die unter den Trichinenschauern herrschende Unzufriedenheit nur noch zunimmt.

Die städtische Markthallen-Deputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung u. a. mit einer Reihe von Petitionen von Beamten und Arbeitern um Aufbesserung ihrer Gehälter resp. Löhne. Die Forderung der Oberaufseher und Förstner um Abänderung ihrer Besoldungsordnung wurde mit dem Hinweis abgetan, daß nach dem Beschluß des Magistrats nur alle drei Jahre in eine Prüfung eingetretten werden solle, trotzdem die Dinge in überzeugender Weise die Notwendigkeit einer Änderung betonte. Die Heizer wandten sich gleichfalls wiederum um Aufbesserung ihres Lohnes an die Deputation. Im vorigen Jahre hatte dieselbe beschlossen, das Anfangsgehalt derselben von 1800 auf 1600 M. und das Endgehalt von 1700 auf 2200 M. zu erhöhen. Leider fand diese berechtigte Erhöhung nicht den Beifall des Magistrats und die Leute gingen leer aus. Der Referent Stadtv. D. i. n. e. trat auch in diesem Falle für Erhöhung der Lohnstufen für diese Kategorie ein. In der Diskussion hierüber kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem Stadtv. Th. i. e. m. e. und unseren Genossen. Der Herr Fabrikbesitzer, der sich in der letzten Zeit immer mehr zu einem kleinen Scharfmacher zu entwickeln scheint, hielt es für notwendig, der Erhöhung zu widersprechen mit dem schon oft gehörten Hinweis, man dürfe der Privatindustrie durch die städtischen Werke keine Konkurrenz bereiten. Im übrigen sei die heute gegebene Entschädigung vollständig ausreichend für die Leute, die entweder als Kohlentaxer oder verorbene Schlosser und Schmiede Heizerdienste verrichten. Es gebe keine Heizer in Berlin, die einen höheren Lohn wie 75 Pf. pro Stunde erhalten und, berücksichtige man die Art der Arbeit, so sei die Entschädigung hoch genug. Sein Heizer, der schon 21 Jahre bei ihm beschäftigt sei, erhalte geringeren Lohn wie die Markthallenheizer und sei trotzdem zufrieden. Genosse Schubert erwiderte, daß man uns doch endlich einmal mit dieser engherzigen Argumentation verschonen möge. Die Privatindustrie richte sich den Teufel nach den Gepflogenheiten der Kommune und nur, wo es sich darum handelt, den städtischen Arbeitern etwas zu gewähren, komme man stets mit der Behauptung, die Stadt habe auf ihre Steuerzahler Rücksicht zu nehmen. Eine Stadtgemeinde habe größere sozialpolitische Pflichten zu erfüllen und dazu gehöre in erster Linie die Sicherstellung ihrer Arbeiter. Die Deputation müsse an ihrem alten Beschluß festhalten, wolle sie sich nicht selbst desavouieren. Alles war aber vergebens. Gegen 3 Stimmen wurde die Erhöhung abgelehnt. — Die Petition der Markthallenarbeiter wurde so lange zurückgestellt, bis die von dem Magistrat in Aussicht genommene „Soziale Kommission“ die Prüfung der Arbeiterverhältnisse vollzogen hat.

#### Vom Schatzkiste der Arbeit.

Eine Katastrophe, bei der sechs Arbeiter zu Schaden kamen und einer tödlich verletzt wurde, hat sich gestern nachmittag in der fünften Stunde auf dem Abrißgrundstück an der Ecke der Jäger- und Charlottenstraße ereignet. Das Gebäude ist bereits bis zur Höhe des zweiten Stockwerkes abgetragen. Gestern nachmittag waren die Arbeiter damit beschäftigt, eine etwa acht Meter hohe freistehende Wand niederzureißen. Eine Reihe von Leuten kletterten auf die Mauer hinauf und versuchten mit Hilfe von Brecheisen Stöße zu lösen. Plötzlich stürzte sie zusammen. Sieben Arbeiter, die obenauf beschäftigt gewesen waren, wurden mit in die Tiefe

gerissen. Sie kamen jedoch glücklicherweise mit äußeren Hautabrisseuren und Quetschungen davon. Nur einer der Verunglückten, der 82 Jahre alte Arbeiter Otto Strahob aus der Mulackstraße 30, wurde bei der Katastrophe schwer verletzt. Er fiel senkrecht in die Tiefe und wurde unter den Trümmermassen vollständig begraben. Das Stemmisen, mit dem er gearbeitet hatte, war ihm bei dem Absprung vollständig durch die Brust gestochen worden. In hoffnungslosem Zustande wurde St. in die Hgl. Klinik eingeliefert.

Ein Unfall, wobei ein Arbeiter den Tod gefunden, hat sich gestern nachmittag beim Bau der Untergrundbahn zugetragen. An der Ecke der Köpen- und Mauerstraße sind die Leute gegenwärtig dabei, mehrere zentnerschwere Steifen hochzuziehen, die zum Absteifen der Bandungen verwendet werden. Als gestern eine Steife halb hoch gezogen war, stürzte sie, den Händen der Leute entgleitend, in den Schacht der Untergrundbahn hinab. Die Arbeiter, acht Mann, wurden mit in die Tiefe gerissen. Einer der Verunglückten mit Namen Roak wurde von der Steife am Kopf getroffen und erschlagen. Der Schädel wurde dem Bedauernswerten völlig zerschmettert, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der von der nahen Rettungswache hinzugezogene Arzt vermochte keine Hilfe mehr zu leisten. Bei den anderen sieben Arbeitern hatte er glücklicherweise keine nennenswerten Verletzungen festzustellen.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich gesternmorgen auf dem Kurfürstendamm zugetragen. Der Hausdiener Peter, der im Zoologischen Garten beschäftigt war, wollte am Eingangportal den Kurfürstendamm überqueren. Er beobachtete dabei nicht das Herannahen des Droschkenautomobils Nr. 10 210 und wurde von dem Kraftwagen überfahren. Die Räder des schweren Gefährtes gingen dem jungen Menschen über Kopf und Brust hinweg. Die Verletzungen, die P. erlitt, waren so schwere, daß er bald nach der Einlieferung im Krankenhaus verstarb.

Eine ungewöhnliche Tragödie fand in der verflochtenen Nacht auf der Unfallstation XVII in der Badstraße ihren Abschluß. Gestern abend gegen 12 Uhr wurde auf dem Hochplatz eine etwa 30-jährige Frau in besinnungslosem Zustande aufgefunden und durch einen Schuhmann nach der oben genannten Unfallstation gebracht. Wie der dort anwesende Arzt feststellte, war die Frau an Alkoholbergiftung erkrankt. Die sofort bei ihr vorgenommenen Rettungsversuche erwiesen sich als erfolglos, die Frau verstarb schon wenige Minuten nach ihrer Einlieferung. Wie sich herausstellte, ist die Verstorbenen eine seit langer Zeit obdachlose Witwe Fischer, die gewöhnlich mit einer Freundin zusammen auf Bauplätzen oder in Anlagen nächtigte. Beide waren dem Trunke stark ergeben und am gestrigen Morgen war die Freundin auf einem Gelände bei Reinickendorf tot aufgefunden worden. Sie war, wie ein Arzt konstatierte, an Alkoholbergiftung gestorben. Den Tod ihrer Freundin hatte sich die F. jedenfalls derartig zu Herzen genommen, daß sie im Laufe des gestrigen Tages sich wiederum sinnlos betrank und in der geschilderten Weise ihren Tod fand.

Zur Konfirmationsverweigerung, die am letzten Sonntag des September in der Alten Garnisonkirche vorgenommen und im „Vorwärts“ Nr. 229 (1. Oktober) unter der Überschrift „Nicht handesgemäß“ besprochen worden war, schied jetzt das Generalkommando des Gardekorps uns eine Zuschrift, die eine „Berichtigung“ im Sinne des § 11 des Preßgesetzes sein will. Sie ist das nicht, aber das soll und nicht hindern, sie hier wiedergzugeben. Wir setzen sie im unverkürzten Wortlaut her, obwohl diejenigen Tatsachen, durch deren Veröffentlichung das Generalkommando den Pfarrer zu entlassen wünscht, zum Teil schon von uns selber im „Vorwärts“ Nr. 229 (4. Oktober) in einer Nachtragsnotiz unter der Überschrift „Zu der Konfirmationsverweigerung“ mitgeteilt worden sind. Der Brief lautet:

„Von den 12 Konfirmanden waren nur vier ablig. Unter den anderen befanden sich die Kinder eines Büchereibesizers, eines Volksschullehrers a. D., eines Kaufmanns, eines Fabrikbesizers, eines Gastwirts. Der Gemeindeführer A. erschien im vorigen Herbst zum Konfirmationsunterricht in der alten Garnisonkirche unter Angabe, daß sein Vater später persönlich die Anmeldung beim Geistlichen machen würde. Dies geschah nicht, vielmehr blieb der Knabe schon nach der zweiten Unterrichtsstunde fort, ehe unter Einfordern des Taufpaters und Feststellung der Personalien die ordnungsmäßige Aufnahme in den Unterricht stattgefunden hatte. Da der Vater der Militärgemeinde nicht angehört, und sich weder mündlich noch schriftlich an den Militärgeistlichen gewendet hatte, mußte dieser annehmen, daß er mit dem Unterricht nicht einverstanden gewesen war. Nach Ablauf etwa eines Jahres, 14 Tage vor der Konfirmation, erschien A. wieder im Unterricht. Ihm wurde mitgeteilt, daß die Konfirmation ohne vorausgegangenen Unterricht bestimmungsgemäß unzulässig sei, er könne erst zu Ostern 1908 konfirmiert werden und solle dies seinem Vater behufs mündlicher Rücksprache mit dem Geistlichen mitteilen. Nach Angabe des Sohnes war der Vater damit einverstanden und beabsichtigte, in den nächsten Tagen zu kommen. Tatsächlich waren diese Angaben unpoth, denn der Vater hat erst am Tage vor der Konfirmation durch seinen Sohn Kenntnis von dem Stande der Angelegenheit erhalten. Der kurz vor Beginn der Handlung vorgetragene Bitte, den Sohn zu konfirmieren, konnte der Geistliche nicht Folge geben, weil durch die Bestimmungen die Dauer des Konfirmationsunterrichts auf ein Jahr (zweimal wöchentlich) festgesetzt ist. Von Seiten des Generalkommandos. Der Chef des Generalstabes. (Unterschrift unleserlich).“

Diese Darstellung des Generalkommandos stützt sich offensichtlich auf Angaben des Pfarrers, sie liefert aber kein völlig erschöpfendes Bild des Sachverhaltes. Entweder hat der Pfarrer dem Generalkommando nicht ausführlich genug berichtet, oder das Generalkommando hat seinen Bericht nicht ausführlich genug wiederggegeben. Vollständiger sind wir unterrichtet worden durch eine Persönlichkeit, die in der Lage ist, die Entwicklung der Affäre genau zu kennen, und die das Bedürfnis gefühlt hat, uns die Versicherung zu geben, der Pfarrer habe rein gar nichts verschuldet. Auch der Vater des Knaben hat, nebenbei bemerkt, uns einen Brief geschickt, der kurz und bündig „mitteilt, daß den Militärpfarrer keine Schuld trifft“. Es entzieht sich unserer Kenntnis, wer den Vater gebrügelt hat, und das zu schreiben. Selbstverständlich konnten wir hiermit nichts anfangen, da der Brief nichts weiter als diesen einen Satz enthielt. Aber durch den erstverwöhnten Verteidiger des Pfarrers wissen wir, daß der Pfarrer nicht nur in einer Konfirmationsstunde (wie es nach der Darstellung des Generalkommandos scheinen könnte), sondern in drei Konfirmationsstunden immer wieder mit dem Knaben über die Angelegenheit hat verhandeln müssen. Dem Pfarrer ist es nicht eingefallen, sich mal mit dem Vater selber durch einen Brief in Verbindung zu setzen. Zum Vermittler zwischen sich und dem Vater machte er einen leidlichen Knaben, der in der Angst seines schuldbeladenen Herzens die Täuschung des Vaters wie des Pfarrers bis zum bitteren Ende trieb. Auf die nichtstehenden Angehörigen des Knaben, die durch das vertrauensvollen Pfarrers Schuld in Unkenntnis geblieben waren und selbstverständlich alle Vorbereitungen zur Konfirmationsfeier getroffen hatten, wirkte die Verweigerung der Konfirmation wie ein Donner Schlag aus heiterem Himmel, und man begreift es, daß eine Tante des Knaben nach Beendigung der Feierlichkeit den Pfarrer in erregten Worten zur Rede stellte. Will das Generalkommando über die uns genau bekannten Einzelheiten der ganzen Affäre noch mehr hören, so sind wir bereit, uns noch ausführlicher zu äußern.

Jirkus Schumann. Seit Schumann und Dusch dazu übergegangen sind, auch die Varietékunst in den Rahmen ihres Programms mit aufzunehmen, ist auf diesem Gebiete ein gewisser Konkurrenzkampf mit den größeren Varietés entstanden und das

Bestreben, eine besonders zugkräftige Nummer zu gewinnen, ist begreiflich. Jirkus Schumann hat in sein neues Programm das Auftreten eines Herrn Lafayette aus New York aufgenommen, eines Künstlers, der verschiedene amerikanische Kapellmeister darstellt. Das ist nun zwar nichts besonders Neues, interessant ist aber immerhin, wie Lafayette dies tut. Außer Seufe und Kapenstein kopiert er den äußerst eigentümlichen mexikanischen Dirigenten Creatoro, der es fertig bringen soll, die ganze Kapelle mit sich fort zu reihen und die Mitglieder in die höchste Klasse zu versetzen, während Kapenstein sich nichts daraus machen soll, Russler und selbst die Prima Donna zu imitieren. Lafayette stellt schließlich auch den Wiener Balzerkönig Johann Strauß als amerikanischen Fritzeur dar und es ist ergötzlich zu sehen, wie er nach dem Takt rasirt. Außer der Pantomime „Auf dem Redar“ bringt das Programm besonders in den Produktionen der Luft-Vollgeure The Kombar sehr Anerkennenswertes.

Theater an der Spree. Sonnabend, den 18. Oktober, geht der dreitägige Schwank „Telephonheimliche“ von Hausleiter und Reimann in Szene.

Wer ist die Tote? Am 11. Oktober cr., abends gegen 8 1/2 Uhr, wurde unter der Bahnüberführung in der Gerichtstraße, Ecke Bankstraße, eine unbekannt, circa 50 Jahre alte Frauensperson von einem unbekannt gebliebenen Fuhrwerk überfahren. Die Verletzte nannte in einem Augenblick wiedererlangten Bewußtseins den Namen Anna Wogner. Ob dies der richtige Name der Person ist, hat sich nicht feststellen lassen. Die Verletzte, welche nach dem Krankenhause Roabit gebracht wurde, ist an den Folgen der Verletzungen verstorben. Diejenigen Personen, welche Angaben über die verstorbene Frau machen können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 331, in den Vormittagsstunden zu melden. Ebenso werden die beiden Frauen, welche die Verletzte vom Tatorte nach der Unfallstation in der Bindowstraße 10/11 gebracht haben, ersucht, sich daselbst oder in einem Polizeirevier zu melden.

Verstorbene ist seit dem 10. d. M. der geisteskranke 67-jährige Heinrich Wroh. Bekleidet war derselbe mit dunkler Hohe und Weste, braunem Jackett, Zugstiefel und rundem, feisen Hut. Er ging aus seiner Wohnung Wildenowstr. 1 fort, um einen Spaziergang zu unternehmen und ist nicht wieder zurückgekehrt.

Die Panoramastraße vom Kreuzdamm der Dirschstraße (ausschließlich) bis zu dem Asphaltpflaster der Straße am Königsgraben, wird behufs Klumpflasterung vom 17. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach der Kürassierstr. 9 gerufen, wo Müll in Brand geraten war. Auf dem Exerzierplatz an der Schwedterstraße war abends eine alte Rattake in Brand gesteckt worden. Del u. a. brannte gleichzeitig in einer Wäscherei in der Forsterstr. 5. Ein Teerbrand wuhete in der Wicherstr. 3 gelöscht werden. Auf Charlottenburger Gebiet in der Weußelstr. 7 löschte der 15. Zug einen kleinen Wohnungsbrand. Außerdem liefen noch Alarme aus der Bernauerstraße 42, Brandenburgstraße und mehreren anderen Stellen ein.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wählte am letzten Mittwoch den Stadtrat Seydel aus Kirchdorf, der bis vor etwa einem Jahre als Magistratsassessor in Charlottenburg tätig war, zum beholdeten Stadtrat auf die Dauer von zwölf Jahren. Er erhielt 25 Stimmen, während auf den Magistratsassessor Mann fünfzehn und auf den Magistratsassessor Dr. Landsberger acht Stimmen entfielen. Eine Interpellation, die sich auf die Ueberfüllung der Obersekunda der Oberrealschule bezog, wurde vom Magistrat dahin beantwortet, daß es möglich sei, daß zu Ostern 1908 ein so großer Anbruch erfolgt, daß den Anprüfenden nicht genügt werden könne. Werde dieser Fall eintreten, dann werde der Magistrat eine Teilung des Obercöcus beantragen. Eine weitere Anfrage ging dahin, den Magistrat um Auskunft zu ersuchen, wodurch die wiederholten Störungen in der elektrischen Stromlieferung hervorgerufen seien und welche Maßnahmen er zu treffen gedente, um ähnlichen Störungen in Zukunft vorzubeugen. Der Magistrat konnte nur erklären, daß es in anderen Städten auch nicht besser sei, daß es einen absoluten Schutz gegen Störungen in einem Elektrizitätswerk überhaupt nicht gebe. Ein Antrag der liberalen Fraktion, für die Stadtverordnetenwahlen in der ersten Wählerklasse die Wahlzeit bis 4 Uhr nachmittags auszudehnen, wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein Antrag Stadthagen und Genossen, der die vermehrte Zuziehung von Frauen zu den Aufgaben der Gemeinde auf den Gebieten der Erziehung der weiblichen Jugend sowie der Wohnungsfürsorge bezweckt, soll auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

### Tempelhof.

In der letzten Nacht plünderten Diebe die Schrankkästen der Eisenwarenhandlung von Hbold. Erst vor kurzer Zeit hatten Einbrecher die inneren Räume dieses Geschäftes mit ihrem Besuch beehrt und den Inhaber schwer geschädigt. Diesmal begnügten sich die Diebe mit dem Inhalt der Schrankkästen. Von letzteren waren die Schrankgitter gewaltsam herabgerissen, die circa ein Zentimeter starken Scheiben vollständig zertrümmert und die Kästen selbst ihres Inhalts beraubt. Revolver, Munition, Gewehre, Messer und verschiedene Wirtschaftsgegenstände sind den Dieben in die Hände gefallen.

### Groß-Lichterfelde.

Der Frauen- und Mädchen-Bildungsverein Groß-Lichterfelde-Lankwitz begeht am Sonnabend, den 19. Oktober, sein zweites Stiftungsfest im Restaurant von Aug. Reisen, Chausseestr. 101. Es ist alles aufgeboten worden, um den Gästen einen genussreichen Abend zu bereiten. Die Genossen werden deshalb ersucht, das Fest recht zahlreich zu besuchen.

### Grünau.

In einer außergewöhnlich gut besuchten Versammlung des Wahlvereins referierte Genosse Grünwald über den Essener Parteitag. Die 1 1/2stündige Rede wurde mit reichem Beifall aufgenommen. Der hierauf vom Spektateur Genossen Schröder erstattete Bericht über den Abonnementstand des „Vorwärts“ wies eine erfreuliche Steigerung auf und beträgt gegenwärtig 189. Der Vorsitzende machte alsdann auf die Landtagation sowie die Agitation für den „Vorwärts“ aufmerksam. Zu Delegierten für Groß-Berlin wurden die Genossen Steinig und Blumme gewählt. Zu dem am 9. November stattfindenden Stiftungsfest des Wahlvereins ersucht der Vorsitzende, für rege Beteiligung Sorge zu tragen.

### Königs-Wusterhausen.

Ueber das Thema: „Die Deutsche Turnerschaft ein Vollwerk der Reaktion“ wird am Sonntagnachmittag 8 Uhr in einer nach dem Begorischen Lokale einberufenen öffentlichen Versammlung Genosse E. Wuph-Nixdorf referieren. Die Arbeiterchaft von Königs-Wusterhausen und Umgegend wird ersucht, zahlreich zu erscheinen.

### Storkow.

Eine imposante Versammlung tagte am letzten Sonntag im Lokale des Herrn Schloß (Rathaushotel). Es war die erste Versammlung, die von sozialdemokratischer Seite in Storkow veranstaltet wurde, dieselbe war außerordentlich gut besucht. Der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Friedrich Jubeil, sprach über: „Der neue Sozialdemokrat sein?“ In seinem zweistündigen Vortrage beleuchtete der Referent die heutigen politischen und wirtschaftlichen Zustände im Deutschen Reich und forderte die Anwesenden zur regen Mitarbeit für die Verbreitung unserer Ideen auf. Der Vortrag wurde mit großem Beifall entgegengenommen.



In der Diskussion erwähnte Genosse Wollermann die Anwesenheit zum Eintritt in den neugegründeten Wahlverein und der Gewerkschaften (vom Fabrikarbeiter-Verband) zum Eintritt in die gewerkschaftlichen Organisationen. Der Erfolg der Versammlung war, daß der Wahlverein 17 weitere Mitglieder gewann.

**Weihensee.**

Zum preussischen Parteitag nahm am Dienstag auch der Wahlverein von Weihensee Stellung. Der Referent Genosse Voelke-Rixdorf erläuterte zunächst den von der Kommission gemachten Organisationsentwurf. Die Forderung, daß hierzu Genosse Haase-Königsberg, also ein Auswärtiger, als Referent bestellt sei, entbehrte die Berliner des Vorwurfs, daß alles von Berlin komme. Indes sei die Preußenfrage für die Groß-Berliner Organisation eine am meisten interessierende Frage. Hierauf besprach Redner das preussische Wahlrecht und kennzeichnete es mit gebührender Schärfe. Zur Wahlrechtsfrage übergehend bemerkte Redner, daß die preussische Regierung zwar dazu gedrängt sei, einer Änderung des Wahlrechtes näherzutreten, indessen wird sie eine solche nach sächsischem Muster treffen. Das Proletariat habe daher die Aufgabe, in verstärktem Maße Aufklärungsarbeit über die standalose Entredung zu leisten. Bezüglich der Staatsarbeiterfrage und noch eine bedeutende Arbeit bevor, um in denselben den Sinn für Gleichberechtigung zu erwecken. Auch müsse das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, das heute durch das Verfassungsrecht der Regierung unterbunden sei, immer eindringlicher gefordert und zugleich die Einführung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts auch hier verlangt werden. Zum Schluß seiner mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Rede forderte der Referent auf, schon in die Herzen der Kinder die Ideen des Sozialismus einzupflanzen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen. Als Delegierte für Groß-Berlin wurden die Genossen Kuelius, Sprenger, Küster und Masche gewählt. Als Gemeindevorsteher stellte die Versammlung den Hausbesitzer Genossen Wastorf Vethge auf. — Unter Vereinsangelegenheiten wies der Vorsitzende auf das am 16. November er. stattfindende Stiftungsfest hin. — Ferner regte Genosse Küster den Besuch der am 20. Oktober im „Prälaken“ stattfindenden Versammlung der Jugendorganisation an.

**Pankow.**

Die Gemeindevorstellung wählte als Wahlmann zur Teilnahme an der Erlassung eines Kreisabgeordneten den Rentier Schmidt. Für Kanalbauten in der Berlinerstraße sowie für Regenwasserkanäle in der Eplanade wurden 45 700 M. bewilligt. Da in der Natter-Friedrichstraße das Grundwasser in den Kellerräumen große Schäden anrichtet, so sollen die Eigentümer gegen eine Entschädigung von 10 M. pro Jahr das Recht haben, diese Abwässer in die Schmutzwasserleitung hineinpumpen zu können. Ein Antrag auf Beitritt der Gemeinde zu dem Verkehrsverband an der Settiner Wohn wurde mit der Motivierung abgelehnt, daß die Gemeinde als solche keinem Privatverein beitrete, auch seien die Interessen der Gemeinde Pankow andere als die des Verbandes. Die Linie 49 der Großen Berliner, welche ihren Endpunkt in Pankow hat, wird zum 1. November nach Nieder-Schönhausen verlegt, der Gemeindevorstand wird beauftragt, Schritte zu unternehmen, daß um einen Ersatz zu haben, eine andere Linie ihren Endpunkt in Pankow findet. Auf Wunsch des Bürgermeisters wurde nochmals die im Juli bereits erledigte Frage in Erörterung gezogen, ob Gemeindevorordnete sich an Lieferungen und Submissionen für die Gemeinde beteiligen können. Nach kurzer Diskussion, in welcher allseitig der Standpunkt der Nichtbeteiligung bekräftigt wurde, erklärte das Ortsoberrhaupt nicht informiert zu sein, da er seinerzeit, als der Beschluß gefaßt wurde, nicht zugegen gewesen sei.

**Notawech.**

Eine wichtige Tagesordnung hatte die letzte Gemeindevorstellung zu erledigen; es handelte sich um die Festsetzung des Ortsstatuts über die Brauchwasserkanalisation sowie über die Festsetzung der Beiträge zur Deckung der Kosten der Kanalisation, über welche Fragen von den Interessenten spaltenlange Wünsche und Anregungen vorher in den bürgerlichen Blättern veröffentlicht worden waren. Nach längerer Debatte, in welche auch unsere Genossen wiederholt eingriffen, wurden die Anträge der Kanalisationskommission einstimmig angenommen. Der Beschluß lautet dahin, daß die Gebühren für die Benutzung der Kanalisation nach dem Gebäudesteuer-Nutzungswerte bemessen werden. Der Prozentsatz des Nutzungswertes, welcher als Gebühr zu erheben ist, wird für jedes Rechnungsjahr durch Gemeindevorstand festgesetzt und so bemessen, daß die Verwaltungs-, Betriebs- und Unterhaltungskosten sowie die Ausgaben für die Verzinsung und Tilgung der Anlagekosten, soweit diese nicht durch Beiträge aufgebracht sind, gedeckt werden; doch kann der Gebührensatz unter Berücksichtigung des öffentlichen Interesses, welchem die Anlage dient, entsprechend ermäßigt werden. Für das Rechnungsjahr 1907 wurde der Gebührensatz auf 4 Proz. des Gebäudesteuer-Nutzungswertes festgesetzt für jedes an die Kanalisation angeschlossene Grundstück. Zur Kostendeckung der Anlage sollen von den Grundstückbesitzern für das Meter laufende Straßensfront folgende Beiträge erhoben werden: a) für Neubauten, b. h. für alle diejenigen Bauten, welche am 1. Oktober d. J. nahbar geworden sind, 40 M.; b) für Grundstücke, welche nach Einführung der Wasserleitung bebaut und gleichzeitig mit Wasserlosetts versehen sind, 80 M.; c) für bebauten Grundstücke ohne Wasserlosetts, falls diese nach Einführung der Wasserleitung besonders eingerichtet sind, 20 M.; d) für Fabriken 40 M.; e) für Kaufstellen 40 M., die aber, solange die Grundstücke noch nicht bebaut sind, nur zur Hälfte erhoben werden. Für die unter b, c, e aufgeführten Grundstücke wird der einmalige Betrag auf 40 M. erhöht, sobald durch Neubauten oder größere Um- und Erweiterungsbauten eine erhebliche Erhöhung des Gebäudesteuer-Nutzungswertes erzielt wird. Für die kleinen Hausbesitzer ist die Bestimmung von Wichtigkeit, die besagt, daß der Gemeindevorstand ermächtigt wird, den Eigen-

tümern, welche nicht in der Lage sind, den einmaligen Beitrag in einer Summe zu leisten, angemessene Ratenzahlungen zu gewähren. Doch sind die jedesmaligen Rückstände zu verzinsen, eventuell ist der Rückstand in derselben Höhe unter Zuwachs der erparten Zinsen zu amortisieren, und zwar in der Weise, wie solche Amortisation auch der Gemeinde für das aufgenommene Anlagekapital aufgelegt ist. Für den Anschluß der unter b—d aufgeführten Grundstücke wird eine Frist bis zum 31. März 1911 gewährt. — Ferner beschloß die Vertretung die Umwandlung einer Anleihe von 74 000 M. für den Rathaus-Anbau in eine dauernde Schuld bei der Lokomotor-Sparkasse unter Erhöhung des Zinsfußes von 3 1/2 auf 4 Proz. — Dem Antrage auf Übernahme der Räume in der Lindenstraße, welche bisher der Hofpartei-Verwaltung gehörten, stimmte die Vertretung zu. Bei dieser Gelegenheit regte der Genosse Somoll an, der Gemeindevorstand möge beim Landrat vorstellig werden behufs Übernahme der Straßen und Plätze, welche noch nicht Eigentum der Gemeinde sind; die Vertretung beauftragte den Gemeindevorstand, in diesem Sinne zu verfahren. — Ein Antrag der Finanzkommission auf Vereinfachung eines Jahresbeitrages von 30 M. an die Genossenschaft freiwilliger Krankenpfleger im Kriege wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, nachdem Genosse Grühl namens der letzteren erklärt hatte, daß dieselben zwar keineswegs den humanen Zweck des Antrages verkennten, aber bei der ausgesprochenen Arbeiterfeindschaft genannter Genossenschaft nicht in der Lage sind, derselben eine Unterstützung zu gewähren.

**Spandau.**

Eine vom sozialdemokratischen Wahlkomitee einberufene öffentliche Kommunalwählerversammlung beschäftigte sich am Dienstag im Kunkelshaus Saal mit den bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Trotdem die Versammlung ganz gut besucht war, hätte die Teilnahme an derselben in Rücksicht auf den wichtigen Beratungsgegenstand, nämlich die Proklamierung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenkandidaten, doch eine bedeutend stärkere sein müssen. Es ist möglich, daß die Furcht vor Racheerregungen verschiedene Arbeiter, namentlich von den Staatswerkstätten, vom Besuch der Versammlung abgehalten hat, wurde doch die Versammlung gerade von dem Polizeikommissar Wards überwacht, auf dessen Veranlassung vor einigen Jahren einem Staatsarbeiter, der ihm bekannt war, und der einer sozialdemokratischen Wählerversammlung beizuhte und sogar in ein Hoch auf die Sozialdemokratie einstimmte, bei seiner Direktion denunzierte und dies die Entlassung des Arbeiters zur Folge hatte. Eine solche Angstlichkeit ist aber gänzlich unangebracht. Wenn die Staatsarbeiter in großen Massen solche sozialdemokratischen Versammlungen besuchen, dann wird man ihnen so leicht nichts anhaben können. Als Referent sprach Genosse Schubert, Berlin über die bevorstehenden Wahlen. Er schilderte in seinem Vortrage, mit welcher Vorzugenommenheit ein Teil der Berliner Parteigenossen vor etwa 25 Jahren die erste Beteiligung an den Stadtverordnetenwahlen vorgenommen und welche Erfolge diese Teilnahme gezeitigt. Er wandte sich dann gegen das Dreiklassenwahlgesetz und schilderte an einigen ergötzlichen Beispielen die Unmenschlichkeiten, welche durch dasselbe hervorgerufen werden. Ebenso wandte er sich scharf gegen das Privilegium der Hausbesitzer in den Stadtparlamenten. Uebergehend zum sozialdemokratischen Kommunalprogramm hob er einige der marxistischsten Forderungen hervor, die wir stellen in bezug auf die Schule: die einheitliche Volksschule, die Schularzte, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, unentgeltliche Verabreichung von Speisen an arme, hungernde Kinder. In bezug auf allgemeine sanitäre Maßnahmen: die bessere Gesundheitspflege, unentgeltliche Krankenhausbehandlung, Gefängnisreform, Säuglingsfürsorge, Wohnungskontrolle, Badeanstalten. Hinsichtlich der Finanzwirtschaft in den Kommunen forderten die Sozialdemokraten die Entlastung der niederen und eine Belastung der höheren Steuerzahler; namentlich die Einführung einer Umsatz- und Wertzuwachssteuer. Referent schildert zu den einzelnen sozialdemokratischen Forderungen in recht charakteristischer Weise das ablehnende Verhalten der bürgerlichen Stadtverordneten und kommt zu dem Schluß, daß nur durch die sozialdemokratischen Stadtverordneten die Interessen der 3. Wählerklasse energisch vertreten werden, und daß man in Spandau alles daran setzen müsse, um die Scharte von vor zwei Jahren wieder auszuwaschen, das wäre man dem mutlosen Verhalten des Reichstagskandidaten Dr. Karl Liebknecht anlässlich des gegen ihn gefällten Urteils schuldig. Zeige man denselben Mut und gehen die Genossen tatkräftig an die Arbeit, dann werde auch der Sieg nicht ausbleiben. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Da eine Diskussion nicht gewünscht wird, so nimmt das Wort der Genosse Stadtverordneter Paul Schmidt zur Berichterstattung über die bisherige Tätigkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten in Spandau. Er bekennt nicht, daß Spandau in bezug auf Entwicklung Fortschritte gemacht und verweist auf die Verbreiterung der Straßen, auf die Übernahme der Straßenbahn durch die Stadt, auf den Hafenbau und auf die Wohnbauten. Trotdem bestche die Befürchtung, daß der fertige Hafen schließlich einer Privatgesellschaft übergeben werden könnte. In bezug auf soziale Einrichtungen hinfle Spandau noch bedeutend nach. Da sei z. B. die Waldholungsstätte, über die schon seit vier Jahren beraten werde, die bis heute noch nicht über die Vorberatung hinausgekommen sei. Dem sozialdemokratischen Antrag über die unentgeltliche Sammlung des Kaff- und Leseheftes im Stadtwald habe man nicht zugestimmt. Dagegen habe man einen großen Teil des Stadtwaldes verkauft für 2 Millionen Mark. Durch das Geld sollte eine Entlastung der Steuerzahler stattfinden, es wird aber wohl für andere Zwecke verwendet werden. Sie haben in Spandau noch keine hinreichende ärztliche Untersuchung für die Schulkinder. Wir brauchen Volksschulen. In bezug auf die Schulen sei noch sehr viel zu leisten. Die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, welche die sozialdemokratischen Stadtverordneten wiederholt gefordert, sei abgelehnt. Nicht mal eine

Kommission zur Prüfung der Sache habe man gewählt. Die Turnhalle, welche man jetzt endlich zur erbauen beschloffen, werde aller Voraussicht nach dem Arbeiterturnverein nicht zur Verfügung gestellt werden. Der städtische Arbeitsnachweis sei wiederholt abgelehnt. Bei allen diesen Vorlagen seien die von der 3. Abteilung gewählten nichtsozialdemokratischen Stadtverordneten mit den anderen bürgerlichen Stadtverordneten der begüterten Klassen durch Dick und Dünn gegangen. Ein Teil dieser Stadtverordneten der 3. Abteilung, soweit sie begütert sind, haben gar kein Verständnis für die Wünsche und Forderungen der 3. Abteilung, und der andere Teil befindet sich in abhängiger Stellung und dürfte für die Interessen der 3. Abteilung nicht eintreten. Tun sie es doch, so werden sie für Sozialdemokraten gehalten, wie das bekannte Vorkommnis des Stadtverordneten Gewerkearbeiters Schmidt II beweise, der von seinem Direktor einen Hüffel erhalten für eine Rede, die er gar nicht gehalten. Diese Stadtverordneten haben auch während ihrer ganzen Wahlperiode noch nicht den Mund aufgetan. Solche Stadtverordneten können der 3. Abteilung nichts nützen. Für sie treten nur die sozialdemokratischen Stadtverordneten ein.

Hiernach wurden dann die nachstehenden Kandidaten für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen einstimmig aufgestellt:  
Bezirk 2. Genosse Fröh Vöhl.  
Bezirk 3. Die Genossen Fröh Göhe als Hausbesitzer und Robert Piefer.  
Bezirk 5. Genosse August Beiler, Hausbesitzer.  
Bezirk 6. Genosse Ernst Hornig.  
Bezirk 7. Fröh Göhe, Hausbesitzer.  
Bezirk 8. Genosse Wilhelm Piefer.

Nach einem kräftigen Schlusswort des Genossen Szior, der mitteilt, daß am Donnerstag eine Verteilung des „Vorwärts“ zum Zwecke der Agitation für denselben stattfindet, wird die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

**Vermischtes.**

**Eine 14 jährige Massenmörderin.** Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, hat in der Umgegend von Schleißheim und Dachau bei München das vierzehnjährige Kindermädchen Ida Schnell fünf der ihr von ihrer jeweiligen Dienstherrschaft anvertrauten Kinder dadurch getötet, daß sie die Schädelkapsel der Kinder mit einer starken Nadel, wahrscheinlich mit einer Haarnadel, durchstach. Anlässlich des Todes eines neugeborenen Bauernsohnchens erinnerte man sich, daß in letzter Zeit mehrere der Pflege der Schnell anvertraute kleine Kinder gestorben waren. Die Leichenöffnung bei dem letztgeforderten Kinde bestätigte den Verdacht gegen das Mädchen. Die Schädelkapsel des Kindes war mit einer starken Nadel durchstochen und so der Tod herbeigeführt worden. Nach längerem Leugnen gestand die Kindesmörderin weinend ein, nicht nur das ausgegrabene, sondern noch vier weitere Kinder ehemaliger Dienstherrschaften in gleich schrecklicher Weise ermordet zu haben, da sie eine unüberwindliche Scheu vor der Pflege kleiner Kinder habe. Die vierzehnjährige Mörderin wurde gestern nachmittag in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

**Eine Hinrichtung.** Gestern früh sind im Hofe des Deutschen Landgerichts die Rörder Kofschlächter Liberta und Arbeiter Koltisa durch den Scharfrichter Schwieg-Breslau hingerichtet worden. Beide Rörder waren im Mai d. J. vom hiesigen Schwurgericht wegen Ermordung der Arbeiter Kapika, Brander und Brunner zweimal zum Tode verurteilt worden.

**Fährlicher Automobilunfall.** Aus Klein-Flottbek wird gemeldet: Als der Reichsanwalt Fürst Witow sich gestern vormittag von Klein-Flottbek nach Hamburg begeben wollte, benutzte er für die Fahrt von Klein-Flottbek eine vor dem Parkhotel in Flottbek stationierte geschlossene Automobilgesellschaft der Dehag-Gesellschaft. In der Nähe von Ottenhof hatte die Droschke das Unglück, eine bejahrte Frau zu überfahren, die unmittelbar vor ihr die Chauffee kreuzte. Der Reichsanwalt ließ sofort halten und betrat an der Unfallstätte, bis ärztliche Hilfe eingetroffen war, die leider nur den sofort eingetretenen Tod konstatieren konnte. Der Reichsanwalt legte später seine Fahrt nach Hamburg mit der elektrischen Strassenbahn fort.

**Das Hochwasser in Frankreich.** Nach einer Meldung aus Paris sind die Ueberschwemmungen im Loiregebiet immer noch im Anwachsen. Aus St. Etienne wird gemeldet, daß infolge Steigens des Nebenflusses Vignon die Loire um mehrere Meter gestiegen ist und stetig weiter wächst. Im Departement Haute-Loire gleicht die vom Fluß überschwemmte Ebene einem See. Aus Alais und Grenoble liegen gleichfalls beunruhigende Depeschen vor. Die tiefer liegenden Stadtteile von Alais sind in größter Gefahr, die Umgegend Grenobles bildet nach dem gestrigen furchtbaren Gewitter ein Bild schimmelter Verwüstung.

Die Rhone ist gestern in Lyon während eines Zeitraumes von sechs Stunden über 1,80 Meter gestiegen. Die Bahnlinie Lyon-Lavoulle droht durch Wasser zerstört zu werden. Ein Rhon ist über Martinorax niedergegangen. Die Bahnlinie Paris-Mediterranée ist an mehreren Stellen zerstört.

**Die Unwetterschäden in Spanien.** Wie aus Barcelona berichtet wird, sind durch die Ueberschwemmungen 71 Fabriken zerstört worden. Die Fabrikbesitzer ersuchten die Regierung, ihnen bei der spanischen Bank eine Anleihe zu vermitteln, um die Fabriken wieder aufzubauen zu können. Der Gesamtschaden für Barcelona beläuft sich auf 5 Millionen Pesetas, in der Provinz auf 18 Millionen. In Luria sind mehrere Gebäude eingestürzt, 18 Personen sind untermommen. Die Ueberschwemmungen haben auch zwei Bahndämme zerstört.

**Theater.**  
Freitag, den 18. Oktober.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Einfonie-Opernabend der Igl. Kapelle.  
Königl. Schauspielhaus. Gef. Schloffen.  
Neues königl. Opernhaus. Gef. Schloffen.  
Deutsches. Romeo und Julia.  
Kammerspiele. Liebel. (Anfang 8 Uhr.)  
Theater an der Spree. Telefon-Geheimnisse.  
Anfang 8 Uhr.  
Neues Schauspielhaus. Jubiläum. Leffing. Bund der Jugend.  
Saitler O. (Holländ. Theater.) Ged. von Berlioz.  
Schiller-Charlottenburg. Rosmerholm.  
Berliner. Die tanzennden Männchen.  
Friedrich-Wilhelmstr. Schauspielhaus. Radstoh.  
Neues. Die Wasser wieder!  
Kleines. Vater und Sohn.  
Vortrag. Die lustigen Weiber von Windsor.

Romische Oper. Tiesland. Westen. Die lustige Witwe. Volkstheater. Im Sperlingsnest. Residenz. Ganz der Papa. Trianon. Fräulein Josette — meine Frau.  
Thalia. Ihr Sechshundert. Zentral. Unsere kleinen Jungen. Nissen. Partel Tawaler. Gerhard Rose. Spree-Weiner. Metropoli. Das muß man sehen. Apollo. Schwester Schaffer. Spezialitäten.  
Wolkhalla. Spezialitäten. Volles Cabrice. Geteilte Liebe. Casino. Die wilde Jagd. Gebr. Herrnsfeld. Madame Big-Bag. Es lebe das Rastleben. Passage. Danny Gürtler. Spezialitäten.  
Wintergarten. Ruff St. Denis. Spezialitäten.  
Prater. Hamlet.  
Palast. Ein glänzender Reinfall. Spezialitäten.  
Arantia. Taubenstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.  
Im Herjol um 8 Uhr: Dr. C. Abeking: Lebensbedingungen.  
Sternwarte. Jambal. 67/62. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelkette.

**Ferdinand Bonus Berliner Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Die tanzennden Männchen.**  
Sonabend: Der Parasit. Der Präsident. Abschied vom Regiment.  
Sonntag: Der Pastorohn.  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die Waffen wieder!**  
Sonabend: Die Waffen wieder!  
Sonntag: Die Waffen wieder!  
**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr zum 75. Male:  
**Vater und Sohn.**  
Sonabend: Maria Magdalena.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Radstoh.  
Abends 8 Uhr: Ein idealer Gatte.  
**Theater des Zentrums.**  
Eosphen - Ecke, Sophienstraße 17/18:  
**Bis früh um Fünfe**  
v. Aren u. Uppich, Paul v. B. Lindt.  
Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Die lustige Witwe.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingsluft.  
**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Nachtsyl.**  
Sonabend 1. erstmal: Brüderchen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Jugend.  
Abends 8 Uhr: Brüderchen.  
**Lortzing-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die lustigen Weiber von Windsor.**  
Sonabend zum erstmal:  
**Hans Heiling.**  
**Theater an der Spree**  
Adenickerstraße 68.  
Abends 8 Uhr. Zum 49. Male:  
**Der Attentäter.**  
Mit Berliner Gesangsposse. Original-Decorationen und Kostüme der 60er Jahre mit Josephine Dora.  
Täglich: Der Attentäter.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Ueber den Brenner nach Venedig.  
Hörssaal 8 Uhr: Dr. C. Thosing: Lebensbedingungen.  
Invalidenstr. 67-62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelkette.  
**8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr**  
Direktion: Richard Alexander.  
**Ganz der Papa.**  
Schmaul in 3 Akten von Marx und Desvallières. Deutsch v. W. Schönan. Barren des Anbrals: R. Alexander.  
**DERNHARD ROSE THEATER**  
Dr. Franzstr. 132.  
**Spree-Athener**  
von Schwarz-Keillingen.  
Anfang 8 Uhr.  
Wochentagspreise.  
Sonabend nachm. 4 Uhr Kinder-nachmittag: Hühnerbuddel. Abends: Spree-Weiner.  
**Trianon-Theater.**  
Fräulein Josette — meine Frau.  
Anfang 8 Uhr.

**Rixdorfer Theater**  
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 117.  
Sonntag, den 29. Oktober 1907:  
Gesp. des Obern-Ensembles (Theater des Westens) unter Leitung vom Dir. Arthur Below:  
**Die lustigen Weiber von Windsor.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Theater**  
**Folies Caprice**  
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.  
Zum 27. Male:  
**Geteilte Liebe**  
Antiduellanten — Winter Teil.  
Anfang 8 Uhr.  
**Kasino-Theater.**  
Vollingerstr. 37. Täglich 8 Uhr:  
**Ihr noch kurze Zeit!**  
Zuspiel in 4 Akten v. Ludwig Julda. In Vorbereitung: Biederleute.  
Sonntag nachm. 4 Uhr: Rix Karte.  
**Berliner Ulk-Trio.**  
Folk Scheuer  
Ulzenstr. 1.



# Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 31.  
Abends 8 Uhr:

# Bartel Turaser.

Geschlossene Vorstellung.  
Sonnabend 4 Uhr: Dänfel u. Gietel.  
Abends: Die beiden Reichenmüller.  
Sonntag 3 Uhr: Carmen. Abends:  
Hoffmanns Erzählungen.  
Montag: Muttertagen.

# Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.

# Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)  
von J. Freund. Musik von Viktor  
Hollaender. In Szene gesetzt  
von Direktor Richard Schultz.

G. Thielscher a.D., F. Massary  
B. Darmand a.D. E. Whithney a. D.  
Bender, Ciampietro, Josephi

Ranchen überall gestattet.  
Sonntag, 20. Okt., nachm. 3 Uhr:  
Die Herren v. Maxim.

# WINTERGARTEN

# Ruth St. Denis

Neues

# Programm.

# Apollo Theater

Ab 8 Uhr:  
Das kolossale Programm.  
Um 9 1/2 Uhr:

Sylvester Schäffer jr.  
der weltberühmte Universalkünstler.

W. Noacks Theater  
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.  
Auf vielfachen Wunsch:

Bertretenes Glück.  
Schauspiel nach dem Roman der  
"Berl. Morgenpost".  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonnabend zum erstenmal: Der  
Lumpenjammer von Paris.

Passage-Theater.  
Abends 8-11 Uhr.

# Danny

# Gürtler

der König der Bohème  
und das  
kolossale Oktober-Programm.

Sanssouci  
Kottbuser-  
Straß 6.  
Dir.: Wilhelm Reimer.

Heute: Gastspiel der  
Berliner Volksbühne.  
Zum Heide d. Menschheit.  
Komödie in 5 Akten von  
Hans v. d. Bärnk.  
Vollständige Preise.  
Sonntag, Montag,  
Donnerstag:

Hoffmanns Nordl. Sänger  
u. Tanzkränzen.  
Sonnt. Abg. 5, wochent. 8 U.

Gebr. Herrfeld-  
Theater.  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Die erfolgreichsten  
Lach-Komödien  
:: seit 17 Jahren ::

Madame Wig-Wag  
Operetten-Burleske, Musik  
von L. Stal.

Es lebe das Nachtleben!  
Separée-Nächte in 2 Akten.  
Beide Stücke mit den Autoren  
Anton und Donat Herrfeld.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
Ein verrücktes Hotel  
und  
Dänisch geht zur Jagd  
mit Anton und Donat Herrfeld.

Gebr. Herrfeld-  
Theater.  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Die erfolgreichsten  
Lach-Komödien  
:: seit 17 Jahren ::

Madame Wig-Wag  
Operetten-Burleske, Musik  
von L. Stal.

Es lebe das Nachtleben!  
Separée-Nächte in 2 Akten.  
Beide Stücke mit den Autoren  
Anton und Donat Herrfeld.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
Ein verrücktes Hotel  
und  
Dänisch geht zur Jagd  
mit Anton und Donat Herrfeld.

Gebr. Herrfeld-  
Theater.  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Die erfolgreichsten  
Lach-Komödien  
:: seit 17 Jahren ::

Madame Wig-Wag  
Operetten-Burleske, Musik  
von L. Stal.

Es lebe das Nachtleben!  
Separée-Nächte in 2 Akten.  
Beide Stücke mit den Autoren  
Anton und Donat Herrfeld.

Sonntag nachmittag 3 Uhr:  
Ein verrücktes Hotel  
und  
Dänisch geht zur Jagd  
mit Anton und Donat Herrfeld.

Gebr. Herrfeld-  
Theater.  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Die erfolgreichsten  
Lach-Komödien  
:: seit 17 Jahren ::

# Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).

Freitag, abends 8 Uhr:  
Götze von Berlichingen.

Schauspiel in fünf Aufzügen von  
Johann Wolfgang v. Goethe.

Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Der Herr Senator.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Traumulus.

Sonntag, abends 8 Uhr:  
Götze von Berlichingen.

Schiller-Saal - Schiller-Theater Charlottenburg

Abends 9 Uhr: Vortrag: Professor Dr. Richard Sternfeld:  
Richard Wagner. (3. Teil.) Erläutert durch Instrumentalmusik. Kom-  
positionen der Kunstzeit.

Preis für acht Vorträge 4 M., für den einzelnen Vortrag 60 Pf.  
Sonntag abends 8 Uhr auf vielfachen Wunsch: Seine Abends.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Freitag, abends 8 Uhr:  
Rosmersholm.

Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen.  
Deutsch von Wilhelm Lange.

Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Das vierte Gebot.

Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Monna Vanna.

Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Schmutzler.

Schiller-Saal - Schiller-Theater Charlottenburg

Abends 9 Uhr: Vortrag: Professor Dr. Richard Sternfeld:  
Richard Wagner. (3. Teil.) Erläutert durch Instrumentalmusik. Kom-  
positionen der Kunstzeit.

Preis für acht Vorträge 4 M., für den einzelnen Vortrag 60 Pf.  
Sonntag abends 8 Uhr auf vielfachen Wunsch: Seine Abends.

XIII. Saison.  
Zirkus Busch  
Komischer Gala-Abend  
Dehlt! Vermette Carpatitruppe  
Reckturner am Waffachen Rock.  
Geschw. Amato, Leiterakrobaten.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Auf der Hallig.  
Diesj. gr. Ausstattung-Pantom.  
des Zirkus Busch in 4 Bildern.  
Im letzten Bilde: Das  
Phänomen der tauchen-  
den Sirenen, 15 Minuten  
unter Wasser.  
Sonntag: 2 gr. Gala-Vorstell-  
nachm. 4 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

Zirkus Schumann  
Heute Freitag, den 18. d. Okt.:  
Nur kurzes Gastspiel.  
Drittes Auftreten von  
The great  
Lafayette  
aus New York 2. ersten Europa.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Die diesjährige gr. Wasser-Pantomime:  
Ein Fest  
auf dem Neckar.  
Vorher: Das anerkannt vorzüg-  
liche Programm.  
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr und  
abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags ein  
Kind frei. In beiden Vorstellungen:  
The great Lafayette.

Walhalla-  
Variete-Theater  
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Das Sensations-Programm  
16 arabische 16  
Springer  
Edi Blum,  
der beliebteste Komiker.  
12 internation. Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr.  
Tummel: Konzert f. Theaterbes. frei.

Prater-Theater  
Kastanien-Allee 7-9.  
Heute zum erstenmal:  
Hamlet.  
Trauerspiel in 5 Akten v. Shakespeare.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend: Keine Vorstellung.

Palast-Theater  
Burgstraße 24.  
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Der brillante  
Oktober-Spielplan.  
II. a.:  
Paula Duvals  
Quinto-Dressur.  
Die 5 Rammeurs  
Damen-Ensemble.  
Ein glänzender Reifall  
Voll.

Reichshallen-Theater.  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Britton  
als  
Kute im  
Familien-  
bad  
Wannsee.  
Anf. Wochent. 8, Sonntags 7 Uhr.

Buggenhagen  
Wortspiel.  
Täglich Vorstellung  
Das neue Oktober-  
Programm.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
Sonntags 7 Uhr. (Sonntags  
referiert 1 M., Entree 50 Pf.)  
Familienbillets a 40 Pf.  
Unter  
Militär-Konzert.  
Beder, Preyswald, Görlich,  
Reumann, Oskeny und Lätzch.

Bekanntmachung  
der gemeinsamen Ortskranken-  
kassen für Mariendorf und Um-  
gebung.  
Die am 19. November 1906 von der  
Generalversammlung beschlossene  
Änderung des § 41 des Statuts,  
betreffend die Entschädigung der  
Vorstandsmitglieder und des Ver-  
sichernden, ist in dem hierzu gefassten  
Beschluss in der öffentlichen  
Sitzung des Bezirksausschusses der  
königlichen Regierung zu Potsdam  
am 28. Mai 1907 für die ersten zu-  
gekommen, für letzteren jedoch ab-  
gelehnt und dementsprechend unter  
dem 23. September 1907 durch den  
belegten Bezirksausschuss als letzter  
Nachtrag zum Statut genehmigt und  
am 27/19  
Mariendorf, den 10. Oktober 1907.  
Bez.: P. Saecker, Schriftführer.  
Ges.: F. Fischer, Vorsitzender.

Haben Sie schon  
die  
Deutschen Konzerthallen,  
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Achtung! 1000 frisch geschlachtete Gänse umsonst!  
sind nicht zu haben, aber a Hund 60 Pfennig zu verkaufen Samariter-  
straße 21, früher Zentral-Bleibhof. Selbstern billig, gleich zum Cloppen.  
50/10\*

Warning!  
Es ist in letzter Zeit häufig zu meiner Kenntnis gelangt, daß statt  
des echten Kapitän-Kautabak meist ganz minderwertige  
Fabrikate verpackt worden sind, obwohl ausdrücklich Kapitän-  
Tabak gefordert wurde.  
Ich mache insobaldem darauf aufmerksam, daß der Name „Kapitän“  
für meine Tabake vom Patentamt unter Nr. 75 058 gesetzlich ge-  
schützt ist und es daher strafbar ist, andere Marken unter obigem Namen  
abzugeben; die Verbraucher meiner Kapitän-Tabake bitte ich, mir Fälle solcher  
Art zur Kenntnis zu bringen, damit ich gerichtlich dagegen einschreiten kann.  
Merkmale der Echtheit!  
Die 10 Pf.-Ketten sind stets in  
Stiquetten verpackt m. d. Aufschrift:  
Dieselbe Aufschrift tragen die in allen 5 Pf.-Ketten und 5 und  
10 Pf.-Schleifen inliegenden Zettel des Kapitän-Kautabak.  
Kapitän-Kautabak ist in drei meisten Zigarrengeschäften käuflich, wo  
auch keine Fremden gratis zu haben sind.  
Berlin, Seiner Beg 112.  
Generalvertrieb: Carl Röcker, Berlin, Jannstr. : Amt VII, 3561.

# Freie Volksbühne

Heute  
Freitag abends 8 1/2 Uhr, im Luisen-Theater:  
21. (I. Abendabteilung):  
Bartel Turaser  
Drama in drei Aufzügen von Philipp Langmann.  
Die Mitglieder der Nachmittags-  
abteilungen können die Abendvorstellungen be-  
suchen, ohne nochmals Einschreib-  
geld bezahlen zu müssen. Mitgliedskarten sind  
in allen Zahlstellen, auch heute abend beim  
Obmann an der Kasse zu haben.

Vorstellungen der  
22. (II.) Abendabteilung: Freitag, den 25. Oktober.  
23. (III.) " Freitag, den 15. November.  
24. (IV.) " Freitag, den 22. November.

Bartel Turaser.  
Die Opernserie im Lortzing-Theater  
23. (III.) Abendabteilung: Freitag, 25. Oktober, 8 1/2 Uhr.  
21. (I) " Freitag, 1. November, "  
24. (IV.) " Freitag, 8. November, "  
22. (II.) " Freitag, 15. November, "

Undine.  
Die Mitglieder der Nachmittags-  
abteilungen können ohne besondere Nachzahlung eines  
Einschreibegeldes eine Abendkarte in einer Zahlstelle  
lösen und die Opern ebenfalls für den Beitrag von  
1 Mark besuchen.  
Nächste Opern: „Hans Heiling“, „Figaros Hoch-  
zeit“, „Die weiße Dame“, „Die Königin von Saba“.  
Die Abendkarten müssen noch in dieser Woche be-  
stellt und aus den Zahlstellen abgeholt werden.

Morgen  
Sonnabend abends 8 1/2 Uhr im Mozart-Saal:  
Robert  
Schumann-Abend  
(Herbstfest mit darauffolgendem Ball.)  
Festmarken und Gastkarten in allen Zahlstellen.  
Programm u. a.: Fest-Ouverture über das Reinweilied mit Gesang.  
Tenor: Dr. Leopold Hirschberg; Trübsal (Streich-  
konzert): Sonate A moll für Pianoforte und Violine (Konzert-  
meister Herr Gutdeutsch), Sinfonie No. 4 D moll op. 120;  
Lieder von Moser, Rückert, Heine, Hebbel, Mörike, kom-  
poniert von Schumann, gesungen von Fr. Käthe Becker.

Arbeiter-Radfahrerbund „Freiheit“  
I. Kreis Provinz Brandenburg, 2. Bezirk.  
Sonntag, den 20. Oktober:  
Gr. Bezirks-fest  
im Lokale des Herrn Haberecht in Alt-Glienide  
bei Ullershof,  
bestehend in Konzert, Theater, Reigenfahrten und Ball.  
Um 2 Uhr: Korsofahrt durch den Ort. — Anfang des Konzerts nach-  
mittags 3 Uhr, Aufseheröffnung 2 Uhr. — Billet 25 Pf. — Herren,  
welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. — Aufbewahrung der Räder  
kostenlos. — Sämtliche Bundesgenossen sind hiermit eingeladen.  
Das Komitee.  
NB. Bon gewisser Seite wird versucht, dies Fest unvorisch zu machen.  
Alle Bundesgenossen! Die Parole am Sonntag, den 20. Oktober 1907,  
sei für jeden: Auf nach Alt-Glienide.  
Die Kreisleitung.

Kranken-Unterstützungs-  
und Begräbnisverein für Bau-  
und gewerbliche Hilfsarbeiter  
Berlins und Umgegend.  
Sonntag, den 20. Oktober 1907,  
vormittags 10 1/2 Uhr,  
im Lokale von Schumsky,  
Langestr. 65:  
General-Versammlung.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1907.  
2. Vereinsangelegenheiten und Ber-  
schieden.  
Arbeiter jeden Berufs, welche das  
16. Lebensjahr vollendet und das 50.  
nicht überschritten haben, werden in  
der Versammlung vom Rentanten  
Herrn Paul Schulz aufgenommen.  
Die Mitglieder werden ersucht,  
jährlich zu erscheinen.  
NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis-  
nahme, daß der Witw. Paul D i e l i g,  
Gubenstr. 6, sich bereit erklärt hat,  
zu jeder Tageszeit Beiträge für  
unsern Verein entgegenzunehmen.  
37/5  
Der Vorstand.

Berliner Arbeiter-  
Radfahrer-Verein  
Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.  
Touren  
Sonntag, den 20. Oktober.  
1. Abt. 9 und 1 Uhr: Papenberg.  
Start: Hälmsstr. 58.  
2. Abt. 1 1/2 Uhr: Großbeeren  
(Heinze). Start: Fontane-Prome-  
nade 15.  
3. Abt. 8 Uhr: Streifzüge durch  
den Osten. 1 1/2 Uhr: Kartoffel- und  
Heringsstour Hühngarten (Wühl-  
loch). Start: Rammens-Platz.  
4. Abt. 1 Uhr: Tobanisthal  
(Senfieden). Start: Küstriner Platz.  
5. Abt. 8 Uhr: Grünheide. 2 Uhr:  
Mittelpunkt der Erde. Abends  
8 Uhr: Familienabend Weberstr. 17.  
Start: Glycerin.  
6. Abt. 8 Uhr: Müdersdorf (Gräbe).  
1 1/2 Uhr: Alt-Glienide. Start: Ge-  
nossenschaft, Oberbergstraße 30.  
7. Abt. 12 Uhr, 8. Abt. 1 Uhr  
nach Alt-Glienide. Start 7. Abt.:  
Grenzstr. 21, 8. Abt.: Wolfstr. 8.  
9. Abt. 12 1/2 Uhr: Hühngarten  
(Wühlloch). Start: Schilling-  
straße 22. 22/3

Grosse Betten 12 Mk.  
(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen)  
mit doppeltgereinigtem neuen Bett-  
leinen, bessere Betten 15, 18, 24 Mk.;  
1 1/2 fah. Betten 15, 20, 25, 30, 35 Mk.;  
wilo. Betten geg. Nachnahme. Preis-  
liste, Proben, Verpackung kostenfrei.  
Gustav Lustig, Berlin S.,  
Friedrichstr. 45  
Größe Spezial-Beichelt-Deutschl.

Donnerstag, den 21. Oktober,  
abends 8 1/2 Uhr:  
General-Versammlung  
in Bockers Festsälen,  
Weberstr. 17.  
Der Vorstand.

Billigste Bezugsquelle  
für  
Monats-Garderoben.  
Die schönsten Herren-Paletots und Anzüge in getragener,  
speziell Monatsgarderobe von 9 M. an. Von Kavalieren ge-  
tragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauch-  
anzüge sowie Knaben- und Burschen-Anzüge und  
Arbeiter-Garderobe sind in großer Auswahl stets zu  
staunend billigen Preisen zu haben. 78/15  
X. Kieferbaum, Prinzenstr. 33  
zwischen Moritzplatz  
und Ritterstraße.  
Bitte auf die Hausnummer zu achten.

Unserem Kollegen, dem Zeitungs-  
macher 6776

Fritz Michaelis und Frau  
die herzlichsten Glückwünsche zum  
Hochzeitstage.  
Die abgeschobenen Stöckeraner bei  
Siemens: M. H. F. B. F. u. W. Kl. R. Pf.  
Brüde, der Tipp ist töflicher.

Zentralverband d. Hand-  
schuhmacher Deutschlands.  
Ortsverein Berlin.  
Nachruf!  
Hierdurch zur Nachricht, daß  
unser langjähriges Mitglied, der  
Kollege  
Paul Schmidt  
plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
208/9 Der Ortsvorstand.

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Vorwaltungsstelle Berlin.  
Nachruf.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Schlosser  
Wilhelm Gabriel  
und der Klempner  
Waldemar Nieschewski  
gestorben sind.  
Ehre ihrem Andenken!  
154/5 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher  
Brauereiarbeiter  
Zweigverein Berlin Sektion II.  
Am Dienstagmittag starb  
nach kurzem Krankenlager im  
Alter von 28 Jahren unser  
Kollege, der Flaschenarbeiter  
Willi Wiese.  
(Unions-Brauerei.)  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 18. Oktober, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Leichenhalle  
des St. Elisabeth-Kirchhofes,  
Prinzen-Allee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
42/17 Der Vorstand.

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme sowie die Kranzpenden  
bei der Beerdigung meines geliebten  
Mannes 888/2

Paul Piefke  
sage allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, den Kollegen und  
Kolleginnen der Firma Zume  
u. Köhner, sowie dem Deutschen  
Metallarbeiter-Verband und dem  
Sozialdemokratischen Wahlverein zu  
Hildorf meinen tiefgefühlten Dank  
Frau Piefke geb. Kleist.

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und die zahlreichen  
Kranzpenden bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes, des Schuh-  
machermeisters 6795

Fritz Ehrke  
sage ich allen Freunden und Be-  
kanten, insbesondere dem Herrn  
Wannse für die trostreichen Worte,  
den Genossen des 6. Kreises sowie  
dem Gesangsverein „Nord“ meinen  
innigsten Dank.  
Witwe Henriette Ehrke.

Dankfagung.  
Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme bei der Beerdigung  
meines lieben Mannes und guten  
Vaters 886/2

Albert Kutschera  
sagen wir allen Freunden und Be-  
kanten sowie dem Verband der freien  
Gastwirte unseren herzlichsten Dank.  
Martha Kutschera  
nebst Tochter.

Für die vielen Beweise herzlichster  
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-  
penden bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau, sage allen Genossen,  
Bekanten und Verwandten, ins-  
besondere den Postkolonnen der  
Expedition Mars, den Genossen des  
515. Bezirks sowie dem Gesangs-  
verein „Nord“ meinen innigsten  
Dank. 890/2

Gustav Philipp  
und Tochter.  
Dr. Simmel  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Andreasgarten  
Andreasstraße 26.  
Empfehle meine Räume zu Ver-  
sammlungen und Festlichkeiten aller  
Art. Gute billige Küche, gut gepflegt-  
Biere, Fremdenlogis. Neben Sonntag  
Tanz bei freiem Entree.  
Mitgliedlich von 60 Pf. an, mit Bier.  
3012\* B. Wierkowski.